

Markus Mousson

**Kanzler der
Eidgenossenschaft**

**Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich**

vorgelegt von
Elsa Meier
von Wetzikon (Kt. Zch.)

**Angenommen auf Antrag
von Herrn Prof. Dr. Leonhard von Muralt**

**Zürich 1952
Buchdruckerei Dr. J. Weiss Affoltern a. A.**



Digitized by the Internet Archive
in 2026



Markus Mousson
1776—1861

Markus Mousson

**Kanzler der
Eidgenossenschaft**

Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich

vorgelegt von

Elsa Meier

von Wetzikon (Kt. Zch.)

Angenommen auf Antrag
von Herrn Prof. Dr. Leonhard von Muralt

Zürich 1952

Buchdruckerei Dr. J. Weiss Affoltern a. A.



Vorwort

In einer der wechselvollsten Epochen der schweizerischen Geschichte amtierte Markus Mousson 5 Jahre als helvetischer Generalsekretär und 27 Jahre als eidgenössischer Kanzler. Die vorliegende Arbeit möchte den Gründen nachgehen, die zu einer solchen Kontinuität führten und anhand einer biographischen Untersuchung feststellen, inwiefern der Strom der Ereignisse, inwiefern die Persönlichkeit des Politikers auf die Gestaltung jener bewegten Phase in der eidgenössischen Politik eingewirkt haben.

Es ist mir ein Bedürfnis in erster Linie der Familie Mousson für ihr Interesse, das sie meiner Arbeit entgegenbrachte, zu danken: Fräulein Dr. Nelly Mousson und Herrn Dr. Georg Mousson in Zürich, Herrn Ing. David Mousson in Bern, Fräulein Gertrud Mousson in Zollikon, Herrn Dr. Walter Schneider-Mousson und Herrn Dr. Peter Schneider in Zürich.

Sodann möchte ich meinen besonderen Dank Herrn Prof. Leonhard von Muralt für seine Ratschläge und persönlichen Bemühungen aussprechen. Ferner verdanke ich Herrn Bundesarchivar Prof. Dr. Léon Kern und Herrn Dr. Leonhard Haas vom Bundesarchiv, sowie Monsieur Charles Biaudet, archiviste d'Etat adjoint in Lausanne, wertvolle Hinweise und mancherlei Anregungen für meine Arbeit. Ebenfalls fühle ich mich Herrn Prof. Forrer von der Zentralbibliothek Zürich und Herrn Dr. Schnyder vom Staatsarchiv Zürich für nützliche Winke verpflichtet. Für die bereitwillige Oeffnung ihrer Privatarchive danke ich ferner allen Besitzern alter Handschriften.

Zürich, im Dezember 1950

Inhaltsverzeichnis

I. Teil: Jugend- und Studienzeit 1776—1798

A. Jugend- und Studienjahre 1776—1797	11
1. Herkunft und Elternhaus	11
2. Jugend- und Studienzeit	13
B. Die waadtländische Revolution 1798	17
1. Abordnung in die Assemblée provisoire	19
2. Maurice Glayre	21

II. Teil: Die Epoche der Helvetik 1798—1803

A. Kämpfe zwischen Revolutionären und Reformern 1798—1800	27
1. Die Einführung der helvetischen Verfassung. Mousson wird Generalsekretär	27
2. Parteikämpfe	31
3. Der erste Staatsstreich vom 7. Januar 1800	33
4. Der zweite Staatsstreich vom 7. August 1800	40
B. Kämpfe zwischen Unitariern und Föderalisten 1800—1803	44
1. Die Abordnung Glayres und Moussons nach Paris	44
2. Der dritte Staatsstreich vom 28. Oktober 1801	47
3. Der vierte Staatsstreich vom 17. April 1802	49
4. Der Zusammenbruch der Helvetik	50

III. Teil: Unter der Mediationsakte 1803—1813

A. Die Einführung der Mediation	55
Mousson wird eidgenössischer Kanzler	55
B. Mousson im Urteil der Gesandten	60
C. Innere Entwicklung	65

1. Moussons Streit mit der Regierung von Luzern 1808/09	65
2. Die Zusammenarbeit zwischen Mousson und den Landammännern	69
a) Die Neutralitätserklärung von 1805	70
b) Napoleons Truppenforderungen 1807	72
c) Die Zusammenarbeit in den kritischen Jahren 1810—1812	73
D. Unter der Abhängigkeit Napoleons	79
Die Gesandtschaft Wattenwyls mit Mousson nach Paris, 1807	80
E. Der Sturz der Mediationsakte	86
1. Die Lage zu Beginn des Jahres 1813	86
2. Moussons Anteil an den Ereignissen in Zürich, Ende Dezember 1813	89

IV. Teil: Neugestaltung der Eidgenossenschaft 1813—1815

A. Die Schweiz zu Beginn des Jahres 1814	99
Mousson als Vermittler	99
B. Die Lange Tagsatzung 1814/1815	103
1. Moussons Anteil an der Neukonstituierung von Bund und Kantonen	103
2. Festigung des neuen Staatswesens	109

V. Teil: Die Zeit der Restauration 1815—1830

A. Unter dem Bundesvertrag	119
B. Der Druck der Kongreßmächte 1816—1825	122
C. Die Gründung der protestantischen Kirche in Luzern 1826/27	126
D. Liberale Strömungen 1826—1830	130
1. Der Kellerprozeß	130
2. Der Fall Finsler und der Tod Hirzels	131
3. Die Verfassungsänderungen von 1830	133
E. Moussons Rücktritt	136
Rückblick	139
Quellen- und Literaturverzeichnis	142

I. TEIL

Jugend- und Studienzeit
1776-1798

A. Jugend- und Studienjahre 1776-1797

1. Herkunft und Elternhaus

Jean Marc Samuel Isaac Mousson wurde am 17. Februar 1776 in Morges geboren¹. Er stammte väterlicher- und mütterlicherseits von Hugenotten ab.

Der Begründer der schweizerischen Familie Mousson lebte bis zur Aufhebung des Ediktes von Nantes in Mas d'Azil, einem Städtchen in den Pyrenäen. Im Zusammenhang mit den Protestantenverfolgungen wanderte der Stammvater Pierre Mousson aus und ließ sich in Morges nieder. Schon im Jahre 1701 erhielten er und seine Gattin das von der Republik Bern ausgestellte Patent, wonach sie als Ewige Einwohner anerkannt und als bernische Untertanen naturalisiert wurden². Diese Urkunde verbürgt der Familie Mousson die schweizerische Nationalität.

Unter den Vorfahren befanden sich zum größten Teil Apotheker, Aerzte und Pfarrer. Markus Mousson beschrift als erster der Familie die politische Laufbahn. Seine Nachkommen widmeten sich in der Folge dem Staatsdienst, dem Berufe des Geistlichen und dem des Kaufmanns.

Die entscheidenden Einwirkungen des Elternhauses empfang Mousson von seinem Vater. Jean-Henri Mousson, 1743 geboren, war Pfarrer. Nach seiner anfänglichen Vikarstelle bei einem Onkel in Lussy, erhielt er im Jahre 1777 die Pfarrei von St-Livres bei Aubonne. Hier blieb er 17 Jahre lang und wurde dann auf die weniger beschwerliche Pfarrei von Bursins versetzt. 1806 starb er in Lonay, wo er zuletzt als Dekan geamtet hatte³.

¹ F. A. M. Taufurkunde. (F. A. M. 551).

² F. A. M. Naturalisationsurkunde 1701. (F. A. M. 501).

³ Zwicky, Familienbuch.

Jean-Henri Mousson war ein aufgeschlossener Mann, der sein Amt mit großem Pflichtbewußtsein ausübte. Seinen Kindern ließ er eine gute Lehre angedeihen und sandte sie zur Vollendung ihrer Studien ins Ausland.

Mousson setzt seinem Vater in den „Souvenirs de famille“ aus dem Jahre 1853 ein schönes Denkmal, wenn er schreibt: „Tous ceux qui l'ont connu rendaient hommage à sa profonde piété, à la haute distinction d'un caractère orné des plus belles vertus, comme aux qualités aimables d'un esprit fin, délicat, très cultivé qu'une parfaite bonté du coeur rendait plus attrayant encore. Il fut le modèle des maris, le plus sage, le plus tendre, le meilleur des pères. Heureux mille fois serais-je, si soumis à son autorité toujours paternelle, dirigé par ses conseils, encouragé par son exemple j'avais appris à lui ressembler“⁴.

Aber auch der mütterliche Einfluß ist erkennbar. Im Jahre 1773 hatte sich Jean-Henri Mousson mit Jeanne-Albertine Martin aus Morges verheiratet⁵. Die Ehe der Eltern war nach dem Zeugnis ihres Sohnes eine sehr glückliche. In seinen Erinnerungen schildert Mousson die vorzüglichen Eigenschaften seiner frühverstorbenen Mutter: „Elle unissait aux qualités d'agréments personnels une physionomie intéressante, de grands yeux où se peignait une belle âme, une sensibilité profonde et cette bienveillance persuasive à laquelle on se confie si volontiers. C'était aussi une tendre et excellente mère. Après plus d'un demi siècle son image bénie et réverée me reste comme le souvenir d'un ange descendu sur la terre“⁶.

Moussons älterer Bruder, dessen Eigenschaften er in seinen Erinnerungen lobend hervorhebt, starb schon im Alter von 15 Jahren in London, wo er im Hause eines Freundes der Familie eine Handelslehre begonnen hatte. Sein jüngerer Bruder indessen, der sich anfänglich ebenfalls den Handelsgeschäften gewidmet hatte, kehrte zu seinem Vater nach Morges zurück

⁴ F. A. M. 609, Souvenirs de famille.

Alle französischen, wie deutschen Zitate sind der modernen Schreibweise angeglichen.

⁵ F. A. M. 551, Ehekontrakt.

⁶ F. A. M. 609, Souvenirs de famille.

und bekleidete später daselbst verschiedene Stellen in der Gemeindeverwaltung⁷.

2. Jugend- und Studienzeit

Seine Kindheit verlebte Mousson in dem idyllisch gelegenen Dörfchen St-Livres ob dem Genfersee. In seinem 13. Altersjahr entschied der Vater, daß er nach England zu seinem Bruder reisen solle, um ebenfalls eine Handelslehre zu beginnen. Dieser Plan wurde aber durch den unerwarteten Tod seines Bruders zunichte gemacht. Unter dem Eindruck der traurigen Nachricht erklärte Mousson seinen Eltern, daß er sie nicht verlassen wolle und bat sie um die Erlaubnis, Pfarrer werden zu dürfen⁸. Zu diesem Entschlusse erteilten ihm die Eltern freudig ihre Zustimmung.

So trat Mousson in die Akademie von Lausanne ein. Als Vorbereitung für die Aufnahmeprüfung eignete er sich vorerst noch die nötigen Lateinkenntnisse an. Während eines guten Jahres vertiefte er sich unter der Leitung des Vaters in die antiken Klassiker. Neben den täglichen Stunden übersetzte er zudem noch die 12 Bücher von Virgils Aeneis⁹.

Die Akademie in Lausanne, in der übrigens schon Moussons Vater seine Studien absolviert hatte, diente zur Ausbildung von protestantischen Geistlichen des Landes¹⁰. Von den Bernern kurz nach der Eroberung der Waadt begründet, bewahrte die Schule während der ersten drei Jahrzehnte ihren kirchlichen Charakter. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde sie dann allgemeines Vorbereitungsinstitut für die verschiedensten Berufe auf wissenschaftlich-kulturellem Gebiete.

Aus den Aufzeichnungen eines Studienkameraden von Mousson erhalten wir Einblick in das damalige Leben an der Akademie¹¹. Danach ließen die Zustände an ihr, trotz der Re-

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Vgl. H. B. L. S.; Vuilleumier, *L'académie de Lausanne*; Vuilleumier, *Académie de Lausanne, Programme des Cours*.

¹¹ B. C. Lausanne. *Mémoires de Georges Boisot*; Biaudet, G. Boisot et la révolution vaudoise de 1798.

formen, zu wünschen übrig. Nach Boisots Erinnerungen kümmernten sich die zum größten Teil mittelmäßigen Lehrer nur wenig um den Fortschritt der Jugend. Auf der andern Seite aber zeigten auch die Schüler kein großes Interesse am Unterricht. An ein seriöses Arbeiten sei in dieser ganzen Unordnung kaum gedacht worden, ja viele Schüler hätten die „cafés“ und „billards“ der Schule vorgezogen¹².

Mit Erfolg bestand Mousson im Sommer des Jahres 1791 die Aufnahmeprüfung¹³. Bald zeichnete er sich durch besonderen Fleiß und Intelligenz aus, so daß ihm das vorgeschriebene Pensum sowohl in der Rhetorik, wie in der Philosophie um je ein Jahr reduziert wurde¹⁴. In der Bestätigung der Promotion lobte der damalige Rektor der Akademie den Fleiß und die Rechtschaffenheit Moussons, wie auch sein gutes Benehmen den Professoren gegenüber¹⁵.

Nach diesen vorbereitenden Studien sollte sich nun Mousson dem eigentlichen Theologiestudium zuwenden. Es trat aber eine entscheidende Wendung ein. Angesichts der anbrechenden Revolutionszeit und im Hinblick auf die unsichere Zukunft der Geistlichen riet ihm der Vater zum Studium der Rechte und ermöglichte ihm zu diesem Zweck einen Aufenthalt in Deutschland¹⁶. So reiste Mousson nach Tübingen, an diejenige Universität, die junge Waadtländer zum Studium der Rechte zu besuchen pflegten¹⁷.

Diese süddeutsche Universität, deren Gründung in die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts fällt, gehörte im 18. Jahrhundert immer noch zu den führenden deutschen Hochschulen¹⁸. An der Juristischen Fakultät dozierten bedeutende Rechtsgelehrte. Unter ihnen erwarb sich Christian Gmelin auf dem Ge-

¹² B. C. Lausanne. G. Boisot, *Mémoires*, Chap. 3, p. 13.

¹³ Vgl. Junod, *Album Studiosorum Academiae Lausannensis*, II, S. 161; *Souvenirs de famille*, Mousson nennt hier das Ende des Jahres 1790 als Eintritt.

¹⁴ *Souvenirs de famille*.

¹⁵ F. A. M. 610, Promotionsbestätigung, Juli 1794.

¹⁶ *Souvenirs de famille*.

¹⁷ *Etrennes nationales*, S. 3.

¹⁸ Vgl. Klüpfel, *Geschichte und Beschreibung der Universität Tübingen*; Paulsen, *Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium*, vor allem das 2. Kap. des 1. Buches: *Die Entwicklung der deutschen Universitäten in der Neuzeit*, S. 54—58.

biet des Zivilprozesses und des Strafrechts besondere Geltung durch sein unentbehrliches Handbuch über die Ordnung der Gläubiger.

Auf die Studenten machten die Ereignisse der französischen Revolution einen mächtigen Eindruck. Aus der Geschichte der Universität geht hervor, daß sich aus dieser Zeitspanne besonders zahlreiche Händel und Schlägereien aufzählen lassen. Duelle kamen immer häufiger vor. Es wurden politische Klubs gegründet und eifrige Diskussionen geführt. Ja, es kam sogar soweit, daß Studenten in ihrem Enthusiasmus für die revolutionären Ideen nach französischem Muster einen Freiheitsbaum aufpflanzten. Ein solches Ereignis hatte sich im Jahre 1791 abgespielt und unter diesen Studenten hatten sich keine geringeren als Hegel und Schelling befunden¹⁹.

Von solchen Ausschreitungen hielt sich Mousson gänzlich fern. Mit Eifer und großem Ernst saß er an seiner Arbeit und bereits nach zwei Jahren schloß er im Jahre 1796 seine Studien mit dem Doktorexamen ab²⁰. Seine Dissertation behandelte ein Problem des Prozeßrechts. Es war Moussons Aufgabe gewesen, die verschiedenen Lehrmeinungen über die Verpfändungsklage — vom römischen Recht abgeleitet — darzustellen. Professor Gmelin hatte in der Begutachtung der Arbeit seine volle Zufriedenheit über diese Abhandlung ausgedrückt²¹.

Ueber Moussons persönliches Leben berichtet ein Brief seines Vaters. Darin versuchte dieser seinen Sohn zu regerem Umgang mit seinen Kommilitonen aufzumuntern. Denn der Verkehr mit neuen Menschen und die Aufnahme einer fremden Umgebung sei ebenso wichtig, wie eine mit Ausdauer vollbrachte Arbeit²². Dieses Bild eines ordnungsliebenden Studenten wird uns aber noch durch ein weiteres Dokument bestätigt. Mousson hatte durch Ermahnungen einen Studienfreund von der voreiligen Lösung eines Streitfalles durch ein Duell abhalten können. Dies brachte ihm den Dank des Vaters des Studien-

¹⁹ Fischer, Hegels Leben, Werke und Lehre, S. 12.

²⁰ F. A. M. 610, September 1796. Examensurkunde der Universität Tübingen.

²¹ Mousson, Dissertatio, S. 56.

²² Brief Jean-Henri Mousson an Markus Mousson, Dez. 1795.

freundes ein, der Moussons Verhalten und seine „conduite gênéreuse vraiment suisse“ nicht genug rühmen konnte²³.

Als Mousson nach dem Abschluß in Tübingen sich anschickte, für ein Jahr nach Göttingen zu reisen, erhielt er die Nachricht von der Erkrankung seiner Mutter. Er fuhr nach Hause: Frau Jeanne-Albertine Mousson war jedoch bei der Ankunft ihres Sohnes schon beerdigt.

Nun entschloß er sich, bei seinem Vater zu bleiben. Im Sommer 1797 trat Mousson in ein Advokaturbüro in Lausanne ein²⁴. Seine Lehrzeit wurde durch den Ausbruch der Revolution in der Waadt schon nach einem halben Jahr unterbrochen. Zu Beginn der revolutionären Erhebung verließ Mousson Lausanne, um sich zu seinem Vater zu begeben; doch bald kehrte er wieder in die Stadt zurück. Einige Gemeinden hatten ihn als ihren Abgeordneten an die provisorische Landesversammlung gewählt. Die Annahme dieser Mission bedeutete für Mousson, der erst 22 Jahre zählte, den eigentlichen Wendepunkt in seinem Leben. „Ce fut le commencement d'une nouvelle carrière et cette nuit a résolu pour moi le problème de l'activité dans la vie“, schrieb er über jenen Beschluß in seinen Erinnerungen²⁵.

Damit nahm Moussons politische Tätigkeit, die sich über 32 Jahre erstrecken sollte, ihren Anfang.

²³ F. A. M. 607, Kürner an Mousson, Febr. 1796.

²⁴ Souvenirs de famille.

²⁵ Ebenda.

B. Die waadtländische Revolution 1798

Als die Revolution in Frankreich ausbrach, zählte Mousson 13 Jahre. Damals war er mit den Vorbereitungen für die Aufnahmeprüfung an die Lausanner Hochschule beschäftigt. Weder aus seiner Studienzeit in Lausanne, noch über den Aufenthalt in Tübingen liegen Nachrichten vor, die über den Eindruck, den die Ereignisse auf den jungen Waadtländer machten, Aufschluß gegeben hätten. Eine Antwort auf die Frage, welche Wirkung der Einfluß der französischen Ideen auf Mousson ausgeübt habe, erhalten wir bei der näheren Betrachtung seiner Einstellung zur Revolution in der Waadt.

Nach dem Ausbruch der Französischen Revolution nahmen die führenden Männer auch den Kontakt mit dem Ausland auf, um ihr Gedankengut zu verbreiten. Es entstanden die Clubs, die auf dieses Ziel hinarbeiteten. Ein solcher Club von schweizerischen Patrioten wurde auch in Paris gegründet. Darunter befanden sich Waadtländer mit Frédéric César de Laharpe an ihrer Spitze. Diese verfolgten ihr Ziel durch Verbreitung von Schriften gegen die bernische Herrschaft. In der Folge bildeten sich in der Waadt Organisationen, die die französischen Ideen mit Begeisterung aufnahmen. Diese schweizerisch-französischen Clubs bildeten das eigentliche Ferment in der ganzen Entwicklung.

Den Waadtländern in Paris ward bald klar, daß ihre Absicht, die Waadt allein gegen Bern aufzuhetzen, nicht von Erfolg gekrönt sein konnte. So wandten sie sich an das französische Direktorium, das ihren Wünschen bereitwillig entgegenkam. In einem Dekret vom 28. Dezember 1797 erklärte dieses, daß es alle Waadtländer, die sich gegen Bern erheben sollten,

unter seinen Schutz stelle²⁶. Diese Erklärung verlieh den Revolutionären den nötigen Mut. Neben diesen Begeisterten, die vor allem in den verschiedenen Städten ihre Zentren besaßen, gab es in der Waadt aber auch noch eine große Zahl, die treu zu Bern hielten: zu diesen zählten vor allem die Bauern und die Geistlichen.

Das Bekanntwerden des Dekretes und die Tatsache, daß französische Truppen an den waadtländischen Grenzen standen, veranlaßte eine Anzahl Lausanner Bürger zur Abfassung einer Petition, in welcher sie sich auf alte Rechte beriefen. Dadurch aber, daß die Zweihundert von Lausanne ihr Verlangen nach Einberufung der waadtländischen Stände an Bern weiterleiteten, erhielt die ganze Entwicklung einen gemäßigten Charakter: Sie war in gesetzlich geregelte Bahnen gelenkt.

In Bern jedoch hatte man die Bedeutung des Augenblicks noch nicht erkannt. Man sandte eine Delegation zur Beruhigung in die Waadt; sie machte nur leere Versprechungen. Da die Waadtländer sich nicht befriedigt zeigten, versuchte die bernische Regierung ein neues Mittel: sie forderte von den Behörden der Städte und Dörfer eine Eidbestätigung und Treuerklärung gegenüber Bern. Diese Zeremonie wurde auf den 10. Januar 1798 festgesetzt. Damit war aber der Konflikt eingeleitet und der 10. Januar kann als das eigentliche Datum der Erhebung der Waadt gegen Bern bezeichnet werden. Zahlreiche Dörfer und Städte verweigerten den Eid, da sie nicht gewillt waren, ein ungewisses Spiel mitzumachen. Unruhen brachen aus und an zahlreichen Orten sah man bereits die grüne Kokarde, als Symbol der Erhebung.

Während die bernische Kommission noch in Lausanne weilte, waren einige beherzte Männer zusammengetreten, um mit den Bernern gemeinsam über die Lösung der kritischen Situation zu beraten. Zu diesem Zwecke bildete sich das Comité central. Aber auch in andern Städten hatten sich ähnliche Gruppen gebildet, und diese Städte drängten auf eine vereinigte Aktion hin. So ergriff das Comité central in Lausanne die Initiative und berief eine Versammlung von Vertretern aller Stände

²⁶ Vgl. Junod, *Considérations sur la révolution vaudoise*; Maillefer, *La révolution vaudoise*; Mogeon, *A propos du 24 Janvier*.

nach Lausanne. Auf diese Weise entstand die Assemblée provisoire. Unter die ersten bedeutenden Beschlüsse fiel die Wahl von zwei Delegationen; die eine sollte zur Abklärung der Haltung des französischen Direktoriums der Waadt gegenüber nach Paris, die andere zu Verhandlungen nach Bern abgeordnet werden. Durch dieses Vorgehen bewies die Versammlung ihre friedlichen Absichten.

Allein die Ereignisse überstürzten sich. Von Bern traf der definitive Bescheid ein, daß die waadtländischen Stände nicht einberufen werden sollten. An den Grenzen der Waadt aber stand der französische General Ménard und erließ einen Aufruf. Da handelte die provisorische Versammlung. Sie besetzte das Schloß von Lausanne und schickte den bernischen Landvogt heim. Darauf erfolgte am 24. Januar die Proklamation der Lemanischen Republik.

Am 28. Januar zog Ménard unter großem Jubel in Lausanne ein. Allein, die Assemblée provisoire arbeitete weiter, in den ersten Tagen des Monats Februar beriet sie über die Helvetische Verfassung auf Grund eines Entwurfes, der mit einem Begleitschreiben Laharpes aus Paris eingetroffen war. Die Aufforderung der Versammlung an die Stände, diese Verfassung anzunehmen, war von Erfolg gekrönt. So sah sich der neue Kanton konstituiert, und die Wahlen für die Nationalversammlung wurden ausgeschrieben.

Ähnliche Vorgänge wie sie hier ausführlich für den Kanton Waadt geschildert wurden, hatten sich zu Beginn des Jahres 1798 auch in andern Kantonen abgespielt. Und als dann das eigentliche Bollwerk, Bern, zu Beginn des Monats März fiel, war der Weg zur Beherrschung der Schweiz für die Franzosen freigelegt.

1. Abordnung in die Assemblée provisoire

Zu diesen wichtigen Ereignissen hat sich Mousson auch in seinen Erinnerungen geäußert. Seine ausführliche Stellungnahme zeugt davon, daß er sich der Bedeutung jener kritischen Tage bewußt war.

Es muß ungefähr um den 10. Januar herum gewesen sein, als sich Mousson anschickte, bei Ausbruch der Unruhen Lausanne zu verlassen und sich zu seinem Vater zu begeben²⁷. „Le pays de Vaud s'insurgeait, les tribunaux faisaient vacances. Comme dans un tel état de choses il n'y en ait plus rien à faire à Lausanne pour moi, qui ne sympathisais d'ailleurs nullement avec les projets et les espérances des Novateurs je partis pour aller retrouver mon père. Durant cinq heures de marche les symptômes de l'effervescence publique me firent voir clairement la gravité de la situation.“

In Bursins angelangt, berichtete Mousson seinem Vater von den erlebten Vorfällen²⁸. Gleichzeitig hatten sich aber auch Bürger der Gemeinde zusammengefunden, die den jungen Mousson baten, ihnen seine Eindrücke über die politische Situation mitzuteilen. Mousson berichtete darauf von den revolutionären Erhebungen an vielen Orten des Landes, sowie von der Versammlung der verschiedenen Abgeordneten in Lausanne. Er gab dann entschieden seiner Meinung Ausdruck, wonach es ihm scheine, daß sich die Gemeinde der allgemeinen Bewegung kaum entgegensetzen könne und daß es wohl das beste sei, wenn sich Bursins dieser provisorischen Versammlung anschließe. Moussons Worte mußten überzeugend gewirkt haben, denn die Gemeinde beschloß, sich mit einigen Nachbargemeinden an der provisorischen Landesversammlung vertreten zu lassen und bestimmte Mousson als Abgeordneten²⁹. Dieser nahm das Mandat an und entsprach damit auch dem Wunsche seines Vaters, der sich von der Ueberlegung hatte leiten lassen, sein Sohn werde als Mitglied einer provisorischen Regierung der Gefahr, unter die französischen Truppen gerufen zu werden, entgehen können.

Durch dieses Verhalten bewies Mousson, daß er nicht zu den blind begeisterten Revolutionären, sondern zu denen gehörte, die um eine vernünftige Lösung in schwieriger Situation bemüht waren.

²⁷ Souvenirs de famille; Gonzenbach, Mousson, S. 19 ff.

²⁸ Souvenirs de famille; Mogeon, Les procurations à l'assemblée provisoire, S. 87.

²⁹ Mogeon, Les procurations à l'assemblée provisoire, S. 17.

Daß sich Mousson seiner gesinnungsmäßigen Sonderstellung als Gemäßigter bewußt war, zeigt uns auch die kleine Berichtigung, die er auf die Mémoires von Büren hin im Jahre 1859 erließ, worin er sich entschieden dagegen zur Wehr setzte, zu den Revolutionären gezählt zu werden³⁰.

2. Maurice Glayre

Moussons Haltung wird aber noch deutlicher in seiner Beziehung zum Waadtländer Maurice Glayre. Diesen Freund seines Vaters traf er an der provisorischen Landesversammlung in Lausanne. Von der ersten Begegnung an datiert eine Freundschaft, zu der Glayre väterliches Wohlwollen und Ueberlegenheit, Mousson bereitwilliges Unterordnen und Bewunderung mitbrachte.

Es gereichte zu Moussons Vorteil, einen solch erfahrenen Führer am Anfang seiner politischen Laufbahn kennen gelernt zu haben. Denn Glayre, 1743 in Lausanne geboren, hatte während 23 Jahren als Diplomat des Polenkönigs Stanislaus August an den Höfen Petersburg, Wien, Berlin und Paris eine tüchtige diplomatische Schulung durchgemacht. Nach der Schweiz zurückgekehrt, fand er bald Gelegenheit, seine reichen Erfahrungen in den Dienst der Heimat zu stellen. Bis zum Januar 1798 hatte er ein zurückgezogenes Leben in Romainmôtier geführt. Zu einem aktiven Eingreifen in die Ereignisse fühlte er sich erst im Zusammenhang mit zwei Geschehnissen verpflichtet: dem Erlaß des französischen Dekretes vom 28. Dezember 1797 sowie der Gegenwart der französischen Armee an den Grenzen der Waadt.

Glayre gehörte aber in erster Linie zu denen, die stets noch eine Lösung mit Bern herbeizuführen suchten. Er stellte der bernischen Regierung trotz allem ein gutes Zeugnis aus. Sie erfüllte seiner Meinung nach die Voraussetzungen, die ihm für eine gute Regierung unerläßlich schienen: „Il en est, à mon avis, de l'art de gouverner comme de celui de guérir, où le

³⁰ v. Büren, Erinnerungen, S. 155.

vraiment habile se contente d'éloigner les causes prochaines de destruction et laisse faire le reste à la nature³¹.

Die einzige Garantie eines geregelten Ablaufes der revolutionären Bewegung sah Glayre in der Einberufung der waadt-ländischen Stände. Daraus versprach er sich einerseits einen Zeitgewinn, andererseits aber auch eine Klärung in der Frage, wie man sich den französischen Truppen gegenüber verhalten müsse. Zu dieser Regelung kam es aber nicht; denn wie wir wissen beschleunigte Bern die revolutionäre Bewegung erst recht, indem es die Gefahr verkennend, allzu lange zögerte. Glayre aber, der nun einmal in das Rad der Zeitgeschichte eingegriffen hatte, fühlte sich auch zu weiteren Schritten verpflichtet. So begann er seine Vermittlung zwischen dem revolutionären Club und den Zweihundert von Lausanne, und als sich die Assemblée provisoire aus dem Comité central herausentwickelte, nahm Glayre an dieser, wie an allen folgenden konstituierten Körperschaften als aktives Mitglied teil. Am 17. April wurde er in Aarau zum Direktor gewählt.

Sein Wirken war von einem festen Willen getragen, dem Vaterland mit bestem Wissen zu dienen und den chaotischen Zuständen energisch entgegenzusteuern. In der Befolgung dieses Weges geriet er aber bald in Konflikt mit Laharpes dominierendem Einfluß. Dieser versuchte, seine Reformpläne nach französischem Muster auf die Schweiz zu übertragen. Gerade dadurch, daß Glayre mit den Revolutionären in ihren extremen Anschauungen und Handlungen nicht einig ging, zog er sich deren Haß zu. Auf der andern Seite wurde er aber auch von den Aristokraten verfolgt, weil er die Gegenrevolution nicht fördern wollte. Von allen Seiten angefochten und durch die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen enttäuscht, zog er sich aus der aktiven Politik zurück. Ein Zeitgenosse Glayres, Heinrich Zschokke, suchte die Gründe für Glayres Enttäuschung bei ihm selbst; er meinte, Glayre hätte die Revolution in einem Moment als beendet angesehen, in welchem sie erst begonnen habe. Er wollte die Unabhängigkeit seines Vaterlandes, ehe sie fest gegründet war, geltend machen³².

³¹ Glayre, Autobiographie.

³² Zschokke, Hist. Denkwürdigkeiten, 3. Bd. S. 57.

Diese Kritik scheint nicht ganz ungerechtfertigt. Vergewärtigen wir uns daher einmal Glayres Anschauungen, deren wichtigste Prinzipien sich in seiner Autobiographie in Briefform verzeichnet finden. Glayre, der den Gang der Revolution während seines Dienstes unter dem Polenkönig eingehend hatte studieren können, gibt darin der Meinung Ausdruck, daß ein ungenügender Widerstand eine Revolution nur beschleunige: „Je suis donc persuadé que lorsqu'on a jugé une révolution inévitable il faut se hâter de l'achever et qu'il est du devoir du bon citoyen de la servir“. . . . „Mon opinion était que, puisque la révolution était faite, il fallait la maintenir“³³.

Seinen Vorwurf an die neuen Gesetzgeber faßte er in den beiden folgenden Sätzen zusammen: „Toujours gouverner, c'est mal gouverner. Une autorité trop agissante doit nécessairement se compromettre“. In den Verfassungswirren hatte er es sich zur Aufgabe gemacht, den höchst möglichen Grad von Harmonie zwischen den Direktoren und den Räten herbeizuführen. Eindeutig ist auch seine Haltung gegenüber Frankreich: „J'ai souhaité que nos relations au dehors ne fussent pas exclusives en faveur de la France.“ . . . „Je voulais que le gouvernement français fût l'objet de nos préférences extérieures, mais je ne voulais pas que, par un abandon sans mesure il eût le droit de choisir nos amis et nos ennemis“.

Als sein oberstes Prinzip jedoch, das ihn über alle politischen Kämpfe hinweg leitete, bezeichnete er die allgemeine Wohlfahrt: „Mais ma position étant telle, que je ne pouvais trouver d'avantage que dans la prospérité générale; et n'ayant besoin ni de popularité dans un parti, ni de faveur dans l'autre, ce système était le seul que j'aie pu et dû suivre“.

Wir haben guten Grund anzunehmen, daß sich Mousson Glayres Anschauungen aneignete. Wie wir gesehen haben, war er stets auf väterlichen Rat bedacht. Nachdem nun Glayre als ehemaliger Vertrauensmann eines Königs durchaus in der Lage war, seinerseits einem Jüngeren Vertrauen entgegenzubringen, darf man wohl die Behauptung wagen, daß Mousson bei Glayre sowohl was diplomatische Erfahrung, als weltanschauliche

³³ Glayre, Autobiographie.

Ausgewogenheiten anbetraf, glänzend aufgehoben war. Als Glayre aus den helvetischen Behörden ausschied, hinterließ er daher sein geistiges Erbe einem Jünger, der es aufs beste anzuwenden wußte, da es seiner eigenen Art so ganz entsprach. Nicht von ungefähr konnte deshalb Stapfer einige Jahre später seinen Freund Rengger fragen: „Sehen Sie Glayre zuweilen; was sagt seine polarische Weisheit zu den neuen Ereignissen? Wie benimmt sich Mousson? Wie gedeihen die Lehren von Lebensweisheit, die er in Glayres Schule einsog?“³⁴ Aber auch Mousson war sich bewußt, was er Glayre zu verdanken hatte, wenn er ihm gestand: „Vous avez décidé ma vie par vos bontés et formé ma marche dans les affaires par vos excellentes directions et votre exemple plus excellente encore“³⁵.

³⁴ Wydler, Leben und Briefwechsel v. A. Rengger, II. S. 121.

³⁵ A. C. Lausanne, Mousson an Glayre, 1804.

II. T E I L

Die Epöche der Helvetik 1798-1803

A. Kämpfe zwischen Revolutionären und Reformern 1798-1800

1. Die Einführung der Helvetischen Verfassung Mousson wird Generalsekretär

Welcher Art die französische Herrschaft war, zeigte sich schon am Beispiel der Waadt. Denn diese vertauschte nach dem Einmarsch der Franzosen ihre bisherige immerhin erträgliche Lage gegen ebenso unerwartete wie drückende neue Verhältnisse. Ihr Schicksal hing nicht mehr vom eigenen Ermessen, sondern völlig von einem fremden Willen ab.

Diese Erfahrung der Waadt mußte in der Folge die ganze Schweiz durchmachen. Denn die Plünderungen, die die französischen Soldaten auf eigene Faust unternahmen, waren nicht das Schlimmste. Schwerer trafen die Raubtaten und Brandschatzungen, die sie im Auftrage ihrer Regierung durchführten.

Gleichzeitig aber nahm ein neues Staatsgesetz Form an: Die Verfassung der Helvetischen Republik. Die Veränderung, welche die politische Organisation der alten Eidgenossenschaft durchmachte, war enorm: Eine gesetzgebende Gewalt, bestehend aus zwei Kammern, dem Senat und dem Großen Rat, ein aus fünf Köpfen bestehendes Vollziehungsdirektorium und eine dem Prinzip der Gewaltentrennung entsprechende richterliche Gewalt, sollten urplötzlich ein vielfach geschichtetes und differenziertes Regierungssystem ersetzen. Die neue Verfassung trat denn auch nicht nach schweizerischem Wunsch, sondern nach französischem Willen, der sich der Macht der Bajonette bediente, am 12. April 1798 in Kraft.

Bei dieser Lage der Dinge erhielt Mousson eine wichtige Rolle zugeteilt. Sein Mentor und Beschützer, Glayre, war als Direktor nach Aarau gewählt worden. Im Bewußtsein, in Mousson einen tüchtigen Sekretär zu haben, nahm er ihn mit nach

Aarau, wo Mousson am 21. April 1798 zum französischen Sekretär des Großen Rates ernannt wurde¹. In dieser Eigenschaft amtete er allerdings nur kurze Zeit, denn schon nach wenigen Tagen wurde er als Sekretär des Direktoriums gewählt². Dieser Wechsel war wohl auf Glayres Wunsch hin geschehen, indem er den gewandten und zuverlässigen Mousson an Generalsekretär Steck empfohlen haben mag.

Es vergingen aber nur zwei Monate bis Mousson selber an diese zentrale Stelle berufen wurde, an welcher er sich dann mit Verantwortungsbewußtsein und großer Ausdauer während der ganzen Periode der Helvetik bewährt hat. Denn er brachte es fertig, daß er das Amt des Generalsekretärs sowohl nach dem ersten, wie auch dem zweiten Staatsstreich vom Januar und August des Jahres 1800 bekleiden konnte. Nach der dritten Umwälzung im Jahre 1801 wurde er zum Oberschreiber der neuen Exekutive, des Kleinen Rates, gewählt und nach dem vierten Staatsstreich im April des folgenden Jahres als Generalsekretär wiederum in seinen Funktionen bestätigt.

Die Beförderung zum Generalsekretär war im Zusammenhang mit der „Säuberung“ des französischen Kommissärs Rapinat zustandegekommen. Nach der Einführung der Einheitsverfassung war das französische Direktorium nicht geneigt, die ständigen Uebergriffe seiner Funktionäre auf die Schweiz zu zügeln; die französische Regierung war sich der Unselbständigkeit der Helvetischen Republik zu sehr bewußt. Infolgedessen hatte man für die wohlbegründeten Beschwerden der schweizerischen Gesandten in Paris taube Ohren. Hinzu kam noch die Agitation von Peter Ochs, der aus Rache dafür, daß er bei der Wahl ins Direktorium übergangen worden war, von einer Verschwörung sprach.

Als Antwort auf diese Beschwerden bezüglich seiner Person, und um einer Verschwörung im Innern zuvorzukommen, begann Rapinat mit seiner „Säuberung“. Am 16. Juni verlangte er die Entlassung der beiden Direktoren Bay und Pfyffer, sowie

¹ Vgl. Schweiz. Republikaner, 10. Stk. S. 38; Helv. Annalen, S. 39; Posselt, Neueste Weltkunde, S. 493; Strickler, I, S. 633; Souvenirs de famille: «Je dus à sa (Glayre) protection d'être nommé Secrétaire de Senat»; Bulletin officiel, II, S. 21.

² Gonzenbach, Mousson, S. 138; Strickler, I. S. 634.

diejenige des Generalsekretärs Steck. Durch diesen Gewaltakt versuchte er, seine Schützlinge Ochs und Dolder in die oberste helvetische Behörde hineinzubringen.

Als sich das helvetische Parlament dies gefallen ließ, war es auf dem Tiefpunkt seiner Selbstachtung angelangt. Rapinat setzte noch weitere Maßregelungen durch und hielt die Räte mit seiner Androhung von Kriegsgerichten in Schach. Damit war er selbst für das französische Direktorium zu weit gegangen. Rapinat wurde abgesetzt und seine Erlasse für ungültig erklärt. Diese Botschaft löste unter den Räten einen unbeschreiblichen Freudentaumel aus. In der Antwortnote an General Schauenburg, die Mousson abfaßte, spiegelte sich diese Atmosphäre wider.

Rapinat aber wußte Mittel und Wege, sich auf seinem Posten zu halten. Zugleich setzte er auch die Wahl von Ochs durch. Bei der zweiten Wahl entschieden die Räte jedoch für den noch in Paris weilenden Laharpe. Durch diese Neubesetzung erfuhr das Direktorium eine denkbar ungünstige Zusammensetzung, indem in der Folgezeit die reaktionären Elemente überwogen.

Im Zusammenhang mit den Umwälzungen, die durch Rapinat heraufbeschworen worden waren, erfolgte nun Moussons Beförderung zum Generalsekretär. Der wichtige Platz war nach der Entlassung Stecks vom 18. Juni vakant geworden. Mousson wurde zum Nachfolger bestimmt³. Den entscheidenden Ausschlag zu Moussons Wahl mag wieder Glayre gegeben haben. Jedenfalls bestehen keinerlei Hinweise darauf, daß es sich um eine von Rapinat diktierte Wahl gehandelt hätte.

Für Mousson begann nun eine Zeit angestrengter Arbeit. Wohl hatte Steck in der Organisation große Vorarbeit geleistet, doch bedeutete das tägliche Pensum der Abfassung des Protokolls der Beratungen im Doppel sowohl für den Generalsekretär, wie für die Copisten eine große Belastung⁴. Das Amt des Generalsekretärs — es erhielt besondere Bedeutung, indem es Mousson durch alle helvetischen Wirren hindurch betreute

³ Bulletin officiel, II. S. 447.

⁴ Strickler, II. S. 836 ff. Gesetzl. Organisation des Direktoriums vom 11. 8. 1798.

— umfaßte die folgenden Kompetenzen: Es lag ihm die Gegenzeichnung aller Akten der jeweiligen Vollziehungsbehörde ob, wie Beschlüsse, Befehle, Botschaften und Briefe; ferner wohnte er den Beratungen bei und führte darüber ein genaues Protokoll. Zur Bewältigung dieser Arbeit erhielt er die Befugnis, die nötige Anzahl von Untersekretären und Gehilfen anzustellen, für die er die Verantwortung trug. Dagegen war ihm die Einschränkung auferlegt, daß er als Generalsekretär nicht zugleich Mitglied der Exekutivbehörde sein durfte, da dieselbe ihn wählte⁵.

In Moussons Kompetenzbereich gehörte aber auch das Abfassen von Anträgen und Beschwerden der helvetischen Behörden an das französische Direktorium sowie von Botschaften an Räte und Volk. Mit seiner ihm eigenen Gewandtheit in der französischen Sprache entledigte er sich solcher Aufgaben in vorzüglicher Weise. Ein besonders gutes Beispiel stellt die Proklamation des Vollziehungsausschusses vom 10. Januar 1800 dar. In beredten Worten schilderte Mousson darin die Gründe, die zum ersten Staatsstreich führten: „La désunion qui regnait entre les premières autorités de la Republique vous est connue. Elle a comblé la mesure des maux sous lesquels vous géissez, en rendant tout moyen de secours impossible et en cherchant à établir la licence et l'anarchie sur les ruines du crédit public. Les choses en sont venues au point qu'au sein même du Gouvernement“. Moussons persönliches Verantwortungsbewußtsein kommt in seinem Stil auch da zum Ausdruck, wo er die Bürger vor neuen Illusionen warnt und sie zur Besinnung aufruft: „Mais, citoyens de l'Helvétie! gardez-vous d'une illusion funeste; la manière dont les affaires publiques ont été administrées jusqu'à présent n'est pas la seule cause de nos maux. Aussi longtemps qu'un malheureux destin placera et conservera sur notre sol le théâtre de la guerre, les efforts du Gouvernement pour adoucir vos maux, seront à peine sensibles. N'attendez donc de lui que le secours qu'il peut réellement vous procurer“⁶.

⁵ Zum Generalsekretär wurde Mousson gewählt: im Juni 1798 vom Vollziehungsdirektorium, im Januar 1800 vom Vollziehungsausschuß, im August 1800 vom Vollziehungsrat, im November 1801 vom Kleinen Rat zum Oberschreiber und im April 1802 zum Generalsekretär.

⁶ Vgl. Strickler, V, S. 694/95.

Im Oktober des Jahres 1798 erhielt Mousson den Besuch seines Vaters in Aarau. Dieser berichtete Moussons jüngerem Bruder, wie er Mousson inmitten eifrigster Arbeit angetroffen habe, so daß sich kaum Zeit für ein ruhiges Gespräch habe finden lassen: „Il m'a paru content de sa position et résolu à suivre sa carrière“. . . . „Il n'est pas douteux que ton frère ne soit extrêmement occupé; il a sous lui quinze secrétaires, du travail desquels il est responsable, et il a outre sa besogne particulière“⁷. Diese Tatsache bestätigte auch der Sekretär für deutsche Sprache, Friedrich May, indem er von der großen Arbeitslast, die das Personal zu erfüllen hatte, berichtete⁸. Mousson selbst fand in dieser Beschäftigung volle Befriedigung.

Diese Eigenschaften mochten wohl mit dazu beigetragen haben, daß Mousson jeder neuen helvetischen Behörde unentbehrlich war.

2. Parteikämpfe

Mit wachsender Unruhe verfolgte Mousson die Entwicklungen, die sich unter der neuen Zusammensetzung des Direktoriums anbahnten. Denn es zeigte sich bald, in welche Gruppen das helvetische Parlament zerfiel: in Revolutionäre, welche sich Patrioten nannten, und unter französischer Protektion stehend rücksichtslos vorgingen, und in Reformer oder Republikaner, welche das Neue mit dem Alten sorgfältig zu verbinden suchten.

So hatten sich Glayre und Legrand, ihrer gemäßigten Haltung treu, immer mehr auf die Seite schieben lassen müssen, Ochs und Laharpe dagegen machten aus ihrer Neigung zu despotischer Parteiherrschaft nicht das geringste Hehl. Zudem war es ihnen gelungen, den schwachen Oberlin auf ihre Seite zu ziehen. Nachdem nun Legrand in diesem Zusammenhang schon im Januar des Jahres 1799 seinen Abschied aus dem Direktorium genommen hatte, folgte ihm anfangs Mai zum allgemeinen Bedauern auch Glayre. Nach dem Ausscheiden dieser

⁷ F. A. M. 551. Jean-Henri Mousson an Emmanuel Mousson, 25. Oktober 1798.

⁸ Lauterburg, Berner Taschenbuch 1860, S. 232.

Männer konnte das Direktorium nicht mehr damit rechnen, daß ihm viel Vertrauen entgegengebracht würde. Als weiteres Symptom der neuen Herrschaft muß auch die Entlassung des deutschen Sekretärs May, eines geborenen Berner Patriziers, angesehen werden⁹.

Aber nicht nur im Innern hatten sich Wandlungen angebahnt, die sich ungünstig auszuwirken begannen, auch die äußere Lage der Helvetischen Republik hatte sich entschieden verschlimmert. Durch das ihr mit Frankreich aufgezwungene Bündnis vom 19. August 1798 hatte die Schweiz ihr Schicksal im Kriegsfall vollständig von demjenigen der großen Nachbarlandes abhängig gemacht. Als im Frühjahr 1799 der zweite Koalitionskrieg auf Schweizerboden ausgefochten wurde, hatte die Helvetische Republik ihren Tribut in Form eines Hilfskorps zu leisten.

Für die Organisation der Kriegsverwaltung, für Ausrüstung, Verpflegungs- und Besoldungswesen wurde ein Civil-Commissär mit Vollmachten ausgestattet. Mit diesem verantwortungsvollen Amt wurde der Berner Kuhn betraut.

Das Gratulationsschreiben Moussons an Kuhn zeigt uns, in welcher Perspektive der spätere Kanzler die Verhältnisse sah: „Depuis qu'il à été question de faire un effort pour protéger la république jusqu'à aujourd'hui, mon âme était angoissée à la pensée des obstacles qui seraient à vaincre et du peu de moyens qui seraient à la disposition du gouvernement. Je voyais nos milices sans chef, sans subsistance, sans solde; je voyais le découragement, la défiance.“ ... „Maintenant je commence à espérer, parce que je vois qu'un homme probe, actif, patriotique et ferme veille sur le tout et inspirera au gouvernement des mesures salutaires, à un gouvernement qui a le plus grand besoin d'être bien environné.“ ... „Courage, citoyen commissaire, que ceux qui aiment leur pays et brûlent de le défendre contre tout ennemi, quelque nom qu'il porte, quelque soit sa force, forment une ligue, une sainte ligue. Elle triomphera¹⁰.“

⁹ F. A. M. 607. Mousson an May vom 29. April 1799; *Lauterburg, Berner Taschenbuch* 1860, S. 233 ff.

¹⁰ Wyß, *Zürcher Taschenbuch*, S. 105. Anm. Mousson an Kuhn.

Erneut beweist Mousson damit seine klare Haltung in der Frage um die schweizerische Selbständigkeit.

Moussons Zusammenarbeit mit den Vorgesetzten, deren Handlungen er nicht billigen konnte, gestaltete sich immer ungünstiger. Als Laharpe gar zum Schlage gegen seinen Kollegen Ochs ausholte und sich so zum Alleinherrscher emporschwang und nachdem Moussons Freunde allmählich entfernt worden waren, glaubte dieser auch nicht mehr länger an seinem Platz bleiben zu können¹¹. Vor allem entbehrte er Glayres hilfreiche Nähe; daher unternahm er schließlich Schritte, Glayre zur Rückkehr ins Direktorium zu bewegen. Er flehte ihn an, unter diesen kritischen Umständen sich nicht vom Direktorium zu isolieren, wo sein Wirken so nötig sei. Denn nur unter ihm bereite ihm die Ausübung der Arbeit Freude¹².

Als sich Mousson aber auch in dieser Hoffnung getäuscht sah, gab er sein Begehren um Entlassung ein. Doch das Direktorium wollte seine Dienste nicht missen und beauftragte Savary, Mousson zum Bleiben zu bewegen. „Vos principes vous attachent bien certainement trop à la chose publique, pour qu'ils vous permettent de vous retirer d'un poste important, où vous êtes si nécessaire“, schrieb Savary. „Le Directoire compte absolument sur ce témoignage de dévouement que vous donnerez à la Patrie dans les temps de crise où nous nous trouvons¹³.“ Durch diese Bitten ließ sich Mousson zum Bleiben bewegen.

3. Der erste Staatsstreich vom 7. Januar 1800

Im Sommer des Jahres 1799 wurde die Schweiz zum Schlachtfeld der kriegführenden Mächte. In harten Kämpfen siegten schließlich die Franzosen. Das Land aber litt unter großer Not. Eine Folge dieses Krieges waren nämlich neue

¹¹ Dunant, S. 215, 16. Juni 1799. Das französische Direktorium plante eine Säuberung der helv. Regierung. Mousson stand auf der Liste derjenigen, die entlassen werden sollten.

¹² A. C. Lausanne, Mousson an Glayre, 19. Oktober 1799.

¹³ F. A. M. 610, Savary an Mousson, 30. Oktober 1799.

schwere Kontributionen, die den einzelnen Städten auferlegt wurden. In dieser Zeit des Unglücks zeigten sich aber auch die Schwächen des helvetischen Staates. Um irgend einen Beschluß durchzusetzen, fehlte es der Regierung nicht allein an Geld, sondern auch am nötigen Vertrauen. Während sich nun die öffentliche Meinung immer ungestümer gegen das Direktorium auflehnte, legte Laharpe in einer Motion vom 4. November seine Reformpläne vor.

Aus der allgemeinen Notlage sah er den einzigen Weg in der Zusammenfassung aller Kräfte und einer durchgreifenden Reform der Verwaltung. Allein, sein Plan erfuhr eine ungünstige Aufnahme. Da griff Laharpe, unterstützt von den beiden ihm ergebenen Direktoren Secretan und Oberlin, zu diktatorischen Gewaltmaßnahmen. An einem verlockenden Vorbild zu solcher Tat fehlte es nicht: Bonaparte hatte am 9. November das Direktorium im Staatsstreich gestürzt und sich selbst zum Ersten Konsul ernannt. Da sich Laharpe der ungefügigen Räte mit französischer Hilfe entledigen wollte, versuchte er, auf einen Artikel in der Verfassung sich berufend, am 9. Dezember eine Vertagung der Räte herbeizuführen. Sein Drängen stieß jedoch auf den entschiedenen Widerstand der beiden übrigen Direktoren Dolder und Savary, und mit Oberlins Stichentscheid wurde vorläufig von einem Beschluß abgesehen.

Die Vereitelung dieser gefährlichen Machenschaften Laharpes war nun vor allem Moussons Verhalten zu verdanken. Denn er war es gewesen, der als erster von Laharpes Plänen Kenntnis erhalten und durch sein Mißtrauen ein erstes Hindernis in den Weg gelegt hatte. In der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember hatten sich nämlich Ereignisse abgespielt, die Laharpes Vorhaben entlarvten. Dadurch daß Mousson den Präsidenten des Direktoriums, Dolder, über jene nächtlichen Vorgänge informierte, und durch die darauf folgende Veröffentlichung der Dokumente, lieferte er ihm und seinen Gesinnungsgenossen die Unterlagen, mit deren Hilfe man zum Schlag gegen Laharpe ausholen konnte¹⁴.

¹⁴ Hilty, Polit. Jahrbuch 18, 1904, Beilage III, S. 787. Hilty bezeichnete Moussons Rechenschaftsbericht an Dolder als das Hauptaktenstück der helv. Periode.

Nach diesen Akten spielte sich folgendes ab¹⁵: Nachdem Laharpe Mousson am 8. Dezember abends zu sich bestellt hatte, eröffnete er ihm seine Pläne, die dahin lauteten, in einer Botschaft an die Räte deren Vertagung zu erwirken, sodann die Hilfe Frankreichs anzurufen, um die Feinde der Republik los zu werden. Auf Moussons Einwand, ob denn der Präsident des Direktoriums unterrichtet sei, entgegnete Laharpe, daß er im Einverständnis mit zwei Direktoren und somit im Namen der Mehrheit handle. Weiterhin kündigte er an, daß Moussons Dienste in dieser Sache nicht nötig wären, denn er brauche nur das amtliche Stempelpapier und bringe die Sache selbst in Ordnung. Darauf entließ er Mousson, nachdem er ihm das Ehrenwort abgenommen hatte, bis zum nächsten Morgen absolutes Schweigen zu bewahren. Nach Hause zurückgekehrt, ließ sich Mousson das Geschehene durch den Kopf gehen. Das abgezwungene Ehrenwort drückte ihn sehr. So griff er zur Feder und versuchte, sich davon zu lösen. In seinem Schreiben protestierte er gegen Laharpes Unterfangen mit folgenden Worten: „Citoyen Directeur! Un instant de réflexion m’a fait sentir, que connaissant votre projet, je ne pouvais sans y tremper en quelque sorte, vous faire parvenir ce que vous demandez“. . . . „La parole d’honneur que vous avez exigée de moi me pèse. Je vous demande de m’en délier; si cependant vous me refusez, j’y demeurerai fidèle, tout en gémissant d’un engagement précipité, par lequel je me suis privé des moyens d’agir ainsi que mon amour pour ma patrie, l’honneur et le devoir de ma place me le prescrivaient. Comme ami de la liberté de mon pays et de son indépendance — que je ne puis concilier avec la violence des lois constitutionnelles et ces appels continuels à une puissance étrangère; comme membre du peuple souverain helvétique que vous allez fouler aux pieds, je proteste individuellement contre les mesures qui auront lieu d’après la communication qu’il vous a plu de me faire.“

Durch die Heftigkeit, mit der Laharpe auf diese Botschaft reagierte, verriet er seine wahre Absicht nur zu deutlich. Hatte er vorher von durchgreifenden Maßnahmen gesprochen, so be-

¹⁵ Vgl. Strickler, V, S. 319—329; Laharpe, Mémoires, S. 161.

stätigte er in seiner Antwort an Mousson nur noch, daß er im Parlament eine Motion vorzubringen gedenke. Durch diese Worte fühlte sich Mousson vorerst irritiert, dann aber hielt er im Geheimen doch an seinen Vermutungen fest und gab nochmals unverhohlen seine Ansicht kund, wie sie seinem Pflichtbewußtsein entsprach: „Vous ne vous êtes point trompé, citoyen Directeur, lorsque, m'ayant appelé auprès de vous, vous avez cru parler de votre projet à une républicain, — si par républicain vous entendez un homme prêt à sacrifier sa vie pour la liberté du peuple, pour l'égalité des citoyens, pour la forme démocratique de gouvernement, mais aussi pour la justice et la morale publique,“ ... „Comme vous, citoyen Directeur, je pense que pour sauver la République, il est nécessaire d'une grande mesure. Mais je diffère de vous, en ce que je crois que le Directoire seul, tel qu'il est composé, ou une fraction du Directoire, ou le directeur Laharpe en particulier, ne peuvent pas davantage opérer ce grand oeuvre, que le Corps législatif dans sa bizarre et déplorable aggrégation. Cependant, citoyen Directeur, je pense que le but pourrait être atteint encore, et que les moyens sont là.“

Mit diesen Worten bewies Mousson, daß er einer autoritären Lösung der Probleme entschieden abgeneigt war. Noch schärfer verurteilte er die Anlehnung an Frankreich, denn für ihn stand fest: „Ce recours perpétuel à une puissance étrangère anéantissait la constitution et l'indépendance du Pays.“

Nach der Bekanntmachung von Laharpes Vorhaben setzte eine heftige Reaktion des Parlamentes ein. Sowohl die Mehrheit der Reformer, wie einzelne Revolutionäre entschlossen sich zum Widerstand gegen Laharpe. Dieser suchte Zuflucht in der Unterstützung Frankreichs. Diese Hilfe wurde ihm versagt; denn schon hatte Louis-André Pichon, der provisorische Sekretär der Gesandtschaft in der Schweiz, von Dolder über die Vorfälle informiert, durch seinen Bericht nach Paris einer dortigen Diskreditierung Laharpes Vorschub geleistet.

In der Folge äußerte sich Mousson ein zweites Mal über die zu treffende Lösung. In einem Schreiben an den Gesinnungsfreund Laharpes, Secretan, unterstrich er die Fehler in Laharpes Projekt und gab gleichzeitig seinen Vorschlag zur Lösung

bekannt. Er bezweifelte darin die notwendige Umformung der bestehenden Regierung in keiner Weise, doch wichen seine Vorschläge wesentlich von der Lösung, wie sie Laharpe gesucht hatte, ab¹⁶. „Mais je pense“, begründete er seinen Vorschlag, „et croyez que c'est l'opinion générale, je pense que sans injustice on pourrait établir en principe: Que la faiblesse des premières autorités a aggravé les maux de l'Helvétie, que chaque autorité a sa part à cette faute comme, et que dès là, pour chacun la modestie devient justice. Ceci me ramène à la même idée que j'eus l'honneur de vous soumettre déjà le 9 Décembre dernier. C'est que le Directoire, s'il considère un changement dans les formes et dans les hommes comme un moyen de sauver la République, et puisqu'il est assez républicain pour employer ces moyens sans aucune considération particulière, doit présenter au Corps législatif et à la Nation l'état des choses, et dire: Nous pensons qu'à l'ordre actuel démontré mauvais doit succéder un ordre provisoire; que les conseils législatifs doivent momentanément faire place à une commission plus éclairée et plus active; que le pouvoir exécutif doit subir une semblable réforme, et voici nous déposons à cet effet en vos mains l'autorité que vous nous aviez confiée.“

In der Tat erwirkte die Reformpartei die Bildung eines Ausschusses, von dem auch Mousson in seinem Vorschlag gesprochen hatte. Aufgabe dieser Kommission war es, neue Vorschläge zu einer Verbesserung der kritischen Lage der Helvetischen Republik auszuarbeiten, vor allem aber die Unterlagen bezüglich Laharpes Plänen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen.

Schließlich spitzte sich die ohnehin schon kritische Lage immer mehr zu und am 7. Januar 1800 kam es zum Staatsstreich. Während Dolder im Direktorium mit seiner Motion die Auflösung des Direktoriums anstrebte, unterbreitete der Zehnerausschuß im Parlament seine Vorschläge und stellte den Antrag auf Absetzung der gefährlichen Direktoren, sowie Uebertragung der vollziehenden Gewalt an Dolder und Savary bis zu dem Zeitpunkt, da Neuwahlen getroffen wurden.

Gegen diese Vorstöße versuchte sich Laharpe zur Wehr zu

¹⁶ Strickler, V, S. 638. Mousson an Secretan, 22. Dez. 1799.

setzen. Er beriet deshalb mit Secretan und Oberlin in gesonderter Sitzung und suchte Unterstützung durch die Armee. Zu diesem Zwecke erließ er im Namen der Mehrheit des Direktoriums einen Aufruf an den Kommandanten der französischen Truppen in der Schweiz. Auf der andern Seite hatten sich Dolder und Savary mit Mousson und den Ministern versammelt. Sie versuchten, Laharpes Vorhaben durch eine Adresse ans Parlament zu unterbinden und gleichzeitig durch Verbreitung dieser Nachricht den Beschluß über die Absetzung der drei Direktoren entscheidend zu beeinflussen. Dieses Billet, von Dolder, Savary und Mousson unterzeichnet, hatte denn auch die gewünschte Wirkung. Die leidenschaftlich geführte Debatte nahm folgendes Ende: Mit 68 gegen 37 Stimmen im Großen Rat und mit 43 gegen 8 im Senat wurde die Absetzung beschlossen. Den drei Direktoren blieb nichts anderes übrig, als sich zurückzuziehen und sich mit ihrem Los abzufinden¹⁷.

Durch den Sturz der Direktoren und die Annahme des Vorschlages der Zehnerkommission war aber die Verfassung verletzt worden. Denn die abgesetzten Direktoren wurden nicht mehr ersetzt, die Exekutivgewalt aber einem siebenköpfigen Vollziehungsausschuß übertragen. So datierte von diesem ersten Staatsstreich an ein Provisorium, das bis zur Einführung der Mediationsverfassung dauern sollte. Die Zeit der Staatsstreiche war eröffnet.

In die neue Regierung wurde neben Dolder und Savary an erster Stelle Glayre gewählt. Diese Tatsache löste bei Mousson eine Begeisterung aus, die kaum Grenzen kannte: „Mon respectable ami, mon père“, rief er ihm zu, „votre modération, vos talents, votre influence, votre nom, oui votre nom il guérit des blessures, il calme les secousses ce nom là“¹⁸. Welche Hoffnungen Mousson und mit ihm die ganze Reformpartei auf Glayre und die neue Regierung setzte, kommt weiterhin in Moussons Worten an Glayre zum Ausdruck, wenn er schreibt: „Venez, renouez des liens prêts à se dissoudre, rattachez

¹⁷ Ebenda. V, S. 538; Laharpe, Mémoires, S. 176—180; F. A. M. 551. Jean-Henri Mousson an Markus Mousson, 21. Januar 1800; F. A. M. 607, Ausset an Mousson, 19. März 1800.

¹⁸ A. C. Lausanne, Mousson an Glayre, 8. Januar 1800.

fortement le canton Léman à la république, sauvez nous du double malheur d'être français ou de n'être rien."

Die Sieger des Staatsstreiches hatten aber von Anfang an keinen leichten Stand. Immer deutlicher zeigte sich die Tendenz der Reformpartei, nach der Säuberung des Direktoriums nun auch diejenige des Parlamentes durchzuführen. Diese Grundabsicht, die denn auch tatsächlich in einem zweiten Staatsstreich innert eines halben Jahres erreicht wurde, färbte sich ungünstig auf die Regierungspolitik ab. Ja, sie forderte die Revolutionspartei zum Gegenschlage geradezu heraus.

Vor allem hatte das Ereignis des 7. Januar für Mousson ein unliebsames Nachspiel. In Laharpe hatte er einen Gegner erhalten, der ihm die Durchkreuzung seiner Pläne zu Beginn des Dezembers nicht so leicht verzieh. So griff Laharpe Mousson in einer Rechtfertigungsschrift, die er zusammen mit Savary kurz nach dem Sturz einreichte, heftig an und bezeichnete Moussons Darstellung der Vorgänge jener Nacht als „un tissu de fables et de mensonges contre lequel je m'inscris en faux"¹⁹. Zu diesen Schmähungen mochten ihn auch die veröffentlichten Dankesbezeugungen der Reformer für Moussons Anzeige verleitet haben. Mousson seinerseits scheute kein Mittel zu seiner Rechtfertigung, und da sich am 8. Dezember die Unterhandlungen mit Laharpe unter vier Augen abgespielt hatten, sah er zur Rettung seiner Ehre einzig die Möglichkeit, Genugtuung mit der Waffe zu fordern: „Aucun témoin n'ayant assisté à l'entretien du 8. Décembre“, schrieb er am 14. Januar an Laharpe, „et les tribunaux ne pouvant vous convaincre, j'emploie le seul moyen qui me reste pour terminer un différend de cette espèce. Je vous demande rétraction de ce qui dans votre mémoire au Corps Législatif est relatif à la déposition vrai dans tout son contenu, que j'ai fait le 10 Décembre, ou une satisfaction telle qu'un homme d'honneur ne peut la refuser. Si vous choisissez ce dernier parti, j'attends votre réponse pour convenir de nos arrangements ultérieurs“²⁰. Dieser Brief geriet jedoch auf

¹⁹ Strickler, V, S. 637.

²⁰ Ebenda. V, S. 648, Mousson an Laharpe, 14. Januar 1800; Seigneux Précis hist. de la révolution du canton de Vaud, I, S. 375; Bulletin helvétique, 29. Januar 1800, S. 226; Strickler, V, S. 649/50, Laharpe an Mousson, 21. Jan. 1800.

Umwegen und mit Verzögerung in Laharpes Hände. In seiner Antwort versuchte dieser, Mousson zu beruhigen und ihm die Sinnlosigkeit seines Vorhabens vor Augen zu führen. „A mon égard vous fûtes délateur et vous triomphez“, schrieb Laharpe, „je suis victime de votre délation et de plus dans une position qui me force à des ménagements qu'un homme délicat eût deviné. En un mot, la partie n'est plus égale entre nous“. Damit war für ihn der Fall erledigt. Mousson dagegen reagierte auf diese Entgegnung hin mit der Veröffentlichung des Briefwechsels²¹.

4. Der zweite Staatsstreich vom 7. August 1800

Nach dem Sturz der Direktoren am 7. Januar hatte der neugebildete Vollziehungsausschuß eine schwierige Aufgabe zu bewältigen. Wohl hatte die Proklamation vom 10. Januar eine bessere Zeit angekündigt, doch diese Hoffnungen sollten durch den neuentbrannten Parteikampf wieder zunichte gemacht werden. Die Revolutionäre leisteten, obwohl sie in der Minderheit waren, gegen die Politik der Reformer Widerstand. Den härtesten Kampf lieferten sich die Parteien im Ringen um eine neue, den schweizerischen Verhältnissen besser angepaßte Verfassung. Die Reformpartei tendierte von Anfang an auf restlose Beseitigung der Revolutionäre. Frankreich, das die Staatsveränderung vom Januar gebilligt hatte, zeigte sich auch mit diesen neuen Plänen einverstanden. Anfangs Juli legten die Reformer ihren Verfassungsentwurf dem Großen Rat zur Weiterbehandlung vor. Noch aber war die Revolutionspartei stark genug, um die Pläne der Reformer zu durchkreuzen. Da kam den Reformern ein eigentümlicher Zwischenfall zu Hilfe.

Auf Umwegen geriet Exdirektor Laharpe in den Besitz eines Briefes, der, mit dem Namen Mousson unterzeichnet, an Jenner in Paris adressiert war²². Aus diesem geheimnisvollen

²¹ Bulletin helvétique, 29. Januar 1800, S. 23; vgl. ferner B. A. A. E. 472, 84 Bericht Pichons nach Paris, 16. Januar 1800. Boehtlingk, Laharpe, I, S. 333/334; Laharpe, Mémoires, S. 181.

²² Strickler, V, S. 241; vgl. ferner Mottaz, lettre myst., Boehtlingk, I, S. 335–341 Laharpe, Mémoires, S. 188–196; Pichard, Journal, S. 305–309.

Schreiben ging hervor, daß gegen die revolutionäre Partei ein Anschlag geplant war. Darnach sollte der Vollziehungsausschuß Talleyrand mit 50 000 Livres bestochen sowie mit dem Wienerhof verräterische Verbindungen gepflogen haben. Laharpe glaubte einem Hochverrat auf die Spur gekommen zu sein, deponierte den Brief auf dem Lausanner Gericht und sandte eine Kopie an seinen Gesinnungsgenossen Suter im Großen Rat. Nach Bekanntmachung dieser Angelegenheit beschloß das Parlament, sowohl Laharpe wie Mousson unter Bewachung zu stellen und ihre Papiere bis zur Abklärung des Falles zu versiegeln. Indem Laharpe sich durch Flucht nach Frankreich einer Rechtfertigung vor Gericht entzog, und Mousson durch das Urteil des Kantonsgerichtes freigesprochen worden war, wagte der Vollziehungsausschuß mit neuem Mut, die Auflösung der Räte zu erzwingen. Nachdem sich der Vollziehungsausschuß nochmals der ausdrücklichen Zustimmung des Ersten Konsuls zu seinem Vorhaben versichert hatte, traf er in aller Stille die Vorbereitungen zum zweiten Staatsstreich, der am 7. August in Szene ging.

An diesem Tag wurden die Räte aufgelöst und ein neuer Gesetzgebender Rat bestimmt, der sich sofort mit den Wahlen befaßte. Dadurch wurde die zweite verfassungswidrige Handlung begangen, und die im Frühjahr 1798 mit Gewalt eingeführte Verfassung wurde wieder mit Gewalt gestürzt.

Wenden wir uns nochmals der Briefaffäre zu: Der Schlag, den die Revolutionspartei mit dem angeblichen Brief Moussons an Jenner vom 18. Mai gegen die Reformer plante, überraschte diese nicht allzu sehr. Denn Jenner, der in Paris die verschiedenen Strömungen und Beziehungen feinhörig registrierte, hatte die Reformer vorzeitig unterrichtet und seine Befürchtungen in dieser Hinsicht geäußert²³.

So bestand von vornherein kein Zweifel darüber, daß es sich im Falle des Moussonschen Briefes um eine Fälschung handeln mußte. In der Tat erkannten die Räte nach der

²³ F. A. M. 607, Briefe des Sekretärs Jenner in Paris an Mousson, 18. Febr., 25. März 1800. Vgl. auch A. C. Lausanne, Brief Laharpes an Glayre, 30. April 1800.

Vorlegung des Originals im Großen Rat alsbald den Betrug²⁴.

Unterdessen aber war sowohl gegen Mousson, wie gegen Laharpe ein Haftbefehl erlassen worden. Auf diese Maßnahme reichte Laharpe Klage ein und gab bekannt, daß gesetzmäßig nur eine Ueberwachung in Frage käme. Dagegen protestierte Mousson in seinem Schreiben an den Großen Rat vom 29. Juni energisch²⁵. Er bezeichnete darin den angeblichen Brief an Jenner als eine offenbare und gröbliche Verleumdung und verlangte zu seinem Schutze, daß er und sein Ankläger gefangen-genommen, wenn nötig eingekerkert, und vor den Gerichten nach konstitutionellen Formen abgeurteilt werden sollten.

In einem neuen Dekret wurde Moussons Wunsch entsprochen und die Angelegenheit Laharpe-Mousson dem Berner Kantonsgericht überwiesen²⁶. Im Augenblick, da Laharpe aber nach Bern überführt werden sollte, ergriff er in Payerne die Flucht. Durch diese Tatsache erhielt die ganze Affäre eine neue Wendung²⁷. Anfänglich glaubte Mousson darin ein Symptom weiterer dunkler Machenschaften von seiten Laharpes erblicken zu müssen. Der Vollziehungsausschuß beauftragte sowohl Jenner wie den zu diesem Zweck eigens nach Paris beordneten May mit der Sondierung über die Folgen der Flucht Laharpes²⁸.

Allein nach Ablauf eines Monats stellte das Kantonsgericht Moussons Unschuld fest. Der ihm zugeschriebene Brief war nach dem eingehenden Urteil der Experten als eine Fälschung bezeichnet worden²⁹. Daraufhin wurde Mousson durch das Urteil des Kantonsgerichtes vom 23. Juli von allen Anschuldigungen

²⁴ F. A. M. 605, 28. Juni 1800, Mousson an seine Braut: «L'original est arrivé. Il y a eu ce matin séance secrète pendant plusieurs heures au grand conseil. J'apprends que la signature est parfaitement imitée et toute écriture très ressemblante».

Das Original des gefälschten Briefes liegt im Bd. 617. B. A. Abt. Helvetik, Criminalrecht, 1798—1801. Prozedur Mousson gegen Laharpe.

²⁵ Vgl. Strickler, V, S. 1251 ff.; B. A. Abt. Helvetik, Criminalrecht, Bd. 618; F. A. M. 605, Mousson an seine Braut.

²⁶ Strickler, V, S. 1251, 29. Juni 1800.

²⁷ Vgl. A. C. Lausanne, Dossier Mousson; Pichard, Journal, S. 306 und 308; Strickler, V, S. 1359. Laharpe an die Räte vom 6. Juli 1800 aus Verrières. Lah. protestiert gegen die «Verfolgung» seiner Person und erklärt, daß er die Gefangennahme durch seine Feinde nicht anerkenne.

²⁸ Strickler, V, S. 1258; Lauterburg, Berner Taschenbuch, 1860, S. 243.

²⁹ B. A. A. E. 473, 120. Expertenurteil vom 16. Juli 1800; Seigneux, Précis hist. I, S. 503—506, Urteil des Kantonsgerichtes vom 23. Juli 1800.

entlastet, wieder auf freien Fuß gesetzt³⁰. Ein Dekret gab seine feierliche Wiedereinsetzung in sein Amt bekannt, und seine Rückkehr gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug³¹.

Stapfer verband mit seiner Gratulation zum glücklichen Ausgang des Prozesses gleichzeitig den Wunsch, Mousson möge die Sache der Reformer weiterhin kräftig unterstützen³². Denn es war sich jedermann klar über den größeren Zusammenhang dieser Angelegenheit: So äußerte sich Glayre Usteri gegenüber wie folgt: „L'affaire de Mousson a fini comme elle le devait quant à cet honnête et vertueux jeune homme. Que de gaucherie dans cette sale intrigue! Elle était dans l'intention de ses auteurs dirigée en grande partie contre moi. On voulait me rendre suspect à la France pour m'écarter des négociants futures“³³.

³⁰ Strickler, V, S. 1457/58; Pichard, Journal, S. 308.

³¹ Luginbühl, Polit. Jahrbuch v. Hilti, 20, 1906, S. 84. Xaver Bronner an Stapfer: «Auf Veranstaltung einiger Freunde Moussons gingen nun alle Schreiber in den verschiedenen Bureaux des Vollziehungsausschusses ins Spital und holten denselben wie im Triumphe nach seiner Wohnung zurück»; F. A. M. 551, Jean-Henri Mousson an Emmanuel Mousson, 29. Juli 1800.

³² F. A. M. 607, Stapfer an Mousson, 4. August 1800: «Secondez, je vous en supplie, de toute votre énergie, de tous vos moyens l'opération chirurgique salubre pour laquelle nous venons d'obtenir l'approbation très explicite du gouvernement français... Ainsi purgez l'étable d'augias. Jenner et moi, nous comptons singulièrement sur vous».

³³ Z. B. Ms V, 494. Glayre an Usteri, 28. Juli 1800. Vgl. Revue historique vaudoise, 1932: Une correspondance sous la république. Paul Usteri-Maurice Glayre.

B. Kämpfe zwischen Unitariern und Föderalisten 1800-1803

Durch die beiden Staatsstreiche waren die Reformer in den Besitz der Gewalt gelangt. In der Folge vollzog sich aber innerhalb der Parteien eine neue Gruppierung. Die Hauptfrage, die die Staatsmänner jener Zeit beschäftigte, war die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die dem provisorischen Zustand ein Ende bereiten sollte. Dabei hatten sich alle Gegner des Einheitssystems in der föderalistischen Partei zusammengefunden. Sie traten dafür ein, daß das politische Leben wieder mehr in die Kantone verlegt und der Zentralgewalt nur die Wahrung der allgemeinen Landesinteressen überlassen werden sollte. Dem gegenüber vereinigten sich darauf Revolutionäre und Reformer zur Partei der Unitarier, wobei die früheren Reformer die Führung übernahmen. In ihrem Bestreben, dem Staate ein neues Grundgesetz zu geben, gerieten die Unitarier in Gegensatz zu Bonaparte, dem es gerade an diesem Provisorium gelegen war. Er versuchte eine endgültige Lösung der schweizerischen Angelegenheit bis zum Friedensschluß zu verschieben; denn der zweite Koalitionskrieg, der in Deutschland und Italien fort dauerte, endete auch hier mit dem Siege Frankreichs und schloß mit dem Frieden von Lunéville anfangs Februar das Jahres 1801.

1. Die Abordnung Glayres und Moussons nach Paris

Zur Wahrung der schweizerischen Interessen in Paris sowie zur Teilnahme an den Verhandlungen des Friedenskongresses zu Lunéville bestimmte der Vollziehungsrat sein hervor-

ragendstes Mitglied, Glayre. Ihm wurde Mousson als Legationssekretär beigegeben³⁴.

Moussons Berichte vermitteln uns einen Einblick in die damalige Situation. In einem Brief an Dolder schilderte er die beschwerliche Reise sowie seinen Eindruck von der Stimmung der Landbevölkerung: „Partout sur la route nous avons trouvé le peuple, conservant un souvenir profond des malheurs révolutionnaires désirant ardemment la paix qui rendra au sol des bras nécessaires pour sa culture; mais plein d'amour et de confiance pour Bonaparte. — Il paraît être le seul que le peuple voit dans le Gouvernement“³⁵.

Während sich aber Mousson noch zu Beginn des Aufenthaltes über die Unsicherheit, die über allem schwebte, beklagte, setzte er, seit dem Tage, da er mit Glayre am offiziellen Empfang Bonaparte begegnet war, die größten Hoffnungen in einen guten Ausgang der Sache für die Schweiz. Obwohl er schon im Frühjahr Gelegenheit gehabt hatte, Bonaparte vor seinem Uebergang über den Großen St. Bernhard in Lausanne zu sehen, machte ihm die Erscheinung des Korsen in den Tuileries einen überwältigenden Eindruck³⁶. „J'ai senti mon coeur se serrer en pensant que le travail et les soucis de si hautes destinées, ou que le poignard d'un assassin pouvait enlever à notre siècle son héros...“, schrieb er in einer Begeisterung an seine Braut³⁷. Und als am 9. Februar 1801 der Friedensvertrag zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossen wurde, erreichte die Helvetische Republik die Garantie ihrer Unabhängigkeit, sowie das Recht zur freien Wahl einer Staatsform.

Im Verlaufe seines Pariser Aufenthaltes erhielt aber Glayre noch eine weitere wichtige Aufgabe. Wiederum bediente er sich der vorzüglichen Dienste Moussons. Zusammen mit

³⁴ Strickler, VI, S. 261 und F. A. M. 610: Beschluß des Vollziehungsrates vom 10. Oktober 1800; F. A. M. 551, Jean-Henri Mousson an Emmanuel Mousson vom 2. November 1800.

³⁵ Strickler, VI, S. 268. Mousson an Dolder, Auxerre, 19. Oktober 1800. Original B. A. Abt. Helvetik, Bd. 793, S. 326.

³⁶ Strickler, Verfassung v. Malmaison, S. 127; Strickler, V, S. 1089; Pichard, Journal, S. 295—98.

³⁷ F. A. M. 605, Mousson an seine Braut, 26. Oktober und 12. November 1800; F. A. M. 551, Jean-Henri Mousson an Emmanuel Mousson, 12. Dezember 1800.

Stapfer vertrat Glayre die unitarischen Ansprüche und führte in dieser Hinsicht wichtige Verhandlungen. Die Unitarier hofften nämlich, die Zustimmung Bonapartes zu ihrem inzwischen ausgearbeiteten Entwurfe zu erhalten.

Unterdessen aber waren die Föderalisten nicht untätig geblieben. Ihre Opposition hatte sich dadurch verstärkt, daß sie im neuen französischen Gesandten, dem aus Württemberg stammenden Diplomaten Karl Friedrich Reinhard, einen Mitthelfer für ihre Pläne gefunden hatten³⁸. Dieser unterstützte ihre Sache aus Rache gegen die Unitarier, die ihn umgehend mit Paris direkten Kontakt hergestellt hatten.

Angesichts dieser Lage drängten Stapfer und Glayre darauf, daß der unitarische Verfassungsentwurf beendet und in Paris vorgelegt werde. Mousson schrieb in diesem Zusammenhang an Usteri, daß er, um Zeit zu gewinnen, für eine gute Uebersetzung des Projektes besorgt sein wolle³⁹. In der That traf Rengger mit dem unitarischen Entwurf zu Beginn des neuen Jahres in Paris ein, und Glayre versäumte nicht, das Projekt unverzüglich Bonaparte zu unterbreiten.

Mittlerweile hatten aber auch die Föderalisten ihren Entwurf ausgearbeitet. Doch Bonaparte wollte weder von einem starren Unitarismus noch von einem alteidgenössischen Föderalismus etwas wissen und überraschte die Schweizer mit der Verfassung von Malmaison. Obwohl die neue Verfassung für die schweizerischen Verhältnisse denkbar günstig war, indem sie, einen Kompromiß zwischen Einheitsstaat und Staatenbund darstellend, den Bundesstaat einführen wollte, befriedigte sie weder die Unitarier noch die Föderalisten. Es kam auch in der Folge zu keiner friedlichen Verständigung, und so wurde dem Lande die ersehnte Ruhe für längere Zeit vorenthalten.

³⁸ Karl Friedrich Reinhard, bevollmächtigter Minister 22. Februar 1799 bis 7. September 1801.

³⁹ Z. B. Ms V, 494, Mousson an Usteri, 10. Januar 1801; Strickler, Verfassung v. Malmaison, S. 136; Guggenbühl, Paul Usteri, I, S. 256.

2. Der dritte Staatsstreich vom 28. Oktober 1801

Die Unitarier konnten ihre Enttäuschung über den Ausgang der Verfassungsverhandlungen nicht verhehlen, Gleichwohl blieb dem Gesetzgebenden Rat keine andere Möglichkeit übrig, als den Verfassungsentwurf zu genehmigen und nach dessen Bestimmungen eine Kommission zu wählen, die die Vorbereitungen zur Einberufung der helvetischen Tagsatzung, sowie der Kantonalorganisationen traf. In allen Kantonen wurden nun Wahlen abgehalten, die in ihrem Resultat zu einem Uebergewicht der Unitarier führten. Allein die Schweiz befand sich noch immer in einem Zustand der größten Unsicherheit, denn das Land litt schwerer denn je unter dem Parteienstreit.

Glayre hatte sich nach seiner Rückkehr aus Paris in seine Heimat zurückgezogen, wo er sich mit der neuen kantonalen Organisation beschäftigte. Seine Korrespondenz mit Mousson wirft ein Licht auf die Wahlvorgänge des Sommers 1801 im Kanton Léman. „En apprenant le resultat des Elections du Léman, mon coeur s'est serré d'une manière bien douloureuse. Tant d'hommes exaltés et si peu de talents“, klagte Mousson darüber Glayre. „Que va devenir notre Léman? Que deviendra la Suisse entière, car la même fatalité pèse sur tous les Cantons“. Ja, Mousson sah den einzigen Ausweg in einer gewalttätigen Umwälzung. „Je ne vous cacherai pas . . . que tous les gens sensés et amis de leur Pays sont au désespoir de la tournure que prennent nos affaires . . . et qu'un coup d'autorité est seul moyen de nous tirer des maux affreux que préparent à notre Patrie les Elections municipales“⁴⁰. Damit hatte er eine Vorahnung für die kommenden Dinge ausgesprochen. Es sollte in der Tat erneut zu einer Staatsumwälzung kommen.

Nachdem am 7. September die helvetische Tagsatzung zusammengetreten war, gingen die Unitarier daran, ihren Willen durchzusetzen. Sie stellten nochmals einen eigenen Verfassungsentwurf auf und erzwangen dessen Annahme. Durch dieses illegitime Vorgehen hatten sie sich aber die Feindschaft der Föderalisten zugezogen. So führte der fortgesetzte Wider-

⁴⁰ A. C. Lausanne, Mousson an Glayre, 19. Juli 1801.

stand gegen den Willen Bonapartes zum föderalistischen Staatsstreich vom 28. Oktober 1801. Als die eigentlichen Urheber dieser Umwälzung galten Berner Aristokraten; doch die Durchführung des Gewaltaktes vollzog der französische Gesandte Verninac, der in Dolder und Savary, die beide ehrgeizig und ohne politische Grundsätze nach Ruhm heischten, die geeigneten Werkzeuge fand. Auch Mousson wurde in diesen Konflikt einbezogen, ja er wirkte sogar an dieser Umwälzung aktiv mit⁴¹. Die Gründe, die ihn dazu bewogen, schilderte er in zwei Erklärungen.

Als Folge der Aenderung vom 28. Oktober konstituierte sich Ende November die neue vollziehende Behörde im Kleinen Rat. Mousson, der zur Uebernahme der Verrichtungen eines Oberschreibers dieser Behörde aufgerufen wurde, erklärte, diesen Posten nur nach Bekanntgabe und Genehmigung einer Darlegung seiner Gesinnung antreten zu können: „Immer habe ich geglaubt, das Glück meines Vaterlandes und seine dauerhafte Einrichtung könne nur durch die Vereinigung aller Parteien, durch die Zusammenschmelzung aller verschiedenen Meinungen, durch Mäßigung und Duldung bewirkt werden. Ich habe noch diese nämliche Ueberzeugung, und was für Begebenheiten auch noch bevorstehen mögen, so wird mich immer das frohe Bewußtsein beruhigen, daß ich niemals gegen diese Ueberzeugung gehandelt habe. Nur eine Regierung also, die weise genug sein wird, nur mit gleicher Unparteilichkeit die alten Anstalten und die neuen Einrichtungen zu prüfen, die gerecht genug sein wird, den Mann nur nach seinem Verdienste zu schätzen und denselben niemals wegen seinen politischen Meinungen allein ihres Zutrauens zu würdigen oder von denselben auszuschließen; eine Regierung endlich, welche Festigkeit genug besitzen wird, sich von den Vorurteilen der alten Ordnung und den Verirrungen der Revolution zu bewahren, eine solche Regierung allein kann die Zustimmung meines Herzens erhalten, jede andere bloß meinen Gehorsam⁴²“.

⁴¹ Luginbühl, Polit. Jahrbuch v. Hilty, 20, 1906, S. 174: Mousson wird von Schmid in einem Brief an Stapfer v. 18. Dezember 1801 zusammen mit Dolder und Bay zu den «ersten Werkzeugen des 28.ten» gezählt.

⁴² Strickler, VII, S. 726/27; F. A. M. 610, Dankesurkunde des Vollziehungsausschusses an Mousson vom 22. November 1801; Wyß, Leben der BM David v. Wyß, I. S. 349.

Die eigentlichen Gründe, die Mousson zur Mitwirkung an diesem Staatsstreich bestimmten, gehen aber erst aus seinem Schreiben vom 17. April 1802 hervor. Darin erklärte er ausdrücklich: „Ma coopération au 28 octobre me fut arrachée par le sentiment des maux dont la Patrie était menacée ensuite des travaux et les nominations Diète. Aucun motif particulier ne me guida; je le déclare devant Dieu et au plus près de ma conscience. Je crus qu'ils s'agissait d'empêcher la mise en activité d'une constitution différente de celle pour laquelle la Nation avait généralement témoigné une prévention très favorable“⁴³.

3. Der vierte Staatsstreich vom 17. April 1802

Auch die Herrschaft der Föderalisten neigte bald zu schroffer Einseitigkeit, und die Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit der beiden Parteien erfüllten sich keineswegs. Dies zeigte sich vor allem wiederum in den Verfassungsberatungen. Nachdem der föderalistische Verfassungsentwurf nur geringen Erfolg geerntet hatte, gestaltete sich die Lage der Unitarier günstiger. Sie holten denn auch Mitte April zum erwarteten Gegen-schlag aus. Mit der Begründung, daß der föderalistische Verfassungsentwurf die Volksmehrheit nicht hinter sich habe, verlangte Kuhn im Kleinen Rat die Vertagung des Senats. Die Mehrheit stimmte diesem Vorschlag zu und so gelangte am 17. April 1802 die Regierungsgewalt wieder in die Hände der Unitarier.

Am selben Tage bat Mousson in einer Erklärung an den Kleinen Rat um seine Entlassung. Seine Begründung lautete folgendermaßen: „Le 17 Avril, citoyens Conseillers d'Etat, est une révolution, comme le 28 Octobre 1801, le 7 Août et le 7 Janvier 1800 avaient été des révolutions. La force fit les unes, la surprise et la ruse semblent présider plus particulièrement à celle-ci. Tel est le malheur de ma patrie, qu'auprès avoir été bouleversée par une armée étrangère en 1798, elle n'a eu depuis quatre ans aucun gouvernement dont on ne put attaquer l'existence sous le point de vue du droit et de la légalité. — Les considérations qui me déterminent aujourd'hui

⁴³ Strickler, VII, 7. April 1802, S. 1249.

sont les suivantes. Après le 28 octobre, me voyant trompé dans ses résultats, je pris vis-à-vis de moi-même l'engagement sacré de ne point m'exposer à une seconde erreur et de refuser désormais ma main et ma signature à tout mouvement révolutionnaire qui devrait attendre du temps et des circonstances sa garantie et sa sanction. Cet engagement j'ai dû le tenir et je le tiens En assistant à la séance d'aujourd'hui, en signant les mesures qui vont y être arrêtées, je perdrais mon repos, ma propre estime et le droit d'oser lever les yeux devant vous. Tels sont ... les motifs qui me forcent à vous demander ma démission⁴⁴.

Als Mousson jedoch am 20. April im Kleinen Rat erschien, um die Verfügungen entgegenzunehmen, die der Kleine Rat auf seine Erklärung hin getroffen hatte, wurde die bewilligte Entlassung zurückgenommen. Gleichzeitig wurde Mousson eingeladen, seine Funktionen fortzusetzen, was er auch sofort tat⁴⁵.

4. Der Zusammenbruch der Helvetik

Nach dem 17. April wurde ein neuer Verfassungsentwurf ausgearbeitet und anfangs Juni trat die Verfassung in Kraft. Es sollte sich aber bald zeigen, daß die neue helvetische Behörde keinen sicheren Stand hatte; denn als im Sommer des Jahres 1802 Bonaparte seine Truppen aus der Schweiz zurückzog, kam es zur Erhebung der Föderalisten und zum Bürgerkrieg. Indem die helvetische Armee die Unruhen nicht mehr zu bewältigen vermochte, griff die Gegenrevolution immer weiter um sich. Die Regierung mußte nach Lausanne flüchten. Unterdessen versammelten sich die Aufständischen in Schwyz zu einer Tagsatzung. In diesem Augenblick griff Bonaparte ein und verlangte in einer Proklamation die Niederlegung der Waffen und die Wiedereinsetzung der vertriebenen Behörden ins Amt. Gleichzeitig berief er Abgesandte der verschiedenen Kantone zu sich nach Paris. Diese Intervention wurde durch den Einmarsch eines französischen Heeres bekräftigt.

⁴⁴ Strickler, VII, S. 1249/50; Ochs, Korrespondenz, III, S. 55: «Le perfide Mousson a donné sa démission.»

⁴⁵ Strickler, VII, S. 1274.

Nach dem Gebot des Ersten Konsuls versammelten sich anfangs Dezember schweizerische Staatsmänner beider Parteien in der sogenannten Konsulta in Paris⁴⁶. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich heraus, daß Bonaparte nicht geneigt war, auf die Wünsche und Vorschläge der Schweizer einzugehen. Er verfolgte seinen eigenen Plan und übergab am 19. Februar 1803 der Versammlung sein Verfassungswerk, das den bezeichnenden Namen Mediationsakte erhielt. Darnach wurde die Einheitsrepublik durch einen lockeren Föderativverband von 19 Kantonen ersetzt.

Bis zum Zusammenbruch der Helvetik hatte Mousson pflichtbewußt auf seinem Platz ausgeharrt. Eine lähmende Unsicherheit bezüglich seiner Zukunft befiel ihn aber, während die schweizerischen Magistraten in Paris weilten und die Entscheidung über das Schicksal der zukünftigen Schweiz fallen mußte. In diesem Augenblick wandte er sich an den einflußreichen Stapfer mit der Bitte, für ihn bei Talleyrand oder den Schweizern ein gutes Wort einzulegen. „Je me vois après cinq ans de travaux pénibles sans perspective et sans vocation. Celle du Barreau, à laquelle j'étais destiné a été accaparée, depuis la révolution, par des mains la plupart indignes et dès là est tombée dans un grand discrédit. Le commerce dans ce Pays est très décourageant, surtout s'il est question d'un établissement nouveau. D'autres ressources, il n'en existe guères.“ So galten seine Ambitionen weiterhin dem Staatsdienst: „S'il y a une chancellerie centrale, sans doute les places en seront extrêmement brigüées. Il se présentera des onérils bien supérieurs au mien. Cependant j'essayerai peut-être de me joindre aussi à la foule avec quelques temoignages de satisfaction de la part de mes anciens maîtres, avec quelque usage dans la genre de travail de regain, et surtout avec l'habitude de m'acquitter toujours aussi bien que mes forces me le permettent des devoirs qui me sont imposés⁴⁷.“

⁴⁶ Vgl. Strickler, IX, S. 462 ff. Stapfer bittet Mousson anfangs November 1802 dafür einzutreten, daß auch aristokratische Parteivertreter nach Paris gesandt würden, um die einseitige unitarische Vertretung auszugleichen.

⁴⁷ B. A. Mousson an Stapfer, 4. Februar 1803.

Moussons Wünsche sollten denn auch in Erfüllung gehen. Angesichts der bevorstehenden Auflösung der helvetischen Behörden stellte der Vollziehungsrat Mousson eine Anerkennungs-urkunde aus, die als beste Empfehlung für seine Zukunft galt: „Le Conseil d'exécution . . . vous doit un témoignage de l'estime de votre conduite et par votre fidélité. . . Vous n'avez cessé de bien mériter de votre patrie pendant toute la durée de vos fonctions“⁴⁸.

Zudem wurde Mousson als Ueberbringer des Abschlußprotokolls des Vollziehungsrates an den neuen Landammann d'Affry bestimmt, und Dolder verfehlte nicht, ihn in seinem persönlichen Schreiben an d'Affry nochmals zu empfehlen⁴⁹. So vorbereitet, lud d'Affry Mousson ein, seine Arbeitskräfte auch der neuen Sache zu widmen. Ja, er engagierte ihn mit folgenden Worten: „Il m'est infiniment agréable de penser qu'un homme tel que vous veut bien s'associer à mes travaux; et ce sera si vous le voulez à titre d'ami que je vous employerai“⁵⁰.

Welches waren nun die Gründe von Moussons Kontinuität in dieser Epoche der raschen Veränderung und der großen Gegensätze? Einer Kontinuität nämlich, der selbst seine Gegner Anerkennung zollen mußten⁵¹.

Mousson handelte nach den Grundsätzen, die ihm sein gesundes Rechtsempfinden diktierte. Dadurch wurde er zum Ueberbrücker der Gegensätze. In den beiden ersten Staatsstreichen bewies er durch sein Handeln deutlich genug, daß er jede einseitige Parteipolitik zu bekämpfen gewillt war. Moussons beide Erklärungen im Zusammenhang mit dem dritten und vierten Staatsstreich lassen seine Ueberzeugung klar erkennen. Er war der Meinung, daß nur durch eine „Vereinigung aller Parteien, durch die Zusammenschmelzung aller verschiedenen Meinungen, durch Mäßigung und Duldung“ die Formen des Staatslebens eine gewisse Beständigkeit zurückerhalten könnten.

⁴⁸ Vgl. Strickler, IX, S. 1205 und F. A. M. 607 Erklärung vom 5. März.

⁴⁹ Strickler, IX, S. 1208, Dolder an d'Affry, 8. März 1803.

⁵⁰ F. A. M. 60, d'Affry an Mousson, 14. März 1803.

⁵¹ Ochs, Korrespondenz, III, S. 38. Ochs an Laharpe, 10. Dez. 1801: «J'admire vraiment comment Mousson fait pour rester toujours en place depuis trois ans et demi, tandis que successivement tout tombe autour de lui.»

III. T E I L

Unter der Mediationsakte 1803-1813

A. Die Einführung der Mediation

Mousson wird eidgenössischer Kanzler

Durch die Intervention Bonapartes vom 30. September 1802 in die helvetischen Wirren und der Uebergabe der Mediationsverfassung an die Konsulta vom 19. Februar 1803 war dem fünfjährigen Provisorium der Helvetik ein Ende bereitet worden.

Die Akte, die die neue Ordnung begründete, umfaßte das Bundesgebiet, bestehend aus den 19 Kantonen. Diese teilten sich nach ihren Verfassungen in die drei Gruppen: Landsgemeindekantone, Städtkantone und Neue Kantone¹. Auf die 19 Kantonsverfassungen folgte gleichsam als Anhängsel das letzte Kapitel der Mediationsakte: die Bundesverfassung. Diese zerfällt in drei Titel: Allgemeine Verfügungen, Direktorialkanton und Landammann der Schweiz, Tagsatzung².

Das Verfassungswerk als Ganzes betrachtet bedeutete nach innen somit eine Angleichung an die Zustände vor 1798, ohne sie jedoch durchwegs wiederherzustellen, nach außen hingegen Fortdauer der Abhängigkeit von Frankreich. Eine interessante Besonderheit bildete darin das Institut des Landammanns der Schweiz. Durch diese Schöpfung wurde zum erstenmal in der Geschichte der Schweiz einem Einzelnen das Amt übertragen, die Eidgenossenschaft nach innen und nach außen zu vertreten. Dieses Amt entsprach ganz dem französischen Wunsch; denn nachdem Bonaparte schon 19 souveräne Kantone anerkennen mußte, wollte er wenigstens nur mit einem Bevollmächtig-

¹ Kaiser, S. 395 ff.

² Vgl. His, Staatsrecht, I, S. 55/56. Während die schweiz. Abgeordneten mit vier Senatoren besonders die Kantonsverfassungen ausgearbeitet hatten, entwarf Bonaparte die Bundesverfassung.

ten verkehren. Uebrigens konnte er den Landammann sehr gut für das Gesamtschicksal der Eidgenossenschaft verantwortlich machen sowie durch ihn einen seinem Willen gemäßen Druck ausüben.

In solchem Zusammenhang erhielten auch die beiden einzigen und ständigen Bundesbeamten — ein Kanzler und ein Staatsschreiber — die dem Landammann nach der Verfassung beigegeben waren, erhöhte Bedeutung. Artikel 38 von Kapitel 20 der Mediationsakte schrieb vor, daß diese Beamten jeweils auf zwei Jahre von der Tagsatzung gewählt und von dem jeweiligen Direktorialkanton, in welchem sie sich aufzuhalten hatten, besoldet werden sollten³. Ihre Funktionen wurden ihnen wie folgt näher bezeichnet: bei der Tagsatzung war es Aufgabe des Kanzlers, die diplomatische Korrespondenz zu erledigen und die Abschiede abzufassen, während dem Staatsschreiber die Führung des Protokolls der Tagsatzung und des Syndikats übertragen wurde. In ihrem Dienstverhältnis gegenüber dem Landammann wurde die nämliche Verteilung in auswärtige und innere Korrespondenz der Kanzlei berücksichtigt, wobei es allerdings dem Landammann überlassen blieb, die genaue Verteilung der Geschäfte zwischen den beiden Beamten zu vollziehen⁴.

Nach den Uebergangsbestimmungen der Mediationsakte wurde Landammann d'Affry in der Zeit nach der Auflösung der helvetischen Behörden bis zum Zusammentritt der ersten Tagsatzung anfangs Juli mit außerordentlichen Vollmachten betraut. Während nun in den Kantonen die Kommissionen ihre Vorbereitungen zu den Wahlgeschäften trafen, amtierte d'Affry mit Umsicht und Entschiedenheit. Nach innen war er für einen reibungslosen Ablauf der Einführung der neuen Verfassung besorgt: er versuchte die Finanzen zu ordnen, erläuterte den Sinn der Verfassung auf Anfragen hin und schlichtete die zwischen den Kantonen auftauchenden Streitigkeiten mit anerkennenswerter Unparteilichkeit und Klugheit. Nach außen leitete er die zahlreichen Dankadressen der Schweizer an den Ersten Konsul weiter, gab der schweizerischen Gesandtschaft in Paris Anweisungen und verhandelte mit den auswärtigen Diplomaten.

³ Kaiser, S. 484.

⁴ Ebenda.

Bei all diesen Arbeiten fand d'Affry in Mousson einen wertvollen Berater und Mitarbeiter, der sich durch seine Geschäftskennntnis und Erfahrungen unentbehrlich zu machen wußte⁵.

Unterdessen hatten sich in den Kantonen die neuen Regierungen konstituiert. Das Ergebnis des Wahlkampfes war allgemein zu Gunsten der Altgesinnten ausgefallen und als am ersten Montag des Monats Juli 1803 die Tagsatzung zusammentrat, versammelten sich zur Hauptsache die Föderalisten mit einigen hervorragenden Unitariern um d'Affry.

Diese Tagsatzung nahm als eines ihrer ersten Geschäfte die Wahl von Kanzler und Staatsschreiber vor. So wurden am 5. Juli Mousson zum eidgenössischen Kanzler, der Freiburger Gady zum Staatsschreiber ernannt⁶. Mit bezeichnenden Worten berichtet General Ney, der französische Gesandte in der Schweiz zu Moussons Wahl: „Il réunit à des talents un grand attachement à la France et la confiance du Landammann“⁷.

Für Mousson begann nun eine neue Arbeit: Er mußte an den alljährlich zusammentretenden ordentlichen sowie an den zu außerordentlichen Zwecken einberufenen Tagsatzungen für die Abfassung des Abschiedes besorgt sein. Diese Arbeit bestand darin, nach Beendigung der letzten Sitzung einer Tagsatzung eine Zusammenstellung der „Vorträge, Beschlüsse, Instruktionseröffnungen, Erklärungen und Verwahrungen“ aufzusetzen, welche dann den Abgeordneten zur Genehmigung vorgelesen wurde⁸.

Im Zusammenhang mit der ersten gedruckten Herausgabe eines Repertoriums der eidgenössischen Abschiede von 1803 bis 1813 durch Staatskanzler Amrhyn im Jahre 1842 gestand Mousson, indem er Amrhyns vorzügliche Arbeit lobte, er habe

⁵ Luginbühl, Briefwechsel Stapfers, I, S. 165. Stapfer an Usteri: «Unbekanntschaft mit den Geschäften, Ueberhäufung von Arbeit haben Landammann d'Affry besonders für den Detail ganz in Moussons Hände geworfen, welcher auf die Kanzlerstelle losstürmt und daher der Partei zu gefallen strebt, welche vermutlich in der Diète die weitaus herrschende sein wird.»

⁶ Kaiser, S. 6/7; B. A. A. E. 480, 4. Bericht Neys an Talleyrand, vom 9. Juli 1803.

⁷ B. A. A. E. 480, 6. Ney an Talleyrand, 11. Juli 1803.

⁸ Kaiser, S. 12.

an der ersten Tagsatzung im Jahre 1803 nicht einmal gewußt, was ein Abschied sei: „Ich arbeitete allerdings damals mit großem Eifer und nicht ohne einige Geisteskraft; denn ich stand beinahe allein in der eidgenössischen Kanzlei von allen Erfahrungen, Geschäfts- und Geschichtskenntnissen, ja sogar von den notwendigsten vorbereitenden Studien entblößt. So z. B. als auf der ersten Tagsatzung zu Freiburg von Abschieden oft gesprochen ward, wußte ich nicht, was das für ein Ding sei? Und als mir bald darauf aus dem dortigen Staatsarchiv eine Anzahl derselben, um daraus einige Anleitung zu entnehmen, zugestellt wurden, hatte meine Bestürzung, meine Verlegenheit vollends keine Grenzen. Ich fühlte nur das eine, nämlich die Notwendigkeit, ganz anders zu verfahren, und der Versuch geschah aufs Geratewohl!⁹“

Vor 1798 hatte der Hauptzweck bezüglich der Abfassung der Abschiede darin bestanden, dem Tagherrn der zu Hause über die Verhandlungen berichten mußte, eine Gedächtnisstütze zu bieten. Daraus ergab sich, daß ein Abschied nicht ein ausführliches Protokoll der Verhandlungen wiedergab, sondern in vielen Fällen lediglich auf eine besprochene Angelegenheit hinwies. Nur in Ausnahmefällen nahm der Abschied den Charakter eines Protokolls an, nämlich dann, wenn die verschiedenen Instruktionen einander so stark entgegengesetzt waren, daß ein Beschluß unmöglich wurde, ferner bei Vergleichen und Schiedssprüchen, sowie beim Vortrage eines ausländischen Gesandten. Als besonderer Mangel mußte das Fehlen eines Vertrages oder eines Vorkommnisses im Wortlaut im Abschied verzeichnet werden, da dieses Aktenstück dem Tagherrn getrennt mitgegeben wurde¹⁰.

Angesichts dieser Situation wurde auf Moussons Vorschlag von der Tagsatzung im September 1803 beschlossen, daß der Abschied als Auszug aus dem geführten Protokoll alle Vorträge, Beschlüsse, Instruktionseröffnungen, Erklärungen und Verwahrungen in chronologischer Folge mit dem Datum der Sitzung enthalten solle.

Auf diese Weise hoffte Mousson, eine weitgehende Voll-

⁹ K. Luzern, Mousson an Amrhyn, 24. Oktober 1842.

¹⁰ Joos, Eidg. Tagsatzung, S. 108 ff.

ständigkeit und klare Uebersicht über die Tagsatzungsverhandlungen zu gewähren.

Auch gegenüber dem Vorgesetzten hatte sich für Mousson eine Neuerung ergeben. Während er in der Helvetik vornehmlich unter einem Gremium von Staatsmännern gearbeitet hatte, erhielt sein Arbeitsverhältnis in der Mediation eine ausgesprochen persönliche Note, da er mit einer Einzelperson, auf der eine große Verantwortung lastete, zusammenarbeiten mußte. So hing denn das Gedeihen der Arbeit in hohem Maße vom persönlichen Einvernehmen zwischen Landammann und Kanzler ab.

Während der Dauer der Mediation, die sich über zehn Jahre erstreckte, arbeitete Mousson unter acht Landammännern. Landammann der Schweiz wurde der jeweilige Bürgermeister oder Schultheiß des Direktorialkantons. Der Turnus unter den Direktorialkantonen war in Art. 13 der Bundesverfassung festgelegt: Darnach versammelte sich die Tagsatzung jährlich abwechselnd in Freiburg, Bern, Solothurn, Basel, Zürich und Luzern. 1803 bekleidete der Freiburger Louis-Philippe d'Affry den hohen Posten. Er wurde durch den Berner Niklaus Rudolf von Wattenwyl abgelöst, auf den im Jahre 1805 der Solothurner Peter Glutz-Ruchti folgte. Dann wanderte die Würde des Bundeshauptes zum Basler Andreas Merian, im Jahre 1807 zum Zürcher Hans von Reinhard, um im folgenden Jahre mit dem Luzerner Vincenz Rüttimann die erste Direktorialperiode abzuschließen. Den zweiten Zyklus eröffnete im Jahre 1809 d'Affry, der mit dem ihm nachfolgenden Wattenwyl das Amt zum zweiten Male inne hatte. 1811 regierte der Solothurner Heinrich Grimm von Wartenfels. Diesen löste der Basler Peter Burckhardt ab, auf welchen ebenfalls zum zweiten Male Reinhard aus Zürich folgte¹¹.

¹¹ Vgl. A. Hunzinger, Diss. IV. Kp. Die acht Landammänner der Schweiz im Ueberblick, S. 33 ff.

B. Mousson im Urteil der Gesandten

Von höchstem Interesse sind die Urteile der Gesandten. Denn diesen Gesandtschaftsberichten kommen in einer Epoche, da die diplomatischen Vertreter aktiv in das Schicksal des Landes eingreifen, bei welchem sie akkreditiert sind, erhöhte Bedeutung zu. In erster Linie ist an den französischen Gesandten zu denken. Neben ihm spielen die Vertreter der französischen Vasallenstaaten eine untergeordnete Rolle. Als Gegenspieler Frankreichs erhält der österreichische Gesandte Bedeutung¹².

Es waren nun zwei Vertreter Frankreichs, die während der Epoche der Mediation die Geschicke der Eidgenossenschaft nach dem Willen Napoleons zu lenken versuchten. Der erste war ein Militär, der zweite ein Diplomat: während General Honoré Vial noch ein Erbstück der Revolution, die Erinnerung an die militärische Besetzung verkörperte, war dann der Neffe des berühmten Ministers, Auguste de Talleyrand, ein ausgezeichneter Diplomat, der mit viel Verständnis für das Schicksal der Schweiz die Leitung der französischen Herrschaft ausübte.

Zur bevorstehenden Kanzlerwahl im Jahre 1805 bemerkte Vial: „Mr. Mousson sera sûrement confirmé. Il est rempli de capacité et il est généralement estimé“¹³. Gleichzeitig rief er dem französischen Außenminister noch das versprochene Geschenk für den Kanzler mit folgenden Worten in Erinnerung:

¹² B. A. Abt. Mediation, Bd. 174, Korrespondenz der Kantone mit den Bundesbehörden, Luzern 1808, S. 295: Es liegt eine Liste der in der Schweiz im Jahre 1808 akkreditierten Gesandten vor. Die Rangfolge lautet folgendermaßen: 1. der päpstliche Nuntius, 2. der frz. Großbotschafter, 3. der kaiserl.-öster. Minister, 4. der spanische-, 5. der preußische-, 6. der bayrische-, 7. der württembergische Minister, 8. der badische Gesandte und 9. der italienische Geschäftsträger.

¹³ B. A. A. E. 484, 119, Bericht Vials, März 1805.

„Mr. Mousson est un homme qui a su se rendre nécessaire. — La personne du Landammann change chaque année et le Chancelier prend facilement une grande influence sur l'esprit du nouveau Landammann et sur les affaires en général“¹⁴. Es schien also Vial wichtig genug, diesen Mann auszuzeichnen.

Wiederum zwei Jahre später, im Zusammenhang mit der Reise nach Paris konnte Vial seine erste Meldung nur bestätigen. Er stellte Mousson vor: „Il est du pays du Vaud, où il a quelques biens. Il est marié à Berne, à la fille du Doyen du clergé. Il a été secrétaire général du Gouvernement helvétique lors de l'unité. Monsieur d'Affry auquel il fut désigné comme ayant des talents, le prit auprès de lui lorsqu'à son retour de Paris il était revêtu de pleins pouvoirs; quant le nouveau gouvernement fut organisé il le fit nommer par la Diète Chancelier de la Confédération, pour deux années; il a été confirmé deux fois depuis. Quand Mr. de Watteville devint Landammann, Monsieur Mousson s'attache fortement à Monsieur de Watteville, et il s'éloigna de son prédécesseur. Il a depuis à peu près mené Monsieur Glutz de Soleure et Monsieur Merian de Basle; mais il est toujours resté particulièrement attaché à Monsieur de Watteville . . . Ces deux Messieurs se regardent comme les aigles de la Suisse. Je laisse à Votre Altesse le soin de les juger, mais je dois la prévenir qu'ils redoutent le moment où il faudra l'aborder“¹⁵.

Aber auch der Nachfolger Vials, Talleyrand, mußte mit Mousson rechnen. Seine erste Berührung mit dem Kanzler erfolgte im Zusammenhang mit der St. Urban-Affäre, auf die später noch ausführlich zurückzukommen sein wird. Er bezeichnete Mousson als „homme si précieux à la confédération“¹⁶ et „un homme dont la Suisse entière apprécie les services et les talents“¹⁷. Und als es galt Napoleon von dem ganzen Vorfall und die darin verwickelten Persönlichkeiten zu orientieren, wurde Mousson wie folgt charakterisiert: „Monsieur Mousson a été nommé sur la fin d'avril de 1802 secrétaire du petit Con-

¹⁴ Ebenda. 486, 204, Bericht Vials, 29. Juli 1807.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda. 488, 19, Talleyrands Bericht vom 17. Jan. 1809.

¹⁷ Ebenda. 488, Tall, Bericht vom 21. Jan. 1809.

seil, qui était alors le pouvoir exécutif de la Suisse. Le parti à la tête duquel était Mr. Reding et qu'on nommait le parti oligarque, venait d'être éloigné des affaires. Lorsque la constitution unitaire eut été décrétée par les notables assemblées à Berne, Mr. Mousson fut nommé secrétaire général du Conseil d'exécution. Il a occupé cette place jusqu'à l'époque de l'acte de Médiation, et depuis il a toujours été le Chancelier de la Confédération.

Les fonctions du Chancelier durent deux ans, mais cet officier pouvant être réelu, Mr. Mousson l'a toujours été. Sa dernière réélection est du mois de Juin 1808, ainsi ses fonctions dureront encore dix sept mois.

Mr. Mousson avait été porté par le parti unitaire à la place de secrétaire du Conseil d'exécution. Cette marque de confiance explique ses opinions, mais il n'a pas eu occasion de les manifester par des actes.

Le Gouvernement Suisse a toujours fait le plus grand cas de ses talents, et l'a regardé comme un homme d'autant plus nécessaire qu'il faut à côté du Landammann qui change tous les ans, un homme qui conserve la tradition des affaires, et qui soit comme une archive vivante qu'on puisse consulter¹⁸.

Unter Talleyrands Amtszeit hatte jedoch die Zusammenarbeit der führenden Landammänner mit Mousson schon feste Gestalt angenommen. So mußte Talleyrand bei den Verhandlungen über eine neue Militärkapitulation konstatieren, daß es vor allem Reinhard, Wattenwyl und Mousson waren, die mit äußerster Zähigkeit die französischen Forderungen zu dämpfen versuchten. „Le parti Reinhard, Watteville et Mousson mène sous main toute cette affaire. Ils espèrent en bataillant, ainsi se faire un mérite auprès de la nation“¹⁹.

Das schärfste Urteil über Mousson stammt allerdings nicht von einem der beiden Gesandten, sondern von einem Beamten der französischen Botschaft, Ferdinand Dénois. Napoleon hatte im Frühling des Jahres 1813 diesen Mann in die Schweiz gesandt mit dem Auftrage, ihn über die herrschende Stimmung in der Schweiz und die Haltung einiger maßgebender Persönlichkeiten

¹⁸ Ebenda. 488, 48.

¹⁹ Ebenda. 491, 436, Bericht Talleyrands vom 23. Dez. 1811.

zu orientieren. Ueber Mousson brachte dieser Franzose ein Urtheil heim, das beweist, in welchem Maße man Moussons Einfluß fürchtete: „Mr. Mousson, Chancelier de la Confédération, est rempli de talents, d'adresse et de fausseté. Il flatte toujours le parti dominant. Il a beaucoup d'influence sur les affaires par la grande connaissance qu'il en a: il dirige tour à tour et plus ou moins chaque Landammann de la Suisse, ou, pour mieux dire, il en est le véritable Landammann. On le croit attaché à la France; mais il n'est pas possible de compter sur un homme de son caractère“²⁰.

Von Wichtigkeit ist im Vergleich mit diesen französischen Stimmen das Urtheil des österreichischen Gesandten. Zu beachten ist, daß dieser ein ganz anderes Verhältnis zur Schweiz unterhielt als sein französischer Kollege. Die Siege Napoleons über Oesterreich im Jahre 1805 bedingten eine weitgehende Veränderung der Situation: Der dirigierende Minister, Graf Philipp Stadion, setzte sein Vertrauen ausschließlich in die Föderalisten. Aus der Instruktion an den neuen Gesandten in der Schweiz, Ritter Alban von Schraut, vom Frühjahr 1807 geht diese Tendenz deutlich hervor. Es sind vor allem die Berner Wattenwyl und Mülinen, deren schweizerische Grundsätze bekannt waren, die dem Gesandten nahe gelegt werden. Aber auch Reinhard kommt gut weg. Da dieser Landammann des Jahres 1807 war, berücksichtigte die Instruktion vor allem die Stellungnahme gegenüber dem Bundeshaupt, sowie den beiden eidgenössischen Beamten. Während nun der Gesandte mit Reinhard und Staatsschreiber Gasser ein etwas näheres Vernehmen pflegen konnte, wurde er vor Mousson gewarnt. Diesem gegenüber, der wie es hieß, „längst eine vorzügliche Geschäftskunde und Gewandtheit, aber auch eine Wandelbarkeit seines politischen Charakters und eine Hinterlist bewährt, welche noch größere Talente nie in Vergessenheit bringen würden“, hatte sich der österreichische Gesandte wie folgt zu verhalten: „Ihm (Mousson) gebührt also wohl alle äußere Aufmerksamkeit, von innen aber die größte Umsicht, und kein Vertrauen irgendwelcher Art“²¹. Diese Ansicht wird noch erhärtet durch eine spä-

²⁰ Ebenda. 493, 132, Denois an Maret, 16. April 1813.

²¹ B. A. H. H. St. A. II, Fz. 11, Instruktion an Schraut, Mai 1807.

tere Feststellung, daß Mousson in allen Fällen der „Ausleger der Mediations-Akte“ sei²².

Von alliierter Seite liegt noch ein weiteres Urteil vor. In seinem Bericht an Nesselrode orientierte Capo d'Istria über Mousson wie folgt: „Mr. Mousson, homme de génie, esprit très ardent, sachant maîtriser ses passions, s'est maintenu depuis 1798 dans son poste de secrétaire général (chancelier) et l'a rempli à la satisfaction de tous les pays“²³.

Aus diesen Urteilen geht vor allem eines deutlich hervor: Mousson machte weder auf die eine, noch auf die andere Seite Konzessionen. Denn je weniger Vorschriften er sich vom französischen Gesandten machen ließ, und je mehr er sich der Beeinflussung der Oesterreicher zu entziehen wußte, desto schärfer mußten ihre Urteile über den unbequemen Verhandlungspartner ausfallen. Wer Mousson jedoch objektiv beurteilen will, muß zugeben, daß er durch dieses Verhalten einen Weg einschlug, der der Eidgenossenschaft zugute kommen mußte.

Im folgenden soll nun Moussons Haltung während der Epoche der Abhängigkeit gezeigt werden. Dies soll anhand seiner Stellung innerhalb der schweizerischen Behörden, sodann zum schweizerischen Landammann im besonderen aufgewiesen werden.

Es sei noch hinzugefügt, daß die Aussprüche der Gesandten, die in diesem Abschnitt vorausgenommen wurden, im folgenden als Quelle für die Ereignisse verwendet werden.

²² Ebenda. Fz. 2, Lichtenthurn an Stadion, 8. Juni 1807.

²³ St. A. Genf, Capo d'Istria an Nesselrode, 18. Nov. 1813.

C. Innere Entwicklung

1. Moussons Streit mit der Regierung von Luzern, 1808/1809

Trotzdem in der napoleonischen Epoche der äußere Druck auf allen Kantonen lastete, gelang es diesen dennoch, ein beträchtliches Eigenleben zu entwickeln. Während nämlich die äußere Geschichte eine fortlaufende Kette von Demütigungen und Selbsterniedrigungen bildete und die Abhängigkeit von Frankreich in der Brandschatzung der Kolonialwaren, der Besetzung des Tessin und der Zwangsstellung von Rekruten ihren Höhepunkt erreichte, verlief die innere Geschichte verhältnismäßig ruhig.

Zudem ließ die Vermittlungsakte, zusammengesetzt aus den 19 Kantonsverfassungen und der Bundesakte, in ihrer Anwendung allerlei Freiheiten der Auslegung zu.

Im Jahre 1808, da Luzern turnusgemäß Direktorialkanton war, sollte Mousson in einen Streitfall verwickelt werden, der viel Staub aufwirbelte. Durch seinen voreiligen Eingriff in eine Angelegenheit der Regierung von Luzern brach ein Konflikt aus, der, anfangs persönlich gefärbt, sich durch die Intervention des Landammanns zu einem eidgenössischen ausweitete und in der Folge sogar Napoleons Aufmerksamkeit erregte.

Bekanntlich hatte im Frühjahr 1803 in Luzern das Landvolk seine Vertreter in bewußtem Gegensatz zur Stadt gewählt. So war denn eine „bäuerliche Demokratie“ auf den Plan getreten, die weder von aristokratischer noch von republikanischer Art viel an sich hatte und darum bald als rohes Bauernregiment bezeichnet wurde²⁴.

Dem Landammann Vincenz Rüttimann standen unter diesen Umständen einige schwere Aufgaben bevor. Ein Problem

²⁴ Oechsli, I, S. 464; Haug, Briefwechsel der Gebrüder Müller, II. S. 103.

für sich bildete der Streit der Regierung mit dem Abte von St. Urban. Durch die Bestimmung der Mediationsakte hatte das Kloster die Selbstverwaltung zurückgewonnen. Allerdings besaß die Regierung noch ein Aufsichtsrecht. Als nun der Abt, auf wiederholtes Drängen der Regierung, im Herbst des Jahres 1808 eine letzte Frist, bis zu welcher er seine Abrechnungen hätte vorlegen müssen, verstreichen ließ, griff die Regierung zu drastischen Maßnahmen. Schon längst hatte sie auf eine Gelegenheit gewartet, ihren Willen durchsetzen zu können. So schickte sie zwei Kommissäre ins Kloster, die vom Abt die Herausgabe der Bücher verlangten. Als sich in den darauffolgenden Unterhandlungen herausstellte, daß der Abt Belege auf die Seite geschafft und zudem die Intervention des Landammaars und der Stände Bern und Solothurn angerufen hatte, ließ ihn die Regierung kurzerhand verhaften und nach Luzern ins Franziskanerkloster bringen.

Diese Verhaftung löste in der ganzen Schweiz einen Sturm der Entrüstung aus²⁷. Die Regierung sah sich zur Abgabe einer Erklärung und zur Rechtfertigung ihres Vorgehens gezwungen. So wurde eine vom Sekretär der Finanzkammer unterzeichnete Darstellung der Vorfälle veröffentlicht. Indem darin das Schreiben des Abtes, in welchem er um Aufschub bat, nur bruchstückweise wiedergegeben wurde, wurde der ursprüngliche Sinn verletzt, und der Text entsprach nicht mehr ganz der Wahrheit²⁸. Diese Tatsache verleitete Mousson zu einem, wie er selbst zugab, übereilten Schritt, indem er in die „Gemeinnützigen Schweizerischen Nachrichten“ eine Berichtigung der Darstellung einsandte, die das Verfahren der Regierung aufdeckte. Ueber die Motive, die ihn zu dieser Tat bewogen, äußerte er sich in einem Résumé wie folgt:

J'étais seul dans ma chancellerie lorsqu'il (l'écrit — die verfälschte Darstellung) me fut remis, et je n'oublierai jamais l'indignation que j'éprouvais en le lisant; un passage entre autres où l'auteur rendait compte de la lettre de l'abbé du 15

²⁷ Vgl. Fortsetzung der Dokumentierten Darstellung, S. 1—6; Steiner, Napoleon, S. 73—74.

²⁸ Gemeinnützige Schweiz. Nachrichten, 1808, Nr. 198, Beilage. Veröffentlichung des Oberschreibers der Finanzkammer, Kopp, im Namen der Regierung, vom 7. Dezember 1808.

octobre frappa mon attention. La copie authentique de cette lettre se trouvait dans ma main et je m'assurai au moment même que le Sieur Kopp en avait dénaturé, de la manière la plus coupable le sens et les expressions. Quelle infamie m'écriai-je et au même moment je fus mandé chez son Excellence le Landammann que je trouvai profondément affligé de cette publication. Son Excellence désirait de ce convaincre par la copie qu'elle savait être en mes mains, de la fausseté du passage en question. Elle en acquit la preuve complète et ce fut alors que je formai, mais sans m'en ouvrir envers son Excellence, la résolution de rendre publique la lettre de l'abbé que l'on avait présentée au public d'une manière aussi infidèle²⁷.

So setzte Mousson am gleichen Tage einen Artikel auf, in welchem er den vollen Wortlaut der Briefstelle des Abtes wiedergab und es dem Leser überließ, den Vergleich mit dem Zitat der Darstellung durch die Regierung zu ziehen²⁸. Auf diese Einsendung reagierte die Luzerner Regierung heftig. Sie zitierte Mousson vor die Polizeikammer, wo er sich zu seiner Autorschaft bekennen sollte, um dann vor das Stadtgericht zur Strafe gezogen zu werden²⁹. Allein als eidgenössischer Beamter genoß Mousson dem Direktorialkanton gegenüber Exterritorialität. Daher wies er den Verhaftungsbefehl mit der Begründung zurück, daß er in seiner Stellung als eidgenössischer Kanzler während der Zeit, da die Tagsatzung nicht tage, dem Landammann unterstellt und ihm allein verantwortlich sei. Auch Landammann Rüttimann verteidigte der Regierung gegenüber mit aller Schärfe das Ansehen der Bundesgewalt und verschaffte durch ein Kreisschreiben an die eidgenössischen Stände dieser Verwahrung gehörigen Nachdruck. Die Regierung zeigte aber keine Vernunft, und der Konflikt spitzte sich immer mehr zu. Ganz Luzern geriet in Aufruhr, und jede andere Angelegenheit wurde darob vernachlässigt. Am Weihnachtstag verhängte die Regierung Hausarrest über Mousson³⁰. Diese erneute rück-

²⁷ F. A. M. 608, Mousson, Résumé historique, S. 5/6.

²⁸ Vgl. Gemeinnützige Schweiz. Nachrichten, Nr. 198, Beilage.

²⁹ Fortsetzung der dok. Darstellung, S. 45/46, Beschluß der Regierung vom 16. Dezember 1808.

³⁰ Ebenda. S. 62—67, Landammann Rüttimann an Schultheiß und Kleinen Rat v. Luzern, 19. Dezember 1808, sowie S. 72/73.

sichtlose Maßnahme der Regierung bewirkte den entschiedenen Protest des Landammanns. Er schützte Mousson vor weiteren Uebergriffen, indem er ihn in sein Haus aufnahm³¹. Schließlich hatte Mousson wichtige Geschäfte für die bevorstehende Uebergabe der eidgenössischen Kanzlei an den künftigen Landamman vorzubereiten. Zur reibungslosen Abwicklung dieser Uebergabe sandten Zürich und Solothurn je zwei Vermittler nach Luzern. Aus Zürich erschienen Paul Usteri und David von Wyß, aus Solothurn die Ratsherren Lüthi und Gibelin³². Durch deren Bemühen wurde die Regierung von Luzern dahingebracht, daß sie sich zur Bevollmächtigung für die Unterzeichnung der Uebergabsakte bereit erklärte, ohne aber Mousson als Kanzler in Zukunft anzuerkennen.

Eine endgültige Regelung erfuhr die Angelegenheit aber erst unter der kräftigen Vermittlung des neuen Landammanns d'Affry³³. Er bewog Mousson zur Abgabe einer Erklärung an Schultheiß und Kleinen Rat des Kantons Luzern, worin er sich für den übereilten Schritt entschuldigte³⁴. Doch die luzernische Regierung lenkte erst ein, als Mousson nochmals ausdrücklich zugab, er habe als eidgenössischer Beamter durch die Einsendung eines Zeitungsartikels über Gegenstände, welche seiner Person und den Verrichtungen seiner Stelle gänzlich fremd waren, gerechte Vorwürfe auf sich geladen. Darauf zog man den Haftbefehl zurück³⁵.

Zu gleicher Zeit nahm auch der Prozeß gegen den gefangenen Abt mit dessen Absetzung ein Ende.

Dieser Streitfall hatte aber noch weitere Wellen geschlagen: Anläßlich der Direktorialübergabe in Burgdorf versuchte

³¹ Ebenda. S. 80/81. Landammann Rüttiman an Schultheiß und Kleinen Rat v. Luzern, 24. Dezember 1808.

³² Ebenda. S. 84—86, S. 95—97; Wyß, BM David v. Wyß, I. S. 546—49; Guggenbühl, Usteri, II. S. 86—90 F. A. M. 608. Mousson Résumé.

³³ F. A. M. 101. 2. Briefe d'Affrys an Mousson, 29. November, 20. Dezember 1808; Fortsetzung der dok. Darstellung, S. 100—104, D'Affry an Schultheiß und Kleinen Rat v. Luzern, 4. Januar 1809.

³⁴ Fortsetzung der dok. Darstellung, S. 104—106. Mousson an Schultheiß und Kleinen Rat v. Luzern 4. Januar 1809.

³⁵ Ebenda. S. 113/114. Mousson an Schultheiß und Kleinen Rat v. Luzern, 17. Februar 1809.

Ein weiterer Briefwechsel entspann sich im März 1809 zw. Mousson und der Regierung v. Luzern, vgl. Fortsetzung der dok. Darstellung, S. 116—127; darüber auch Guggenbühl, Usteri, II. S. 90.

der französische Gesandte Talleyrand zu vermitteln. Er verurteilte Moussons voreiliges Handeln, verlieh aber seinem Mißmut gegenüber dem Betragen der luzernischen Regierung unverhohlenen Ausdruck³⁶. In Paris orientierte der Außenminister Napoleon von dem Vorfall, indem er Talleyrands Berichte zusammenfaßte. Dabei wies er darauf hin, daß diese Affäre auf einen Mangel in der Mediationsakte aufmerksam mache: „Il est a remarquer que l'affaire de Mr. Mousson, qui dans le principe était accessoire, a donné lieu a beaucoup plus d'animosité que celle de l'abbaye de Saint-Urban. Cette affaire se lie en effet a des questions plus importantes. Lorsque les gouvernements cantonaux ont à se plaider d'un fonctionnaire du gouvernement fédéral à quelle autorité peuvent-ils s'adresser? l'acte de médiation ne l'a pas formellement prévu³⁷.“

Napoleon endlich äußerte sich zu diesem Zwischenfall mit folgendem lapidarem Satz: „Mousson avait tort, et les autres ont agi en paysans“³⁸.

2. Die Zusammenarbeit zwischen Mousson und den Landammännern

Während der Periode der Mediation wurde Mousson jedes zweite Jahr von der Tagsatzung in seinen Funktionen neu bestätigt. So gewann er immer größeren Einfluß auf die gesamte Geschäftsführung und, da der Landammann jedes Jahr wechselte, wuchs Moussons Bedeutung umso mehr. Zusammen mit dem amtierenden Landammann hatte er den gesamten diplomatischen Verkehr zu bewältigen, und dadurch erhielt er in alles Einblick. Die Arbeit des Landamanns bestand zur Hauptsache in der Regelung der Wirtschaftsbeziehungen, im Zusammenstellung von Gesandtschaften sowie in der Abfassung von

³⁶ B. A. A. E. 487, 276, Talleyrands Bericht nach Paris, 20. Dezember 1808. A. E. 488, 19, Talleyrand an den Luzerner Abgeordneten in Burgdorf, 17. Januar 1809; vgl. auch H. H. St. A. II, Fz. 3, No. 83 und 107. Schraut an Station, 14. Januar, 12. April 1809.

³⁷ B. A. A. E. 488, 42, Champagny an Napoleon, 2. Februar 1809.

³⁸ F. A. R. 23b, Minute de l'audience chez l'Empereur Napoleon à Ratisbonne, 25. April 1809. Napoleon an Reinhard.

Dankesschreiben. Erst im Moment eines außerordentlichen Ereignisses, im Kriegsfall oder bei unvorhergesehenen Forderungen des Auslandes an die Eidgenossenschaft, griff er entweder alleinverantwortlich und persönlich ins Geschehen ein, oder aber er berief eine außerordentliche Tagsatzung ein, deren Beschlüsse ihm dann die Verantwortung abnahmen.

Aus der Geschichte der Mediation lassen sich nun einige Beispiele anführen, an welchen sich Moussons Einfluß auf den Landammann in kritischen Situationen nachweisen läßt.

a) Die Neutralitätserklärung von 1805

Erstmals bot sich eine solche Gelegenheit im Jahre 1805. Unter den beiden ersten Landammännern, d’Affry aus Freiburg und Wattenwyl aus Bern, hatte sich Mousson gut in sein Amt eingearbeitet. Im Jahre 1805 war turnusgemäß die höchste Würde der Eidgenossenschaft an den Solothurner Peter Glutz übergegangen. Dieser bemühte sich nun in den Fußstapfen seiner Vorgänger zum Wohle der Schweiz zu wirken, doch er besaß nicht deren Format, Energie und Entscheidungskraft.

Gleich zu Beginn der neuen Amtsperiode hatte Mousson die Veränderungen registriert und seinen Kummer darüber Wattenwyl geklagt: „Monsieur Glutz dont j’honore infiniment le caractère et les vertus, et dont les intentions sont parfaitement droites, a dans le caractère un trait d’un indécision et de balancement qui rend le travail avec lui réellement fort pénible“. Aus dieser Situation heraus wurde sich Mousson seiner vermehrten Verantwortung bewußt, die er anfangs kaum ertragen zu können glaubte: „Ma place, qui me rendait si heureux à Berne — ces relations journalières de travail et surtout de confiance avec le Chef de l’Etat que j’appréciais au dessus de tout, ont infiniment perdu de leur prix à mes yeux. Je croyais être à même de rendre les volontés d’un Magistrat ferme par caractère, persévérant dans son système par conviction, voyant toujours le bien de la patrie devant soi, et y arrivant par les moyens les plus simples et les plus surs. A présent le sentiment de mon insuffisance m’écrase, je me sens déplacé, je suis effrayé d’une responsabilité que je ne soupçonnais pas même

et à laquelle je ne puis me soumettre sans renoncer à mes principes les plus chers“³⁹.

Mousson, der anfangs glaubte, von seinem Platz zurücktreten zu müssen, da er diesen vermehrten Anforderungen nicht genügen könne, blieb weiterhin im Amte und bewies alsobald durch sein Verhalten, daß er richtige Konsequenzen gezogen hatte.

Im Spätsommer des Jahres 1805 war der dritte Koalitionskrieg ausgebrochen. England, Rußland und Oesterreich hatten sich gegen Napoleon verbündet. Als Mousson die Gefahr erkannte und sah, daß man mit der Möglichkeit einer Besetzung durch fremde Truppen rechnen mußte, handelte er. Er machte Wattenwyl auf die Notwendigkeit aufmerksam, in so entscheidenden Augenblicken dem Landammann mit Rat zur Seite zu stehen: „Ce que je ne puis taire c'est l'angoisse que j'éprouve en voyant dans des circonstances éminemment épineuses les intérêts les plus grands de mon pays remis dans les mains aussi faibles“⁴⁰. Wattenwyl, sowie auch der von ihm benachrichtigte d'Affry, leisteten dieser Aufforderung Folge und trafen in Solothurn ein. Sie teilten Glutz ihre Ansicht mit, die dahinging, eine bestimmte und feste Neutralitätserklärung sowohl Oesterreich als auch Frankreich gegenüber auszusprechen⁴¹.

Tatsächlich beschloß eine außerordentliche Tagsatzung die bewaffnete Neutralität, forderte die Kantone auf, ihre Truppenkontingente für die Besetzung der Grenzen bereit zu halten und ernannte Wattenwyl zum General. Doch die Neutralität der Schweiz wurde in der Folge von keiner der kriegführenden Mächte auf die Probe gestellt, da Napoleon in überlegener Offensive den entscheidenden Sieg bei Austerlitz errang und dem Feldzug im Frieden von Preßburg ein Ende bereitete.

³⁹ Nachl. Fischer, Mousson an Wattenwyl, 27. Februar 1805.

⁴⁰ Ebenda. Mousson an Wattenwyl, 21. August 1805.

⁴¹ Fischer, Wattenwyl, S. 119; Schweizer, Neutralität, S. 535/36.

b) Napoleons Truppenforderungen, 1807

Eine weitere kritische Situation ergab sich zu Beginn des Jahres 1807 im Zusammenhang mit Napoleons außergewöhnlichen Forderungen bezüglich der Werbungen. Durch die Bestimmungen des Preßburger Friedens war Oesterreich von der Schweizergrenze abgedrängt worden. Dadurch sah sich die Eidgenossenschaft ihres Gegengewichtes zum französischen Machthaber beraubt und war nun ganz dem französischen Einfluß preisgegeben. Im folgenden Jahre bekam sie denn auch den vermehrten Druck zu spüren. Da Napoleon Truppen benötigte, stellte er seine Forderungen auch an die Schweiz.

Im Hinblick auf die drohende Konstriktion kam es nun erstmals zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den führenden Magistraten und Mousson. Denn die Verhütung der Zwangsrekrutierung wurde mit der Erhaltung von Unabhängigkeit und Selbständigkeit gleichgesetzt.

Im Jahre 1806 hatte Napoleon vor Beginn seines Krieges gegen Preußen auf die Bereitstellung der vier Regimenter gedrängt, zu denen die Eidgenossenschaft laut Kapitulationsvertrag verpflichtet war. Die Tagsatzung erließ darauf ein Reglement, das die Formalien der Werbung festsetzte, zugleich aber auch am Grundsatz der Freiwilligkeit festhielt. Da die Werbungen den Erwartungen Napoleons nicht entsprachen, nahm dieser eine andere Haltung ein: Er erklärte die Aushebung von 16 000 Mann als Pflicht der Eidgenossenschaft und ließ den Landammann Reinhard wissen, die Kapitulation sei aufgehoben, falls ihm dieses Truppenkontingent bis zum 1. Mai 1807 nicht zur Verfügung stehe. Um die erste Ungehaltenheit des Kaisers abzuschwächen, sandte Reinhard ein Entschuldigungsschreiben an den Gewaltigen. Den Kantonen aber riet er dringend, mit den Werbungen vorwärts zu machen, da ihnen sonst Zwangsrekrutierungen bevorständen.

Gegen dieses Verhalten Reinhard wandte sich Wattenwyl. Er unterbreitete sowohl Reinhard wie Mousson seine Pläne und hoffte vor allem auf eine günstige Beeinflussung Reinhard durch Mousson. Denn für ihn redete die Note des französischen Gesandten eine deutliche Sprache, und er war der Ansicht, daß

die Diskussionen und Depeschen einem energischen Handeln zu weichen hätten. Napoleon, meinte er, würde sich erst zu-frieden zeigen, wenn er sähe, daß das Möglichste getan werde zur Befolgung seiner Wünsche⁴². Wattenwyls Projekt lautete dahin: Aushebung eines Teils der verlangten Truppen und Bitte um Fristverlängerung für den Rest.

Mousson, der mit Wattenwyl in der Beurteilung der Situ-ation und in dem Versuch zur Lösung völlig übereinstimmte, entledigte sich dieses Auftrages in vorzüglicher Weise. Es ge-lang ihm, den anfänglich zögernden Reinhard von diesem Vor-schlag zu überzeugen. So zeigte sich das Resultat darin, daß bis zu Beginn des Monats Mai 12 000 Mann — drei Viertel der vereinbarten Zahl — aufgestellt waren. Wattenwyls Vermutun-gen erhielten denn auch ihre Bestätigung: Napoleon gab in einem äußerst huldvollen Schreiben an Reinhard seiner Genug-tuung über diese Leistung Ausdruck.

So hatte sich zum ersten Mal eine Zusammenarbeit zwi-schen zwei Magistraten und Mousson zum Wohle für die Schweiz ausgewirkt. Nicht von ungefähr bezeichnete denn auch Reinhard Wattenwyl und Mousson einige Monate später für die Mission nach Paris. Er wußte, daß er auf das Vertrauen dieser Männer zählen konnte. Ebenso war er von ihrem rast-losen Einsatz für die eidgenössische Sache überzeugt.

c) Die Zusammenarbeit in den kritischen Jahren 1810—1812

Diese Zusammenarbeit blieb von diesem Zeitpunkt an mehr oder weniger intakt. Sie gewann vor allem nach den bedrohli-chen Ereignissen des Jahres 1810 an Bedeutung. Zwei Nach-richten hatten die Eidgenossenschaft in tiefste Bestürzung ge-raten lassen. Im Spätherbst besetzten italienische Truppen Tes-sinerboden, angeblich unter dem Vorwand, den Schleichhandel zu unterbinden, und kurze Zeit darauf wurde die formelle Ein-verleibung des Wallis bekannt gegeben.

Mit vermehrter Sorge waren wiederum Wattenwyl, der Landammann des Jahres 1810, Reinhard und Mousson darauf

⁴² F. A. M. 607, Wattenwyl an Mousson, 4. Februar 1807.

bedacht, einen letzten Rest schweizerischer Selbständigkeit zu behaupten. Ihre Bemühungen in dieser Richtung wurden aber durch ein unerwartetes Ereignis erschwert: in Solothurn war es Grimm von Wartenfels gelungen, durch eine Wahlintrigue seinen Amtsvorgänger Glutz auf die Seite zu schieben. Dadurch war nach Wattenwyls Meinung dem französischen Einfluß Tür und Tor geöffnet. Auch Mousson ahnte die Gefahr: „Je suis excessivement découragé, inquiet et triste de la situation de nos affaires“ klagte er Reinhard. „Dans douze jours, ma position particulière sera des plus cruelles. Peut être me verrai-je forcé de faire retraite à mon tour. Ce que je crains, c'est une responsabilité d'opinion, qui sera plus pesante pour moi à mesure que l'on attribuera moins d'activité, de fermeté ou de moyens à mon Chef. Si Monsieur Grimm ne sait ou ne veut pas être un Landammann de la Suisse, à la Diète prochaine je cesserai d'être chancelier“⁴³.

Diese Situation begann auch Talleyrand, der französische Gesandte in der Schweiz, auszunützen. Schon längst hatte er die Vorkehrungen der Landammänner Zürichs und Berns beobachtet und auch Moussons Agitationen registriert. Noch hatte er ihr Wirken für die schweizerische Unabhängigkeit nicht als gefährlich angesehen, doch jetzt ergriff er die Gelegenheit, energisch den französischen Einfluß geltend zu machen. Bezeichnend hiefür ist sein Bericht nach Paris über die Wahl Grimms: „Mr. Grimm est un honnête homme. Il est toujours malade, passe pour être d'un caractère excessivement faible, ce qui fait assez généralement croire que l'année prochaine Monsieur le Chancelier Mousson sera Landammann sous son nom“⁴⁴. Um diesem Umstand vorzugreifen, berief er Grimm zu sich und warnte ihn vor Mousson. Diese Ermahnungen trugen ihre Früchte. Schon zu Beginn des neuen Amtsjahres zeigte sich, daß Grimm den Wünschen Talleyrands nur allzuleicht Gehör schenkte. Während nämlich Wattenwyl am Ende seines Amtsjahres auf Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung zwecks Abklärung der Lage im Tessin gedrängt hatte, ver-

⁴³ F. A. R. 102, Mousson an Reinhard, 19. Dezember 1810.

⁴⁴ B. A. A. E. 490, 80. Bericht Talleyrands vom 21. Nov. 1810.

suchte Talleyrand dieselbe energisch zu hintertreiben⁴⁵. Er befürchtete nämlich, daß ihm die Leitung der eidgenössischen Angelegenheiten entgleiten würde, und daß an einer solchen Tagsatzung Beschlüsse gefaßt würden, die gegen Frankreichs Willen sprechen könnten. „J'ai jugé cette précaution (damit meint Talleyrand die Orientierung Grimms und Warnung vor Mousson) nécessaire pour éviter que dans le moment actuel ou plusieurs cantons désirent une Diète, ces Messieurs (Wattenwyl und Reinhard) profitant de l'inexpérience de Mr. Grimm ne cherchassent à le mener par le canal du Chancelier de la Confédération qui leur est dévoué, et qu'ils ne voulussent ainsi conduire sous main les affaires de la Suisse⁴⁶.“ In diesem Sinne trachtete Talleyrand auch im neuen Jahre Grimm von der Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung abzuhalten. Doch dies gelang ihm nicht. Grimm hatte einige Vertrauensmänner zur Beratung nach Solothurn geladen. Diese gaben ohne Ausnahme ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die absolute Integrität des schweizerischen Gebietes gewahrt werden solle und der Schleichhandel im Tessin allein durch eidgenössische Organe zu kontrollieren sei. Zudem verlangten auch einige Kantone nach Art. 30 der Bundesverfassung die Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung. So sah sich Grimm gezwungen, eine solche auf Mitte April zu versammeln.

Unterdessen war aber in Paris ein Ereignis eingetreten, das auch der Schweiz eine neue Möglichkeit zur Unterbreitung ihrer Wünsche bot. Ende März 1811 traf die Kunde von der Geburt des Königs von Rom ein, eine Nachricht, die die Welt seit Wochen mit Spannung erwartet hatte. Grimm wartete denn auch nicht lange zu und sandte eine Botschaft nach Paris. Für diese Mission wurden als außerordentlicher Gesandter Hans von Reinhard, und zu seinen Begleitern der Landammann von Obwalden Michael Von Flüe und der St. Galler Müller-Friedberg bestimmt. Aufgabe dieser Botschaft war es, neben der Ueberbringung der Glückwünsche, den Kaiser auf die heikle tessinische Angelegenheit und auf die bedrängte Wirtschaftslage aufmerksam zu machen.

⁴⁵ Ebenda. 490, 12. Bericht Talleyrands vom 4. Nov. 1810.

⁴⁶ Ebenda. 490, 138. Talleyrands Bericht, 11. Dezember 1810.

Grimm hatte es eilig, diese Gesandtschaft vor dem Zusammentritt der außerordentlichen Tagsatzung abzuschicken, um sich dadurch persönlich die Gunst Napoleons zu gewinnen. Denn wie Mousson bemerkte, betrachtete er diese Gesandtschaft als den eigentlichen Höhepunkt seines Regierungsjahres⁴⁷.

Nun war es Mousson, der sich — allerdings vergeblich — gegen dieses Verhalten Grimms energisch zur Wehr setzte. Für ihn schien es unerlässlich, daß die Gesandtschaft mit den Instruktionen der Tagsatzung nach Paris abreise: „Convient-il que le Landammann ait l'air de vouloir gagner de vitesse l'autorité suprême de la patrie? qu'il semble attacher un si grand intérêt à faire par lui même une demande flatteuse pour l'Empereur, mais qui deviendra plus honorable si la Diète l'ordonne? n'indisposera-t-il pas au plus haut degré les cantons en agissant ainsi?“ fragte er Reinhard und betonte wiederholt, daß der Zweck einer solchen Botschaft erst dann erfüllt werde, wenn die Interessen und Wünsche der ganzen Nation in den Vordergrund gestellt würden⁴⁸. Doch Grimm setzte seinen Willen durch, und die Deputation reiste anfangs April nach Paris ab.

Aber Mousson gab den Kampf nicht auf. Während er Reinhard über den Geist der außerordentlichen Tagsatzung nur Erfreuliches berichten konnte, war er stets auf der Hut, daß sich Grimms Machtbefugnisse nicht zum Nachteil der eidgenössischen Ziele auswirkten⁴⁹. Als nämlich Reinhard, von der außerordentlichen Tagsatzung mit neuen Instruktionen versehen, Grimm von seinen Bemühungen berichtete, flehte ihn Mousson an, mit diesem vergeblichen Briefwechsel aufzuhören und sich offiziell an die Tagsatzung zu wenden: „Die Schreiben Eurer Exzellenz an den Landammann der Schweiz (ob offiziell oder vertraulich bleibt dahin gestellt) werden in den Sack gesteckt, oder nur den aller „intimsten“ Freunden mitgeteilt. Weder die Tagsatzung noch die Kanzlei erhalten davon die min-

⁴⁷ F. A. R. 102, Mousson an Reinhard, 19. März 1811: «Ce qui l'occupe depuis le jour de son entrée en charge était la députation pour les couches. Ce doit être le triomphe de son Landammanat» ...

⁴⁸ F. A. R. 102, Mousson an Reinhard, 26. März 1811.

⁴⁹ F. A. R. 24, Mousson an Reinhard, 24. April 1811.

deste Kenntnis“⁵⁰. Es schien Mousson aber dringend nötig, daß die Tagsatzung volle Klarheit besitze.

Während dieser innere Streit zwischen Mousson und Grimm weiterdauerte, trat ein Zwischenfall ein, der die Eidgenossenschaft einmal mehr verspüren ließ, von wem sie abhing und wem sie ihre Existenz verdankte. Napoleon war von dem einstimmig bekundeten Willen der außerordentlichen Tagsatzung, das schweizerische Gebiet nicht antasten zu lassen, unangenehm berührt worden. Vor allem reizte ihn die Rede eines jungen Abgeordneten bei der Eröffnung der außerordentlichen Tagsatzung, der seiner tiefschmerzenden Empfindung über die Besetzung des Kantons Tessin Ausdruck verliehen hatte. Erbost fuhr Napoleon die Schweizer-Deputation an der endlich gewährten Abschiedsaudienz in herrischem Ton an und versuchte sie mit groben Drohungen einzuschüchtern. Als die Nachricht von dieser „Abfuhr“ in der Schweiz eintraf, bemühte sich die erschrockene Tagsatzung, den Kaiser sofort zu besänftigen, indem sie sich bezüglich der Truppenforderungen gefügig zeigte und sich bereit erklärte, in Unterhandlungen über verlangte Grenzberichtigungen einzutreten. Auch auf Mousson hatte dieser Vorfall starken Eindruck gemacht. Napoleons Drohungen lösten in ihm eine tiefe Niedergeschlagenheit aus: „Jamais l'Empereur n'a tenu un pareil langage; et j'ai le malheur de croire qu'il savait fort bien que ses reproches n'étaient pas fondés! La conscription! oh! Mon Dieu si nous ne pouvons éviter ce malheur j'envisage la Suisse comme perdu“⁵¹.

Diese Schicksalsschläge waren aber nur dazu angetan, die Schweizer unter sich noch mehr zu verbinden, als dies früher der Fall war. Solche Tendenzen registrierte vor allem der französische Gesandte. Schon im Sommer hatte er in seinen Berichten darauf aufmerksam gemacht, daß die Zuneigung der Schweiz zu Frankreich seit sieben Monaten, d. h. seit der Zeit, da die Schweiz betreffend des Tessin im Ungewissen steckte, erkaltet sei. Diese Situation sei auch von den Zürchern und Bernern mit Reinhard und Wattenwyl an der Spitze ausgenutzt

⁵⁰ F. A. R. 24, Mousson an Reinhard, 22. Juni 1811.

⁵¹ Ebenda. Mousson an Reinhard, 22. Juni, 8. Juli 1811.

worden, die mit allem Nachdruck eine schweizerische Politik befürworteten⁵².

Ende des Jahres 1811 trat dann Talleyrand mit einer von der Tagsatzung gewählten Kommission in Unterhandlungen über eine neue Militärkapitulation. Dabei stieß er gleich zu Beginn auf den Widerstand der maßgebenden Köpfe. Einmal mehr nannte er in diesem Zusammenhang Reinhard, Wattenwyl und Mousson: „Messieurs les Commissaires portent toujours de l'idée que par l'ancienne capitulation militaire, les Suisses n'étaient engagés à rien vis à vis de la France. Ils en tirent la conséquence que dans la négociation présente, s'obligeant à fournir un nombre d'hommes quelqu'onque, ils accordent par condescendance à l'Empereur tout ce que S. M. pourra consentir à leur accorder. Le parti Reinhard, Watteville et Mousson, Chancelier de la Confédération, mène sous main toute cette affaire. Ils espèrent en bataillant ainsi, se faire un mérite auprès de la nation“⁵³.

Nach mühsamen Verhandlungen wurde die Kapitulation am 28. März 1812 abgeschlossen. Dadurch aber war das eingetreten, was Mousson befürchtet hatte: Der Grundsatz der Freiwilligkeit mußte aufgegeben werden; die Schweiz war nun wie alle übrigen Vasallenstaaten zur Heeresfolge verpflichtet.

⁵² B. A. A. E. 491, 79, Bericht Talleyrands vom 15. Juni 1811.

⁵³ Ebenda. 491, 436, Bericht Talleyrands vom 23. Dez. 1811. Vgl. oben S. 62.

D. Unter der Abhängigkeit Napoleons

Die geschilderte innere Entwicklung ist umso erstaunlicher, wenn man die weitgehende Abhängigkeit der Schweiz von Frankreich in Betracht zieht. Denn Napoleon hatte 1803 für den durch sein Eingreifen geschaffenen Zustand folgende Garantie übernommen: „Nous garantissons la constitution fédérale et celle de chaque canton contre les ennemis de la tranquillité de l'Helvétie quel qu'ils puissent être“. Zu dieser Verfassungsgarantie gesellten sich aber noch zwei schwerwiegende Verträge. Nach hartem Kampf war es am Ende der ersten Tagssatzung zum Abschluß einer Militärkapitulation und einer Defensivallianz gekommen. Darnach war Frankreich die freie Werbung von vier Regimentern zu je 4000 Mann gestattet; sodann waren die Franzosen im Falle eines Angriffs auf ihr Staatsgebiet ermächtigt, 8000 schweizerische Freiwillige zu werben.

So gaben die 50-jährige Defensivallianz, die 25-jährige Militärkapitulation und die ewige Verfassungsgarantie zur Befürchtung Anlaß, die Schweiz könnte durch diese drei Verträge auf unabsehbare Zeit zum Vasallenstaat Frankreichs werden. Tatsächlich kommandierte Napoleon nicht nur eine schweizerische Armee, sondern er überwachte durch seine Gesandten sowohl die Kantons- als auch die Bundesregierungen.

Auf so enge Weise mit dem Schicksal Frankreichs verknüpft zu sein, mußte schon nach kurzer Zeit schwerwiegende Folgen haben: Seit der Kaiserkrönung hatten die europäischen Republiken allerhand zu befürchten. Nicht nur, daß die Ligurische Republik, Genua, Frankreich einverleibt wurde, die Schweiz verlor nach Abschluß des dritten Koalitionskrieges in Oester-

reich ihren einzigen Nachbarn, der noch ein gewisses Gegengewicht zu Frankreich gebildet hatte. Was konnte in einer solchen Welt eine französische Garantie für die Schweiz noch wert sein?

Dazu versuchte Napoleon bald, Europa dadurch zu beherrschen, daß er Generälen, Brüdern und Günstlingen in den eroberten Ländern fürstliche Gewalt entweder direkt übertrug, oder indem er sie Ehen mit Töchtern aus alten Herrscherhäusern eingehen ließ.

Die Gesandtschaft Wattenwyls und Moussons nach Paris, 1807

Mit der Zeit war es Brauch geworden, daß die Eidgenossenschaft Napoleon zu seinen Erfolgen öffentlich beglückwünschte, indem sie Gesandte nach Paris abordnete, die neben der Gratulationsakte meist noch eine Reihe schweizerischer Wünsche, militärischer und wirtschaftlicher Natur, anzubringen hatten.

Eine derartige Situation bot sich nun anläßlich des Abschlusses des Tilsiter-Friedens. Durch die Verträge von Tilsit war der Kontinentalfriede neu befestigt worden. Napoleon, der Herrscher Europas bis zur russischen Grenze, erreichte nun auch noch Rußlands Beitritt zur Kontinentalsperre.

Der Landammann des Jahres 1807, Reinhard, benützte diesen Anlaß, um durch eine außerordentliche Gesandtschaft eine Reihe wichtiger Angelegenheiten erneut zur Sprache zu bringen; vor allem handelte es sich darum, die Stellung der Schweiz im System von Tilsit zu erfahren. Im Geheimen und weil es die Dringlichkeit der Sache gebot, betraute er ohne Begrüßung der Tagsatzung oder der Stände Wattenwyl mit dieser Mission. Als einzigen Begleiter bestimmte er Mousson. In Rücksicht auf die Behandlung der speziellen eidgenössischen Wünsche, die eine besondere Geschäftsvertrautheit erforderten, war Reinhards Wahl auf diese beiden Männer gefallen.

Aufschlußreich sind auch die orientierenden Worte über Wattenwyl und Mousson, die der französische Gesandte nach

Paris meldete. Nach einer einleitenden Bekanntgabe über Moussons Verhältnis zu den Landammännern, bemerkte er: „Monsieur Mousson paraît avoir pris aussi de l'ascendant sur le Landammann actuel, et il n'y a pas de doute que c'est lui qui a tout arrangé pour mission d'aujourd'hui“. Abschließend meinte er: „Ces deux Messieurs (Wattenwyl und Mousson) se regardent comme des aigles de la Suisse“⁵⁴.

Wattenwyls Auftrag bestand in der Ueberbringung von Glückwünschen zum Sieg von Tilsit, sowie in der Dankesbezeugung für das wohlwollende Schreiben des Kaisers an die Eidgenossenschaft⁵⁵. Dann aber sollten als wichtigstes Anliegen verschiedene Fragen abgeklärt werden, die sich nach der Instruktion wie folgt zusammenfassen lassen. Der wichtigste Punkt der Instruktion war ohne Zweifel das Ersuchen um Bestätigung und Anerkennung der allgemeinen Staatsverhältnisse, wie sie in der Mediationsakte festgesetzt worden waren. Wattenwyl sollte sich in erster Linie um Aufnahme einer entsprechenden Klausel in die Friedensverträge bemühen⁵⁶. In zweiter Hinsicht sollten verschiedene Handelsfragen vorgebracht werden⁵⁷. Ein drittes und letztes Geschäft behandelte die militärischen Fragen, insbesondere die Stellung der Schweizertruppen und deren Werbung⁵⁸.

Moussons Aufgabe hingegen bestand darin, alle wirtschaftlichen und mündlichen Verhandlungen ausführlich zu protokollieren sowie Wattenwyl bei den Arbeiten behilflich zu sein⁵⁹.

⁵⁴ Ebenda. 486, 204, Vial an Talleyrand, 29. Juli 1807. Vgl. oben S. 61.

⁵⁵ Das Schreiben Napoleons an Reinhard vom 18. Mai 1807 ist abgedruckt in v. Muralt, Reinhard, S. 479 und Tillier, Mediation, I, S. 266, Anm. 2.

⁵⁶ Hinzu kamen noch kleinere Fragen über Grenzverbesserungen im Norden. Dann sollte auch eine günstige Einwirkung im Inkamerationsgeschäft erzielt werden.

⁵⁷ Im Falle von Verhandlungen mit England sollte die Freigabe der dort in Fonds angelegten schweiz. Gelder erreicht werden; dieselben sollten zur Tilgung der helvet. Staatsschuld dienen. Für die französisch-schweizerischen Handelsbeziehungen sollten die versprochenen Erleichterungen erwirkt werden.

⁵⁸ Laut Militärkapitulationsvertrag vom Sept. 1803 hatte die Schweiz 4 Regimenter à je 4000 Mann zu stellen.

⁵⁹ Vgl. B. A. Abt. Mediation, Bd. 562, Abordnung Wattenwyls nach Paris. Mousson verfaßte ein ausführliches Tagebuch über alle Konferenzen, Empfänge und Festlichkeiten; F. A. M. 107. Gesandtschaftsbericht

Als Wattenwyl kurz vor der Abreise erkrankte und dieselbe deshalb hinausschieben mußte, reiste Mousson anfangs August voraus, um die Vorbereitungen des geschäftlichen Teiles vorzunehmen⁶⁰. Dabei fand er Unterstützung durch die schweizerische Gesandtschaft in Paris, vertreten durch Maillardoz und Tschann⁶¹.

Wattenwyl traf am 13. August in Paris ein. Da am folgenden Tag die Feierlichkeiten des Friedensfestes stattfanden, hatte Wattenwyl nicht Zeit gehabt, sich vorzustellen⁶². Allerdings verpaßte er dadurch nicht viel, denn für Geschäfte bestand während der Dauer der Festlichkeiten ohnehin keine Gelegenheit. Zudem hatte sich im Außenministerium eine Veränderung ergeben, die die Verhandlungen hinausschob⁶³. Es sollte deshalb noch geraume Zeit gehen, bis Wattenwyl die Audienz beim Kaiser erhielt. Endlich, nach 14-tägigem Warten empfing ihn der Kaiser in Saint-Cloud. Nachdem Wattenwyl die Grüße aus der Schweiz überbracht und die Wünsche dahin geäußert hatte, daß Napoleon die Schweiz stets als seinen Bundesgenossen wie bis anhin beschützen möge, versicherte ihm Napoleon mit Wohlwollen: „Je maintiendrai toujours l'acte de médiation, et si les circonstances exigeaient quelques changements ce ne serait jamais que de concert avec la Diète et à sa demande qu'ils auraient lieu, mais je ne prévois pas le cas“⁶⁴. Dann interessierte ihn die Zahl der ausgehobenen Rekruten. Auf Wattenwyls Antwort, daß sie bereits 13 000 ausmache, schien der Kaiser befriedigt.

Am gleichen Tag fand in Saint-Cloud ein öffentlicher Empfang statt, an dem auch Mousson teilnehmen durfte. Als er vom Großzeremonienmeister vorgestellt wurde, richtete Napoleon

für die Tagsatzung 1808, verfaßt von Mousson. Einen Abdruck der Instruktion an Wattenwyl, sowie teilweise Auszüge aus dem Tagebuch Moussons gibt Gisi.

⁶⁰ F. A. R. 102, Mousson an Reinhard, 29. Juli 1807.

⁶¹ B. A. Abt. Mediation, Bd. 561, Abordnung Wattenwyls, Briefe Moussons an Reinhard vom 8. und 14. August 1807.

⁶² F. A. M. 605, Mousson an seine Gattin, 16. August 1807; Gisi, Gesandtschaftsbericht, S. 16.

⁶³ Champagny war an die Stelle Talleyrands getreten. Vgl. auch B. A. Abt. Mediation, Bd. 561, Abordnung Wattenwyls, Mousson an Reinhard, 14. August 1807.

⁶⁴ Gisi, Gesandtschaftsbericht, S. 20/21.

die Worte an ihn: „Ah! Monsieur Mousson, je suis charmé de le revoir. Eh bien la Suisse a fait beaucoup de bonne besogne cette année, il paraît que nous marchons du meilleur accord“. Ob dieser Bemerkung geriet Mousson in Begeisterung. Er fügte später dem Bericht an seine Gattin bei: „Bien des princes Allemands qui se trouvaient près de moi m'ont envié ce moment“⁶⁵.

Reinhard erhielt folgenden Bericht über den Eindruck des Empfanges: „Tout le monde parle avec estime et intérêt de la Suisse, et ce langage dans la bouche des personnes que sa Majesté honore de sa confiance est l'écho d'une opinion supérieure que le zèle de votre Excellence et les cantons dans l'affaire du recrutement ont essentiellement contribué à former“⁶⁶.

Doch die kommenden geschäftlichen Verhandlungen sollten der Begeisterung, der Mousson so frei Ausdruck gegeben hatte, einen Dämpfer aufsetzen. Nach zahlreichen weiteren offiziellen Empfängen und Vorstellungen begannen dann die eigentlichen Geschäftsverhandlungen⁶⁷. Wattenwyl brachte in Konferenzen mit dem französischen Außenminister die Wünsche der Schweiz gemäß seiner Instruktion vor. Nach jedem mündlichen Vortrage folgte die sorgfältige Ausarbeitung der Instruktionspunkte mittels diplomatischen Noten. Es verfloß aber eine geraume Zeit, bis Wattenwyl eine offizielle Antwort erhielt. Als diese endlich eintraf, war der Außenminister wohl auf die Hauptfragen eingegangen, die Geschäfte jedoch verwies er zur weiteren Beratung. Dieses lange Warten stimmte Mousson nachdenklich und nachdem er sich mit Wattenwyl umsonst um eine Abschiedsaudienz bemüht hatte, schrieb er resigniert: „Il n'y a pas là de quoi être fier, car on n'attache pas la moindre importance à notre présence. Il y a au contraire de quoi se confirmer toujours d'avantage dans le sentiment de la plus grande humilité d'avantage dans le sentiment de la plus grande humilité politique“. Trefflich umschrieb er das Verhält-

⁶⁵ F. A. M. 605, Mousson an seine Gattin, 3. September 1807.

⁶⁶ F. A. R. 102, Mousson an Reinhard, 4. September 1807.

⁶⁷ Vgl. über die Empfänge: B. A. Abt. Mediation, Bd. 562, Abordnung Wattenwyls und Gisi, Gesandtschaftsbericht, S. 252 Darnach wurden Wattenwyl und Mousson vorgestellt: der Madame, mère, de l'Empereur, Duchesse de Berg, soeur Caroline de l'Empereur, Königin v. Neapel, Stephanie Napoleon, dem Erzherzog v. Baden, sowie der Königin v. Westfalen.

nis der Schweiz zu Frankreich: „Les enfants, quand ils regardent la lune s'imaginent que la lune les regarde aussi; cependant la lune passe et ne les aperçoit pas . . .“⁶⁸.

Trotzdem durfte Wattenwyl mit dem Resultat zufrieden sein. Der große Vorteil dieser Botschaft hatte darin bestanden, daß die Interessen des Landes zu angemessener Zeit vertreten worden waren. „Es ist freilich wenig erhalten worden“, schrieb Wattenwyl dem Landammann, „aber Mousson und ich haben die Ueberzeugung, daß wir getan haben, soviel wir tun konnten, und wenn die politische Lage nicht so stürmisch geworden wäre, so hätten wir einige Hoffnung mitgebracht, daß auf den einen oder andern Punkt Rücksicht genommen worden wäre“⁶⁹. In seinem Schlußbericht faßte Wattenwyl die Wirkung der Mission wie folgt zusammen: „Die Schweiz dürfe auf die Huld, die Freundschaft und die Achtung des Kaisers so lange zählen, als sie sich selbst achten und des Rufes einer biedereren, ordnungsliebenden Nation würdig zeigen wird; sie habe ferner, wenn auch so viele Wünsche jetzt noch unbefriedigt bleiben, keinen Staat um glänzendere Vorzüge zu beneiden; weil der Genuß des Friedens und einer anspruchslosen, aber wirklichen Freiheit für eine kleines Volk unter gegenwärtigen merkwürdigen Zeitumständen schon allein das größte Glück genannt werden soll“⁷⁰.

Mit diesen Worten charakterisierte Wattenwyl die Haltung der Eidgenossenschaft in der Mediationszeit aufs vortrefflichste. In der Folge sollten aber mit dem Beginn der zweiten Direktorialperiode im Jahre 1809 Veränderungen eintreten, die sich für die Eidgenossenschaft immer bedenklicher auswirken sollten. Napoleon hatte in den Jahren 1810 und 1811, nach seinem Sieg über Oesterreich, eine Position erreicht, von der aus er an die europäische Kontinentalherrschaft denken konnte.

⁶⁸ F. A. M. 605, Mousson an seine Gattin, 6. Oktober 1807.

Während dieser Sendung hatte sich für Mousson die Möglichkeit einer Berufsveränderung gezeigt. Der schweiz. Gesandte in Paris, Maillardoz, war zum General-Oberst befördert worden. Auf den Vorschlag Landammann Reinhardts hin sollte nun Mousson seinen Posten bekleiden. Allein Mousson sagte ab. Vgl. F. A. M. 605, Mousson an seine Gattin, 23. September 1807.

⁶⁹ F. A. R. 104, Wattenwyl an Reinhard, 28. Oktober 1807.

⁷⁰ F. A. M. 107, Gesandtschaftsbericht.

Er schob beiseite, was seinem Vorhaben im Wege stand und kümmerte sich wenig um Rechtszustände. Auch die Schweiz bekam von dieser Willkür zu spüren.

Zuerst notieren wir den Gesandtenwechsel: Auf den Militär folgte der Diplomat. Dann aber ergeben sich auch Veränderungen tieferer Natur, der Glaube an Napoleon geriet ins Wanken, nachdem der Kaiser Gebiets- und Rechtsansprüche der Eidgenossenschaft vernachlässigt hatte. Zudem hatte sich Napoleon den Titel „Mediator der Schweiz“ zugelegt, was zu großen Befürchtungen Anlaß gab. Von diesem Vorrecht, nach eigenem Gutdünken sich in eidgenössische Angelegenheiten einzumischen, machte Napoleon Gebrauch, indem er das Wallis Frankreich einverleibte und das Tessin besetzte.

Unter solch ungünstigen Voraussetzungen trat die Schweiz ins Schicksalsjahr 1813. Dieses Jahr, das mit dem Zusammenbruch der Napoleonischen Herrschaft endete, stellte an die schweizerischen Staatsmänner eine große Bewährungsprobe.

E. Der Sturz der Mediationsakte

1. Die Lage zu Beginn des Jahres 1813

Die Niederlage Napoleons in Rußland und die Vernichtung der Großen Armee konnten nicht ohne Nachwirkungen auf die Schweiz bleiben. Allerdings war der französische Gesandte zu Beginn des Jahres noch zuversichtlich gestimmt: „La Suisse ne bouge pas“, berichtete er, „il n'y a jusqu'à ce jour dans aucun canton de parti contre la France, mais dans tous beaucoup de gens mécontents du système français, ce qui n'est nullement synonyme... En résumé la Suisse est tranquille. Admettons ce qui n'est pas probable, que l'Autriche tournât ses armes contre la France, ce qui est seul cas où la Suisse peut se trouver dans une position critique, la Confédération chercherait, je crois, à conserver si elle le pouvait, sa neutralité, ses vœux seraient pour les Autrichiens, tant que l'Empire français conserverait en Europe la prépondérance absolue que S. M. a su conquérir; si la balance penchait demain du côté de l'Autriche, les Suisses ne souhaiteraient plus à la France que des succès, car si nous sondons le fond de leurs cœurs, ils voudraient que la providence établît en Europe un équilibre tel que toutes les puissances recherchassent comme autrefois leur alliance et qu'aucune ne peut être en position de leur dicter la loi“⁷¹. Diese Worte legen Zeugnis ab von Talleyrands großem Einfühlungsvermögen in die schweizerischen Verhältnisse. Seine Prognose sollte sich aber auch bald bewahrheiten, allerdings viel früher und in einer Weise, wie er kaum geahnt hatte.

⁷¹ B. A. A. E. 493, 11 und 50, Berichte Tall. an Bass. v. 3. Jan. 1813.

Als nämlich im Frühjahr Preußen von Frankreich abfiel und mit Rußland ein Bündnis einging, sah der bernische Staatsrat den Augenblick gekommen, die militärische Sicherung der Schweiz in Vorschlag zu bringen, um damit vor aller Welt den Willen zur Selbständigkeit zu bekunden. Vor allem war es von Mülinen, der zu diesem Zwecke auf die Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung, die Erklärung der Neutralität, sowie die allgemeine Nationalbewaffnung hintendierte. Im Auftrage des Staatsrates begab er sich nach Zürich, um Reinhard für diesen Plan zu gewinnen. Doch dieser zögerte und zeigte sich schließlich den französischen Wünschen gegenüber gefügig.

Von diesen Vorkehrungen hatte Talleyrand Kenntnis erhalten. Er schrieb dieses Projekt Reinhard und Mousson zu und verriet durch diese falsche Vermutung, welche Bedeutung er diesen beiden Männern bezüglich der eidgenössischen Politik zulegte. „Ce projet formé par M. le Landammann Reinhard et le Chancelier de la Confédération Mousson paraît avoir eu la sanction du gouvernement de Berne“⁷². Talleyrand glaubte in diesem eidgenössischen Truppenaufgebot den Wunsch der Schweizer zu erblicken, ihre Neutralität zu verteidigen und weder Frankreichs noch Rußlands Armeen den Einmarsch in die Schweiz zu gestatten. Talleyrands Wirken ging dahin, jede Aufregung zu verhüten. Er versuchte deshalb, Mülinen in einer Unterredung davon zu überzeugen, daß solche Vorbereitungen nur falschen Alarm auslösen könnten.

In Paris aber rief diese Nachricht eine scharfe Reaktion hervor. Der Außenminister ließ Talleyrand wissen, daß ein Truppenaufgebot gar nicht in Frage käme, daß die schweizerische Regierung im Gegenteil darauf bedacht sein solle, die kapitulierten Regimenter in Frankreich wieder vollzählig zu machen. Reinhard, durch die französische Machtsprache beeindruckt, ließ die große Chance eines geeinten Vorgehens der Eidgenossenschaft in einem günstigen Zeitpunkt ungenützt. Berns Plan hatte der ganzen Eidgenossenschaft gegolten. Durch die Absage Reinhards wurde er zu einer rein bernischen Angelegenheit.

⁷² Ebenda, 494, 94 und 96, Talley. an Bass. v. 15./16. März 1813.

Hatte Reinhard durch diesen Verzicht auf militärisches Vorgehen einem Konflikt mit der französischen Regierung aus dem Wege gehen wollen, so zeigte sich bald, daß er dies nicht durch Nachgeben erwirken konnte. Während er gegenüber der neuen Forderung Frankreichs auf außerordentliche Truppenlieferungen von 7000 Mann Festigkeit bewies, indem er dieselbe gar nicht weiterleitete, ließ er sich von Talleyrand abhalten, die dringend notwendige Einberufung der Tagsatzung vorzunehmen. Seine einzige Tat bestand darin, daß er während der Tiroler Unruhen einige Detachemente nach Graubünden sandte. Zu dieser Maßnahme holte er aber den Rat Wattenwyls ein. In seiner Antwort an Mousson billigte dieser die Handlung Reinhardts vollauf, benützte aber gleichzeitig die Gelegenheit, um durch Mousson dem Landammann das Gebot der Stunde recht deutlich zu machen. Die Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung dürfe keinen Tag mehr aufgeschoben werden. Es sei eine Neutralitätserklärung zu erlassen sowie die Anerkennung der Mächte einzuholen⁷³. Reinhard glaubte jedoch, mit der Erklärung der Neutralität zuwarten zu müssen, bis die italienischen Truppen aus dem Tessin abgezogen seien.

Unterdessen spitzte sich die Lage immer mehr zu. Als Gerüchte bekannt wurden, Bayern falle von Napoleon ab, wurden der Schweiz mit einem Mal die Augen geöffnet; der Wechsel in Bayern bedeutete, daß die Grenzen gegenüber Oesterreich nicht mehr gedeckt wären. In diesem Augenblick sandte Reinhard seinen besten Gewährsmann, Mousson, zur eingehenden Besprechung mit Talleyrand nach Bern. Ueber diese Unterredung liegt Talleyrands Bericht vor. Darnach rollte Mousson sogleich das Hauptproblem auf: „Le jour où nous déclarerons aux puissances notre neutralité, m'ajouta-t-il, comment justifierons nous la présence de troupes italiennes sur une partie de notre territoire? Ne pouvons-nous pas être forcés d'y envoyer des bataillons pour bien prouver que nous suivons exactement le système que nous annonçons?“⁷⁴. Auf diese Fragen Moussons wußte Talleyrand keine überzeugende Antwort.

Inzwischen waren die Würfel gefallen: Unter dem Ein-

⁷³ F. A. M. 607, Wattenwyl an Mousson v. 1. September 1813.

⁷⁴ B. A. A. E. 494, 50, Talleyrand an Bass. 14. Oktober 1813.

druck von Napoleons Niederlage in der Schlacht von Leipzig raffte sich Reinhard endlich zur Tat auf und berief auf Mitte November die Gesandten aller Kantone nach Zürich. Es war höchste Zeit, denn schon befanden sich zwei alliirte Bevollmächtigte, Ritter von Lebzeltern und Capo d'Istria, unterwegs, um die Schweiz zum Eintritt in den Krieg gegen Napoleon zu bewegen. Sie trafen jedoch einige Tage zu spät ein; denn am 18. November hatte die Tagsatzung einmütig die bewaffnete Neutralität beschlossen und Wattenwyl zum General ernannt.

2. Moussons Anteil an den Ereignissen in Zürich, Ende Dezember 1813

War Mousson bis dahin darauf bedacht gewesen, durch seine Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Landammann ein Höchstmaß an eidgenössischer Selbständigkeit zu erreichen, so sollte er in den kommenden Ereignissen erst recht zeigen, mit welchem Nachdruck er diese Richtung einzuschlagen gewillt war.

Während Napoleon die Neutralität der Schweiz ohne weiteres anerkannte, zögerten die Alliierten, und ihr Bescheid fiel schließlich unbefriedigend aus. Es war vor allem Metternich, der nicht geneigt war, die Neutralität eines französischen Vassallenstaates anzuerkennen. In diesem Sinne hatte er denn auch die Agenten Capo d'Istria und Lebzeltern instruiert. Aus deren Berichten konnte er schließen, daß ein Durchzug der Armee möglich war. Nach den Beobachtungen der beiden Agenten standen sich in der Schweiz zwei Gruppen gegenüber: eine gemäßigte („parti modéré ou constitutionnel“), die diejenigen unter sich vereinigte, welche an der bestehenden Verfassung, sowie an der Neutralität festhielten, und eine kleine reaktionäre („parti anti-constitutionnel ou autrichien“), welche die Wiederherstellung der alten Ordnung, d. h. die Erhebung des Patriates anstrebte. „L'un et l'autre parti désirent sincèrement la véritable indépendance de la Suisse. Mais le premier, content de son état actuel, préfère de rester paisible spectateur des grands événements qui agitent l'Europe et d'abandonner le

sort de son pays aux résultats de la guerre, à la libéralité des Puissances alliées, et surtout à l'intérêt qu'elles ont de créer de cet état un boulevard propre à garantir l'Allemagne et l'Italie des invasions de ce côté. Par contre, le parti dépossédé par la révolution démocratique de ses anciennes prérogatives, et du gouvernement, sous l'égide des Souverains alliés, et par la force des armes. Les porter pour la bonne cause, combattre pour elle et pour l'indépendance de la Suisse est le cri de ralliement des Patriciens et de leurs adhérents"⁷⁵.

Um seiner Sache ganz sicher zu gehen, hatte Metternich noch auf eine zweite Karte gesetzt: Mitte Dezember sandte er den sächsischen Gesandten Senft-Pilsach an Schrauts Seite. Dieser betrieb denn auch die Restaurierung so energisch, daß es unter dem Eindruck der durchziehenden Truppen — der Durchmarsch war am 20. Dezember Tatsache geworden — zum Umsturz in Bern kam⁷⁶.

Daß es mit der französischen Herrschaft endgültig vorbei war, zeigte sich auch in der Verhaftung des französischen Gesandten durch alliiertes Militär in Aarau. Noch hatte Talleyrand vor diesem Zwischenfall an den Landammann einige Zeilen der Entrüstung über den Durchmarsch gerichtet und darin die kategorische Frage gestellt, ob er sich in einem feindlichen oder einem eroberten Land befinde. „A mon grand étonnement je vois le territoire de la Suisse envahi et je trouve le canton de Zurich sur le point d'être occupé par des troupes étrangères, sans que Votre Excellence ait daigné m'en prévenir; je ne lui cacherai pas combien un pareil silence est contraire aux droits des gens, aux égards dus aux ministres étrangers. Dans la position actuelle des choses, je me bornerai à lui faire une demande sur laquelle je prie Votre Excellence de me répondre d'une manière catégorique: Suis-je en pays conquis, ou en pays ennemi?“⁷⁷. Im Namen des Landammanns antwortete ihm Mousson umgehend. Aus dieser Entgegnung wird er-

⁷⁵ St. A. Genf, Bericht Lebzelter und Capo d'Istria, anfangs Dezember 1813.

⁷⁶ Vgl. Senft, Memoiren; H. v. Haan, Die Rolle Senft-Pilsachs in Bern im Dez. 1813; sowie H. H. St. A. I, Fz. 312, Berichte Senfts an Metternich.

⁷⁷ B. A. A. E. 494, 327. Talleyrand an Reinhard vom 22. Dez. 1813.

sichtlich, daß selbst für den Landammann der Durchmarsch völlig überraschend gekommen war. „Le Landammann“, schrieb Mousson, „n'avait reçu aucune communication qui peut lui faire croire que la neutralité de la Suisse ne serait pas reconnue, lorsque le 19 à trois heures après-midi le Quartier Maître Général autrichien de Langenau déclara au Colonel Herrenschwand à Bâle que la grande armée alliée allait venir sur le territoire de la Suisse, toutes les protestations et représentations fondées sur l'acte de neutralité restèrent sans effet“⁷⁸.

Der militärische Einbruch der Verbündeten zeitigte in der Tat die schwersten politischen Folgen für die Schweiz. Nach der Verletzung der verfassungsmäßigen Zustände, wie sie während zehn Jahren bestanden hatten, wurde nun die Frage akut, ob die Schweiz fähig sei, sich eine neue eigene Verfassung zu geben.

Angesichts der neuen Lage unternahm Reinhard die nötigen Schritte, um eine Tagsatzung zur Beratung der Situation einzuberufen. In dieser Zeit erfolgte der Umschwung in Bern. Senfts Agitationen hatten ihre Früchte getragen, am 23. Dezember hatten die Regierung und der Große Rat der Vermittlungsakte und der darauf begründeten Kantonsverfassung feierlich entsagt und am folgenden Tag eine Standeskommission gewählt, die bis zur definitiven Herstellung der früheren Ordnung die provisorische Regierung führen sollte. Gleichzeitig wurde eine Proklamation erlassen, die die Kantone Waadt und Aargau zur Unterwerfung unter die neue patrizische Herrschaft aufforderte.

Diese Ereignisse riefen in der ganzen Schweiz große Bestürzung hervor. Die Gefahr, daß weitere Kantone dem Beispiel Berns folgen könnten, lag nahe. Ein allgemeines Chaos entstand, und der innere Friede schien mehr denn je gefährdet. In Zürich war die Verwirrung besonders groß. Als Reinhard die alliierten Gesandten um die Meinung der alliierten Mächte bat, reiste Capo d'Istria zur Abklärung dieser Fragen und zur Einholung neuer Instruktionen ins alliierte Hauptquartier, und Lebzelter blieb allein in Zürich zurück. Obwohl dieser

⁷⁸ Ebenda. 494, 327, Mousson an Talleyrand, 22. Dez. 1813.

Metternich versicherte, daß er die Situation beherrsche und der Landammann ohne seinen Ratschlag nichts unternehme, sollte es zu einer Ueberraschung kommen⁷⁹.

Reinhard, der sich vor dem Einmarsch so zögernd verhalten hatte, bewies nun plötzlich bemerkenswerten Mut. Wie Dierauer ausführt, berief Reinhard „dem Rate Moussons wie der einsichtigsten Mitglieder der Zürcher Regierung“ folgend eine Versammlung von Vertrauensmännern in seiner Wohnung ein⁸⁰. Am 29. Dezember wurde von dieser Versammlung (bei Abwesenheit von Bern, Unterwalden und Solothurn) eine Uebereinkunft angenommen, die vor allem die Weiterleitung der eidgenössischen Angelegenheiten garantierte, indem Zürich ersucht wurde, die Leitung der Eidgenossenschaft bis zu dem Zeitpunkt zu besorgen, da die Verhältnisse der Stände unter sich, sowie die Leitung der allgemeinen Bundesangelegenheiten näher bestimmt waren. Als wichtigster Grundsatz wurde die Nichtwiederherstellung der Untertanenverhältnisse aufgestellt.

Durch diesen Akt wurde die Mediationsverfassung endgültig annulliert.

Moussons Anteil an diesen Ereignissen wurde durch Senfts Bericht bekannt; der nach der Nachricht von den Zürcher-Beschlüssen wie folgt urteilte: „On a appris aujourd'hui ici les dernières transactions de la Diète de Zurich qui auront été directement rapportées à Votre Altesse. On y reconnaît clairement l'ouvrage du parti français conduit par Mr. Mousson, Chancelier de la Confédération, et dont Mr. de Reinhard ne paraît être que l'instrument, comme Mr. de Watteville l'est ici“⁸¹. Die Aussage dieses Zeitgenossen wird unterstützt durch den Hinweis, den A. Winkler in seiner Arbeit über „Metternich

⁷⁹ St. A. Genf, Lebzeltern an Metternich vom 29. Dez. 1813: «J'ai lié les mains au Landammann de manière qu'il ne peut rien faire sans l'aveu du quartier général.»

⁸⁰ Dierauer, V, S. 309; Oechsli, II, S. 78; F. A. R. 105a, Hans von Reinhard, Notizen über meinen Lebenslauf, S. 69/70; F. A. R. 100, Emanuel v. Fellenberg an Reinhard, 30. Dez. 1813, abgedruckt in der Reinhard Biographie von v. Muralt, S. 508 als Beilage No. 16. Fellenberg versicherte in diesem Brief Reinhard davon, daß die Fortführung der eidgenössischen Leitung durch Zürich von den Alliierten gebilligt werde.

Die einzige Quelle, die direkt auf Moussons Einfluß auf Reinhard hinweist, stammt von Senft-Pilsach, vgl. Anmerkung 81.

⁸¹ B. A. H. H. St. A. I, Fz. 312, Senft an Metternich, 31. Dez. 1813.

und die Schweiz“ gibt. Winkler bezeichnet den Kampf der Alliierten um die Schweiz als ein Duell zwischen Metternich und Mousson, das zu Gunsten Moussons ausfiel: „Es ist unstreitig, daß Metternich dem Kanton Bern zur alten Macht verhelfen wollte, um womöglich durch ihn künftig den österreichischen Einfluß vorherrschen zu lassen ... Aber gerade da gewann Mousson die Partie gegenüber dem österreichischen Minister: er ließ die Berner Revolution durch Reinhard mittelst einer „eidgenössischen Versammlung“ nach Zürich Ende Dezember 1813 parieren; zwar fiel die Mediationsakte, aber Reinhard behielt die Leitung der eidgenössischen Dinge und die Integrität der 19 Kantone wurde gesichert“⁸². Wohl mag diese Formulierung überspitzt sein, doch weist sie auf einen wichtigen Punkt hin.

Mousson selbst äußerte sich sehr bescheiden über jene wichtigen Tage: „Incapable de passion et d'intrigue je serais toujours complètement nul là où je n'aurai pas une règle de devoir bien tracée. A cet égard les personnes qui ont cru que j'avais influé sur les délibérations de Zurich, sur les démarches ou les intentions de tel ou tel Magistrat m'ont fait beaucoup d'honneur mais ne m'ont pas rendu justice“⁸³. Tatsächlich aber hat Mousson einen starken Einfluß auf Reinhard ausgeübt. Mit Recht weist Oechsli als Beweis der Einflußnahme Moussons auf die Stellung hin, die Mousson im ersten Bundesverfassungsentwurf vom 10. Februar 1814 als „beständiger Rat“ des Bundes- und Tagsatzungspräsidenten zugeordnet war⁸⁴.

Bei seinem Verhalten war Mousson von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die Garantie für die Erhaltung der Schweiz allein in einem „rapprochement sincère de tous les cantons“ bestehe⁸⁵. Er befürwortete somit diejenige Richtung, die — die Erfahrungen der Mediationszeit auswertend — eine gute Ueberleitung in neue Verfassungszustände sichern wollte. Dadurch zog er sich den Haß der Patrizier zu. Diese stießen näm-

⁸² A. Winkler, Metternich und die Schweiz, S. 103.

⁸³ Nachl. Tschärner, Mousson an Wattenwyl, 18. März 1814.

⁸⁴ Oechsli, II, Anm. S. 78/79; vgl. dazu Kaiser, Texte der Bundesverfassungen, Art. 24, S. 161.

⁸⁵ Nachl. Tschärner, Mousson an Wattenwyl, 21. März 1814.

lich bei der Verwirklichung ihrer Pläne auf Moussons Widerstand⁸⁶. Auch Lebzeltern gab hierüber seiner Meinung Ausdruck. Er nannte Mousson „une excellente tête, et qui serait utile à employer si on pouvait le détacher du parti constitutionnel et dissiper les préventions des patriciens contre lui“⁸⁷.

*

Die Zusammenarbeit mit den Landammännern hat sich für Mousson von Fall zu Fall verschieden gestaltet. Während ihn mit dem ersten Landammann d'Affry eine eher väterliche Freundschaft verband, fühlte sich Mousson bald zu d'Affrys Nachfolger, Wattenwyl, hingezogen⁸⁸. Besonders schätzte er seine aufrichtige schweizerische Art und seinen starken Charakter, die eine Zusammenarbeit mit ihm so angenehm gestalteten. Es gab sogar eine Situation, in welcher sich Mousson deutlich für Wattenwyl und gegen d'Affry entschied. Es handelte sich um die Befürwortung der Wahl Wattenwyls zum General des eidgenössischen Grenzkorps im September 1805. Während Frankreich die Wahl d'Affrys unterstützte, unternahm die Berner Deputation, zu der sich auch Mousson gesellte, einen erfolgreichen Vorstoß und setzte Wattenwyls Wahl durch⁸⁹.

Sogar der französische Gesandte Vial hatte die Freundschaft zwischen Wattenwyl und Mousson registriert. Im Jahre 1807 berichtete er darüber: „Quand Mr. de Watteville devint Landammann, Monsieur Mousson s'attache fortement à Monsieur de Watteville et il s'éloigna de son prédécesseur“⁹⁰. Mit seiner Bezeichnung der beiden als den „deux aigles de la Suisse“

⁸⁶ Eine Illustration dazu vermittelt uns Hans Jakob Lavaters Brief an Hottinger, Z. B. Ms. M. 21, 160. Nachl. Hottinger, H. J. Lavater an Hottinger vom 18. Mai 1818: „Der Schurke (gemeint ist der reaktionäre Schwyzer Landammann Aufdermauer) hat mir am 1. Jenner 1814 zur Zeit der Restaurationswut eine Rolle gegen Mousson belieben wollen, die von der Art war, daß ich jetzt noch beinahe bedaure, ihn nicht unhöflicher verabschiedet zu haben.“

⁸⁷ St. A. Genf, Lebzeltern an Mett. 21. Dez. 1813.

⁸⁸ Nachl. d'Affry, d'Affry an Mousson vom 10. Jan. 1810; sowie F. A. M. 607 Briefe d'Affrys an Mousson, 1803.

⁸⁹ Vischer, Beiträge zur Gesch. der Mediation, S. 257/58. Mousson sprach beim französischen Gesandten vor.

⁹⁰ B. A. A. E. 486, 204, Bericht Vials vom 29. Juli 1807.

traf Vial ins Schwarze. Tatsächlich vertraten gerade diese beiden Männer energisch den schweizerischen Standpunkt.

Seit dem Jahre 1807 gesellte sich zu Wattenwyl und Mousson auch noch Reinhard. Das Ziel der gemeinsamen fruchtbaren Zusammenarbeit galt der Aufrechterhaltung einer selbständigen schweizerischen Politik in einer Epoche der stärksten Abhängigkeit von einer fremden Macht. Zu einer eigentlich wirksamen Zusammenarbeit zwischen Reinhard und Mousson sollte es allerdings erst im Entscheidungsjahr 1813 kommen; denn hier wurde Moussons tatkräftiges Vorgehen, seine Beeinflussung Reinhards für ein rasches Handeln von größter Bedeutung für die ganze Schweiz.

Vor allem kam Moussons Gesinnung in seiner Zusammenarbeit mit den weniger bedeutenden Landammännern zum Ausdruck. Denn als der Solothurner Glutz im Jahre 1805 das höchste Amt der Eidgenossenschaft bekleidete, bemerkte Mousson sogleich, daß die eidgenössische Politik in solchen Händen gefährdet war. Aus diesem Grunde war er bedacht, für Glutz die Unterstützung der beiden ihm vorangegangenen Landammänner zu sichern. Gegenüber dem zweiten Solothurner, Grimm von Wartenfels, sah er sich gezwungen, in noch schärferem Maße seine Führung geltend zu machen, wollte er den schweizerischen Standpunkt vertreten wissen.

Aus den beiden Jahren, da Basel den Landammann stellte, liegen nur spärliche Nachrichten vor, die auf ein außerordentliches Eingreifen von seiten Moussons hingewiesen hätten. Man wird sicher nicht fehlgehen, wenn man auch bei diesen beiden Magistraten Moussons tatkräftige Hilfe und Führung einbezieht⁹¹.

So darf man wohl die Behauptung wagen, daß durch das Zusammenwirken von Mousson und den Landammännern das Ansehen der Eidgenossenschaft in einer schwierigen Zeit noch einigermaßen gewahrt blieb.

⁹¹ Vgl. die entsprechenden Kapitel in der Dissertation von A. Hunziker; B. A. A. E. 486, 204, Bericht Vials, 29. Juli 1807.

IV. T E I L

**Neugestaltung der Eidgenossenschaft
1813-1815**

A. Die Schweiz zu Beginn des Jahres 1814

Mousson als Vermittler

Zu Beginn des Jahres 1814 standen die schweizerischen Staatsmänner vor einer schwierigen Aufgabe: sie sollten für die Errichtung einer neuen Ordnung besorgt sein, da die Eidgenossenschaft nach der Beseitigung des Bonapartistischen Vermittlungswerkes in ein unsicheres Provisorium getreten war. In Zürich ging die neue Versammlung daran, die Verfassungsarbeit an die Hand zu nehmen. Sie bestellte unter Reinhard's Vorsitz eine Kommission, die einen Vertragsentwurf auf Grund der Beschlüsse des 29. Dezembers auszuarbeiten hatte. Unterdessen griff die Gegenrevolution um sich. Dem Beispiel Berns folgten Freiburg und Solothurn; auch Luzern richtete wieder die patrizische Herrschaft auf. Ueber diese Situation klagte Mousson: „Tout ceci parait le prélude de désordres assez sérieux, si une intervention très prononcée ne s'attache à les prévenir. On apprend de Berne que le gouvernement enverra incessamment à Zurich sa protestation contre les opérations du 29 décembre et en général contre l'assemblée fédérale, que l'on envisage comme incompétente et très partiiale; Berne demandera une Diète des treize anciens cantons“¹. Unter solchen Voraussetzungen bangte Mousson mit Recht für die Eidgenössische Versammlung. Er riet deshalb Reinhard, der nach Basel zu den alliirten Monarchen abgeordnet worden war, aufs dringendste, bestimmte Richtlinien heimzubringen: „En général il est infiniment à désirer que V. E. revienne le plutôt possible, mais qu'elle apporte un fil solide, une direction positive, qui nous aide à sortir de ce dédale“².

¹ F. A. R. 26a, Mousson an Reinhard, 12. Januar 1814.

² Ebenda. Mousson an Reinhard, 16. Januar 1814.

In der Folge nahmen aber die reaktionären Umtriebe immer mehr überhand und schließlich zeigte es sich, daß von den 13 alten Orten nur noch 5 an der Uebereinkunft vom 29. Dezember festhielten. Unter solchen Umständen rieten die alliierten Gesandten dem Vorort Zürich, den Zusammentritt einer Tagsatzung zu verschieben, damit er Anstrengungen unternehmen könnte, die Gegenpartei zu gewinnen. Allein die restaurierten Kantone schickten sich an, in Luzern zu tagen. Diese beiden Tagsatzungen in Zürich und Luzern zeugten von dem schweren Gegensatz, der nicht nur konfessionell, sondern auch politisch zu verstehen war: Das protestantische Bern und die katholischen Innern Orte wollten Restauration, Zürich und die übrigen Kantone hielten an der Gleichberechtigung der ehemaligen Untertanengebiete fest.

In diesem Moment, da jederzeit der Ausbruch eines Bürgerkrieges bevorzustehen schien, griffen die alliierten Mächte entscheidend ein. Sie ließen durch Lebzelter und Capo d'Istria erklären, daß sie für den Bestand der 19-örtigen Eidgenossenschaft einträten und einzig die Tagsatzung in Zürich anerkennen könnten. Diese Nachricht brach den Widerstand der aristokratischen Opposition, und die Luzerner Tagsatzung löste sich kläglich auf. Als Ende März auch Bern nachgab, konnte Reinhard am 6. April in Zürich eine Tagsatzung der 19 Kantone eröffnen.

Aus diesen kritischen Tagen liegen eine Anzahl Briefe von Mousson an Wattenwyl vor, die Beweise seiner erfolgreichen Vermittlertätigkeit darstellen³.

Als der Glarner Landammann Niklaus Heer Mitte Februar nach Bern reiste, benützte Mousson die Gelegenheit, um Wattenwyl zur Zusammenarbeit aufzurufen. „Mes vœux les plus ardents sont pour V. Excellence comme pour la Suisse; jamais je n'apprendrai à vous séparer d'elle. Tout ce que j'ai vu chez V. E. d'intentions bienfaisantes, de vrai patriotisme, de sagesse, tout le bien qu'elle a fait, l'étendu de ses vues enfin, m'autorisent à lui adresser ma prière. Au nom de Dieu, travaillez à nous conserver notre patrie, la patrie Suisse qui va péricliter au

³ Nachl. Tschärner, Briefe Moussons an Wattenwyl vom 14., 15., 18. und 21. März 1814.

milieu des prétentions et des intérêts des Cantons. La médiation étrangère est autant qu'annoncée; à son défaut la guerre civile paraît inévitable. De nobles déterminations peuvent seules nous éviter cette cruelle alternative.“ Nach Ablauf eines Monats hatte sich die Lage zusehends verschärft. Was Mousson vorausgesehen, drohte auszubrechen: der Bürgerkrieg. Nach seiner Unterredung mit den beiden alliierten Gesandten, die soeben mit ihren neuen Instruktionen in Zürich eingetroffen waren, versicherte Mousson Wattenwyl, daß die Alliierten den Wunsch hegten, eine gute Lösung für die Schweiz zu treffen. „Je vous en conjure“, flehte er, „ayez encore un coeur de la (der Schweiz) servir désormais comme en 1804, comme en 1810, et dans les années où vous avez commandé les troupes; que le plus distingué de nos Magistrats ne le quitte pas lorsqu'elle a tant besoin de lui“. Und nach einer neuen Unterredung mit den alliierten Ministern: „Je ne puis douter que les ministres n'ayent des instructions explicites et complètes sur toutes les parties du pacte fédéral; ils les produiront comme conseils; mais la bienveillance des souverains est attachée à l'usage que la Suisse saura en faire. On reconnaît que Berne est appelé à prendre une part essentielle dans les affaires générales de la patrie; on désire la lui assurer; mais son opposition même ne pourrait empêcher de passer outre.“ Wiederum drei Tage später rief Mousson Wattenwyl den wohltuenden Einfluß Berns in den vergangenen Jahren in beschwörenden Worten in Erinnerung: „Je me permets d'y ajouter (einem Bericht der Minister über Bern) en mon particulier, la prière instante à V. E. de ne pas admettre l'idée que le gouvernement de Berne puisse rester étranger à la direction des affaires générales de la Suisse. Est-ce qu'après la médiation de Napoléon, les hommes respectables qui étaient alors à la tête des affaires désespèrent de la chose politique? l'influence de Berne n'a-t-elle pas été noble, salubre vraiment patriotique les souvenirs de 1804, 1805, 1809 et 1810 ne sont-ils pas très honorables? La pensée que Berne renonce à cette belle attitude, à cette juste influence est pour moi la plus affligeante de toutes.“

Am Tage, da der Konflikt auf seinem Höhepunkt angelangt war, trat Mousson ein letztes Mal für das Werk der Ver-

söhnung ein. Sein sehnlichster Wunsch ging dahin, Bern möge durch sein Bekenntnis zur 19-örtigen Eidgenossenschaft zu einer friedlichen Lösung beisteuern. „Veuillez, j'en conjure V. E., au nom des plus chers intérêts de la partie, veuillez vous prêter avec empressement à une telle explication. Le temps presse le poids des circonstances extérieures devient de jour en jour plus décisif. Si malheureusement le gouvernement de Berne persistait à rester absolument sur la réserve, je frémis des conséquences qui pourraient résulter de cette opposition mal calculée, de cette fermeté excessive (pardonnez mes expressions) d'abord pour Berne, et par contrecoup pour la patrie entière.“

Moussons Wirken blieb nicht ohne Ergebnis. Ende März entschloß sich Bern, die Tagsatzung in Zürich zu beschicken.

B. Die Lange Tagsatzung 1814/1815

1. Moussons Anteil an der Neukonstituierung von Bund und Kantonen

Die sogenannte „Lange Tagsatzung“, die am 6. April in Zürich begann, versuchte den verfassungslosen Zustand, der seit der Aufhebung der Mediationsakte bestand und in welchem einzig noch langjährige Gewohnheit und Direktiven aus dem Ausland maßgebend waren, zu beheben. Eine erste Phase dieser Tagsatzung dauerte vom Frühjahr bis in den Herbst des Jahres 1814. Während dieser Zeit lag der Tagsatzung zweierlei ob: die Schaffung einer neuen Bundesverfassung sowie die Ueberwachung der kantonalen Verfassungen.

Nun waren zwar alle Kantone vertreten, die alten Meinungsverschiedenheiten aber bestanden nach wie vor. Nachdem eine Kommission in rascher Arbeit einen Bundesverfassungsentwurf ausgearbeitet hatte, brachten die einzelnen Kantone ihre Wünsche vor. Da war vor allem einmal Bern, das auf seine aargauischen Ansprüche weniger denn je verzichtete. Auch die anderen Kantone verfolgten egoistisch ihre eigenen Ziele.

Unter solchen Umständen fiel es den Gesandten nicht schwer, ihren Einfluß entschieden geltend zu machen. Der führende Diplomat war Capo d'Istria, der zusammen mit Schraut die Gegensätze zu mildern und zu dämpfen suchte. Daneben spielte aber auch der junge scharfsichtige Engländer Canning eine Rolle⁴. Sodann hatte auch das bourbonische Frankreich einen Vertreter gesandt; es war der alte Bekannte, der frühere Gesandte Talleyrand. Er, der die Schweizer gut kannte, berichtete über die damalige Lage wie folgt: „Il est on ne peut se

⁴ Vgl. dazu: Oechsli, II. S. 121; M. Hatze, Diss. S. 76 ff.

le dissimuler impossible que cette République joue désormais le rôle qu'elle a joué autrefois en Europe. Depuis cinquante ans les progrès rapides que les Suisses ont fait soit dans l'agriculture, soit dans les manufactures ont augmenté l'aisance du peuple, et diminué en proportion son patriotisme. Qu'en est il résulté? l'intérêt cantonal et l'intérêt particulier l'ont emporté sur l'intérêt national"⁵.

Das Feilschen, Fordern und Protestieren an der Tagsatzung schien keine Aussicht auf eine friedliche Lösung zu gewähren, und die Gefahr eines Bürgerkrieges drohte erneut⁶. Es kam soweit, daß die hälftig gespaltene Tagsatzung es den beiden Parteien überließ, in Sonderverhandlungen einen Ausgleich zu suchen. Solche Besprechungen fanden auf der eidgenössischen Kanzlei statt, und es war wiederum Mousson, der seinen vermittelnden Einfluß zur Ueberbrückung der Gegensätze geltend machen konnte. „La nature même des affaires dont j'y suis occupé, le triste spectacle des plus petites passions et des plus petits intérêts qui déchirent à l'envi notre malheureuse patrie, la conviction qui me poursuit, depuis huit mois, que la Suisse ne peut se donner une constitution elle même: tout cela m'a rendu hypocondre et fort peu communicatif“, berichtete er aus jenen Tagen⁷.

Als aber auch diese Besprechungen zu keinem befriedigenden Resultat führten, griffen wiederum die alliierten Mächte ein. Sie forderten in einer scharfen Note an die Tagsatzung die unverzügliche Vollendung des Bundesvertrages. In der Tat trieb nun die Furcht vor einer beschämenden Intervention des Auslandes die sich befehdenden Parteien zur Einigung. Mitte August wurde der Bundesvertrag von sämtlichen Abgeordneten angenommen und erhielt in den folgenden Wochen die Ratifikation der meisten Stände. Darauf erklärte die Tagsatzung am 9. September förmlich und feierlich den Entwurf des Bun-

⁵ B. A. A. E. 496, 147, Bericht Talleyrands vom 26. Juli 1814.

⁶ B. A. F. O. 74, No. 40 Canning an Castlereagh v. 25. Juli 1814: «Party spirit runs higher than ever and both sides are so publicly committed upon the main point of discussion that it is difficult to conceive any suitable mode of bringing them together.

⁷ Seigneux, Précis hist. II. S. 517 ff. Mousson an Seigneux v. 5. August 1814.

desvertrages zwischen den 19 Kantonen als Grundgesetz der schweizerischen Eidgenossenschaft. Die Verwirklichung des Vertrages ließ aber noch auf sich warten.

Von dieser Verfassung war Mousson keineswegs begeistert: „Qu'est-ce que c'est que cette confédération du 8 Septembre? rien qu'une illusion, un fantôme, un édifice bâti sur les nuages. Qu'est-ce que la Diète? Une aggrégation de votes qui ne s'accordent ni sur les principes, ni sur l'application; où des préventions de faveurs et de défaveurs, l'intérêt particulier, les vues cantonales, l'opposition des systèmes politiques, entretiennent une fluctuation, une lutte sourde, une inconséquence continue; et cela devait nécessairement être ainsi, parce qu'on a voulu conférer des états qui aspiraient à se détruire ou à s'entamer les uns les autres, faire une union sans connaître ni déterminer les partis qu'il s'agissait de réunir; Dieu lui même avait besoin d'éléments pour sa création, nous avons cru pouvoir nous en passer pour la notre; cela était plus qu'un tour de force, c'était une contradiction en logique et en politique, et cette fausse position ne permet pas que nous fassions un seul mouvement juste ou à propos“⁸. In dieser scharfen Kritik stand Mousson allerdings nicht allein: Capo d'Istria, der sich vor allem für eine glückliche Lösung der schweizerischen Verhältnisse eingesetzt hatte, beurteilte diese Verfassung ebenfalls als schlecht. Doch versprach er sich etwas von ihrer Handhabung durch tüchtige Staatsmänner⁹.

Parallel mit der Ausarbeitung des Bundesvertrages gingen aber auch die kantonalen Verfassungsarbeiten einher. Da nun der Bundesvertrag keine zwingende Bestimmung enthielt, die der Bundesbehörde das Recht des Eingriffes in die kantonalen Angelegenheiten geboten hätte, besorgten diese Beeinflussung

⁸ F. A. R. 31, Mousson an Reinhard, 5. Nov. 1814.

⁹ Van Muyden, *La Suisse sous le pacte*, I, S. 141: Capo d'Istria über den Bundesvertrag: «... je le crois mauvais, mais je pense que tout mauvais qu'il est, si vous le voulez de bonne foi, et qu'il ne soit pas simplement un papier écrit, encore marchera-t-il de vous sauver, car ce sont les hommes plus que les constitutions qui sont l'affaire importante dans le gouvernement». Usteri bezeichnete den Bundesvertrag als «ein Meisterstück einer echt elenden, abgeschmackten, den Bedürfnissen der Schweiz auf keine Weise entsprechenden Verfassung». Guggenbühl, Usteri, II, S. 140.

die Minister der alliierten Höfe um so energischer¹⁰. Ihre Einwirkung geschah, indem sie sich mit den Tagsatzungsgesandten besprachen, vertrauliche Korrespondenzen mit Parteihäuptern führten und schließlich noch offizielle Noten erließen. Dazu verlangten die Minister, daß ihnen die fertigen Entwürfe vorgelegt würden. Diese besprachen sie dann untereinander und gaben ihre schriftlichen „Bemerkungen“ heraus, die den Kantonsregierungen als Wegleitung dienen sollten. Allerdings muß betont werden, daß die fremden Diplomaten wenig Voraussetzungen mitbrachten, um sich in den verworrenen und reichlich komplizierten Verhältnissen innerhalb der Kantone zurechtzufinden, und sie waren letzten Endes stets wieder von Beratern abhängig, die dann ihrerseits den vollen eidgenössischen Einfluß geltend machen konnten. Die bedeutendsten Berater waren Mousson und Reinhard, und so waren denn die „Bemerkungen“, welche die ausländischen Diplomaten zusammenstellten, vorwiegend ihr Werk¹¹.

Für diese Tatsache gibt Schraut ein Jahr später, im Zusammenhang mit der Bewerbung um eine Auszeichnung für Mousson, den Beweis, wenn er gesteht: „Tant que nous étions occupés si péniblement de la refonte des nouvelles constitutions de la moitié des cantons, nous l'avons (Mousson) toujours, et avec fruit, associé à notre travail, et il répondit on ne peut pas mieux à notre juste attente“¹². Aber auch Usteri erwähnt in seinem Bericht über die Verfassung des Kantons Tessin Moussons und Reinhards Anteil an der Neugestaltung der kantonalen Verfassungen¹³.

Eine solche Auswirkung von Moussons aktiver Mitarbeit beim Zustandekommen der Kantonsverfassungen ergab sich beispielsweise im Falle seines Heimatkantons, der Waadt. Beim Einmarsch der alliierten Truppen hatte sich hier eine Anzahl adliger Gutsherren zu einem Verein zusammengeschlossen, der allerdings von der bernischen Herrschaft nichts mehr wissen wollte, aber auch die bisherige Regierung und Verfassung ab-

¹⁰ B. A. A. E. 496, 147, Talleyrands Bericht vom 26. Juli 1814; B. A. F. O. 74, No. 40, Canning to Castlereagh vom 16. Sept. 1814.

¹¹ Vgl. Oechsli, II. S. 175/176.

¹² B. A. H. H. St. A. II, Fz. 5, Schraut an Metternich, 6. August 1815.

¹³ Abschied 1814/15, II. Beilage T., S. 2.

lehnte. Die führenden Männer, wie Monod, Muret und Pidou, waren jedoch nicht geneigt, sich mit diesen Waadtländer Seigneurs einzulassen und ihre Wünsche zu berücksichtigen. So lehnte sich die Verfassung, die zu Beginn des Monats März 1814 vom Großen Rat vorläufig genehmigt wurde, aufs engste der Mediationsverfassung an. Mittlerweile war aber Capo d'Istria auf seiner Rückreise von Paris in Lausanne abgestiegen und hatte dort Vertreter beider Parteien empfangen. Er war geneigt, der Aristokratie etwas entgegenzukommen.

Mousson stand nun mit einem Führer der Aristokraten, H. G. de Seigneux, in brieflichem Kontakt. Ueber eine erste Beratung, die noch zur Zeit der Abwesenheit Monods in Zürich stattgefunden hatte, und zu der Mousson beigezogen worden war, berichtete er diesem: „Il existait alors déjà chez les ministres une propension bien décidée à conserver l'essentiel du travail projeté par le grand conseil du canton de Vaud et il ne pouvoit dès lors s'agir que d'améliorations. Je soutins, Monsieur, dans cette conférence notre cause, qui est celle de l'ordre, de la justice et de la modération, contre la théorie populaire des faiseurs du projet; je la soutins avec la franchise et avec le peu de moyens que la nature m'a donné: Mr. de Reinhard me seconda admirablement. Le résultat de la conférence ne fut pas tel que je l'avais souhaité, mais il présentait des améliorations très essentielles; et toujours en jetant les yeux sur ce travail dont la minute est restée en mes mains, j'y puiserai un sentiment satisfaisant pour ma conscience.“ Während nun Mousson in dieser ersten Konferenz versucht hatte, die Haltung der Diplomaten zu beeinflussen, verlief die Fortsetzung dieses Geschäftes weit ungünstiger. Denn bevor die Minister die von Mousson und Reinhard ausgeklügelten „Bemerkungen“ als ihr Werk nach Lausanne abschickten, warteten sie Monods Rückkehr ab und berieten in einer zweiten Sitzung mit diesem und seinen zwei Kollegen, Muret und Secretan. Indem Mousson von keinem Vertreter der aristokratischen Partei unterstützt werden konnte, da dieselben keine formelle Einladung von Capo d'Istria nach Zürich erhalten hatten, mußte er nun zusehen, wie die ersten kleinen Erfolge unter den Tisch gewischt wurden. „J'cus la douleur de voir les ministres aban-

donner leur premier travail. Il ne m'appartenait pas de le soutenir contre eux-mêmes, puisque c'était leur ouvrage et non le mien. Je dis mon opinion sur bien des choses, mais j'avais contre moi trois hommes très habiles dans la discussion et je n'avais ni le droit ni les moyens de me constituer en parti d'opposition contre les députés de mon pays; la chose fut extrêmement gâtée: il paraît quelle l'a été encore davantage à Lausanne. Je ne vois pas le moyen d'y remédier. Je ne cacherais pas aux ministres ce que j'en pense, ni le chagrin que j'en éprouve, mais cela ne servira de rien¹⁴.“ Doch so hoffnungslos war die Sache der Aristokraten nicht. Einige Abänderungen wurden nach dem Vorschlag von Capo d'Istria und Schraut doch in das neue Gesetz vom 4. August 1814 aufgenommen.

Während nun Moussons Einmischung im ersten Falle nicht von Erfolg gekrönt gewesen war, drang er jedoch in einem zweiten durch. Hier gestaltete sich sein Eingriff zu Gunsten einer Minderheit. Es handelte sich um die Verfassung des Wallis. Von allem Anfang an hatten sich Schwierigkeiten ergeben, weil das Oberwallis nicht vergessen konnte, daß das Unterwallis sein ehemaliges Untertanengebiet gewesen war. Daher suchte es die Verfassung so zu gestalten, daß sein Uebergewicht erhalten blieb. In vielen Beratungen konnten sich die beiden Parteien nicht einigen, und im November sodann zogen sich die Unterwalliser von allen Beratungen nach einer stürmischen Auseinandersetzung zurück. Die Oberwalliser arbeiteten darauf eine Verfassung aus. Abgeordnete beider Parteien wurden auch nach Zürich gesandt. Während nun die Oberwalliser den Tagatzungspräsidenten David von Wyß für ihre Sache zu gewinnen suchten, trat Schraut als Schiedsrichter auf. Er berief eine Konferenz beider Parteien. Mit Mousson zusammen verteidigte er die Sache der Unterwalliser, und das Resultat dieser Verhandlungen führte zu einer Lösung, die von beiden Parteien akzeptiert wurde¹⁵.

¹⁴ Seigneux, Précis hist. II. S. 517 ff. Mousson an Seigneux, 5. Aug. 1814; vgl. auch Oechsli, II. S. 210—213.

¹⁵ Oggier, Wallis in den Jahren 1814/15, S. 207: Bericht der Oberwalliser: «Zugegen waren noch Addington, Krüdener, v. Wyß und Mousson. Die auf dem «Sturm-Landrat» entworfene Verfassung wurde Artikel

2. Die Festigung des neuen Staatswesens

Die zweite Phase der Langen Tagsatzung begann im Herbst 1814 und dauerte bis ins Frühjahr 1815; sie umfaßt die Zeit, da der Schwerpunkt der Entscheidungen über die schweizerischen Angelegenheiten nach Wien verlegt worden war, bis zur abschließenden Erklärung der Mächte vom 20. März 1815. Daran läßt sich ein dritter Teil anreihen, der von jenem denkwürdigen Ereignis, der Rückkehr Napoleons, an gerechnet werden kann und mit der Beschwörung des Bundesvertrages am 7. August 1815 endete.

Der Tagsatzung war es bekanntlich nicht gelungen, die territorialen Fragen zu lösen, und nach der Uebereinkunft vom 16. August waren die Gebietsansprüche an den Wienerkongreß gewiesen worden. Die dreiköpfige Gesandtschaft, die die Tagsatzung unter Reinhards Führung nach Wien sandte, sollte dem Kongreß nicht nur die Bundesverfassung vorlegen, sondern gleichzeitig die Anerkennung der Schweiz als unabhängiger und neutraler Staat durch den Kongreß verlangen. Neben dieser offiziellen Gesandtschaft erschienen in Wien noch eine Reihe von Sonderabgeordneten, die die Ansprüche der verschiedenen Kantone vertraten. Die Schweiz war am Kongreß nicht teilnahmeberechtigt. Sie durfte nur erscheinen, um den Entscheid über ihr Geschick entgegenzunehmen.

Diese Stitution stimmte Mousson nachdenklich: „Accablé de travail et de ce travail qui ne laisse aucune satisfaction, mélancolique, profondément affligé, et tout aussi honteux de la situation de notre pays, je voudrais éviter tous les regards et toutes les conversations“, schrieb er an Reinhard. „Je vois se réaliser pleinement, ce que j'avais prévu, il y a dix mois; personne ne me croyait alors, mais aujourd'hui il n'y a presque plus d'incrédulés¹⁶.“ Damit tönte Mousson das Unvermögen des Bundes an, der nicht alle Fragen hatte lösen können.

um Artikel durchgesehen und ausgemustert. Jedoch waren alle Bemerkungen darüber schon zum voraus bereitet und die Herren Unterwalliser hatten dabei weiter keine Mühe, als ihren Beifall durch ehrfurchtsvolle Verbeugung an den Tag zu legen, Herr Schraut und Mousson waren ihre Redner»; Oechsli, II. S. 241/42.

¹⁶ F. A. R. 31, Mousson an Reinhard, 5. November 1814.

Unterdessen hatte sich aber in Wien unter Capo d'Istrias führender Leitung ein Ausschuß für schweizerische Angelegenheiten gebildet, und Mousson beteuerte gegenüber Reinhard erneut die Bedeutung, die eine baldige Regelung der Grenzfragen für die ganze Eidgenossenschaft bringen konnte. „Tous les regards sont tournés vers Vienne; vers V. E., ceux des personnes, qui désirent le bien de la patrie sans aucune prévention ni passion particulière. Dieu veuille que nous ayons bientôt la détermination sur les questions territoriales¹⁷.“ In einer der ersten Sitzungen anerkannte denn der Ausschuß auch den Grundsatz der Integrität der 19 Kantone und bestimmte, daß über Berns Entschädigungen noch beschlossen werden sollte. Darüber hegte Mousson Bedenken, die er Reinhard umgehend mitteilte. Er glaubte nämlich, daß es einer Versöhnung und einer glücklichen Lösung für die Schweiz eher förderlich gewesen wäre, Bern einige territoriale Konzessionen zu machen. „Si l'on admet pour base l'intégrité absolue des dix neuf cantons je ne crois point à une bonne conciliation des différends de la Suisse. Il me semble que l'on aurait pu donner à Berne une satisfaction d'amour propre, au moyen d'une cession peu considérable sur l'Argovie, et prendre l'indemnité essentielle dans les contrées disponibles vers le Jura. Sans doute que les prétentions de Berne sont trop exagérées, pour qu'il soit possible d'en accorder même la moitié; mais en retrachant le tout, on donne au gouvernement d'Argovie des avantages nuisibles peut être au système de pacification de notre patrie.“ Mit Mißtrauen betrachtete er das Vorgehen einzelner Kantone: „Dans le canton de Vaud on vient de faire des élections pour le grand conseil, ou les intrigues pratiquées depuis 1798 ont soutenu l'esprit révolutionnaire et amené les mêmes choix exclusifs, qui ont donner à ce gouvernement une couleur et une tendance si fâcheuse. Je ne parle pas du Tessin, ni de Saint-Gall, ni de Thurgovie, tous sont malades du même mal, et je vois les démocraties en masse ou représentatives menacer d'envahir à pas de géant, un terrain bien mal défendu par les exagérations de l'autre système. Au milieu de cette tendance vers le désordre

¹⁷ Ebenda. Mousson an Reinhard, 11. Dezember 1814.

ceux qui dans la crise actuelle ont aussi à tenir un juste milieu, seront-ils en forces pour s'y maintenir?"¹⁸. Seine Hauptklage galt allerdings der Ohnmacht der Schweiz, dem fremden Einfluß völlig ausgeliefert zu sein: „Nous avons en poche de fort belles déclarations, mais obtiendrons-nous autre chose? on dit que nous ne l'avons pas mérité, mais de qui en dernière analyse nous vient essentiellement notre mal? Ah! qu'un pays est à plaindre, lorsqu'il admet l'influence étrangère comme remède à sa faiblesse et à sa désunion; et que nous éprouvons bien que la plus mauvaise constitution est celle où l'intérêt de ville et de canton va avant tout, où les temps difficiles ne sont comptés pour rien, où la prévoyance, la force d'action, le salut public en un mot, se trouvent sacrifiés aux considérations particulières les plus misérables!"¹⁹.

In der Schweiz brachte dann das Ende des Jahres 1814 für die Leitung der Bundesangelegenheiten insofern eine Wendung, als Bürgermeister Hans Konrad von Escher, der anstelle des in Wien weilenden Reinhard amte, plötzlich verschied²⁰. Zum neuen Bürgermeister wurde David von Wyß gewählt. Dieser trat das verantwortungsvolle Amt als Tagsatzungspräsident in einem Augenblick an, in welchem die Aussichten auf eine baldige Regelung der eidgenössischen Sache nicht günstig standen. Denn nachdem der Ausschuß seine Arbeit Mitte Dezember zu Ende geführt hatte, und es nur noch auf die Haltung der Mächte ankam, trat eine Verzögerung ein, die durch Metternich hervorgerufen wurde. Erst die Nachricht von Napoleons Fortschritten zwang die Mächte zu rascher Einigung und bewirkte auch den Abschluß des Schweizergeschäftes. In einer Deklaration vom 20. März 1815 erhielt die Eidgenossenschaft das Versprechen, daß ihr eine Urkunde der Anerkennung ihrer Neutralität ausgehändigt werde; sodann anerkannten die Mächte die Integrität der 19, wie der drei neu hinzugekommenen Kantone. Gleichzeitig drückten sie den Wunsch aus, daß alle Kantone unverzüglich dem Bundesvertrag beitreten sollten. Diesem Entscheid konnten die Kantone allerdings nicht viel

¹⁸ Ebenda. Mousson an Reinhard, 17. Dezember 1814.

¹⁹ Ebenda. Mousson an Reinhard, 17. Dezember 1814.

²⁰ Ebenda. Mousson an Reinhard, 11. Dezember 1814.

Sympathie entgegenbringen. Dafür hatten die Parteien das Gefühl, daß keine über die andere triumphierte, indem es weder Sieger noch Besiegte gab.

Mit der Bundesbeschwörung sollte es aber noch seine gute Weile haben. Denn die Schweiz wurde vorerst in die kriegerische Auseinandersetzung gegen Napoleon an der Seite der Alliierten miteinbezogen. Daher kam es erst am 7. August 1815 im Grossmünster in Zürich zur feierlichen Bundesbeschwörung. Während von Wyß in seiner Rede endlich den Tag, der den glücklichen Schluß langer Wirren und die Rettung aus drohenden Gefahren brachte, preisen konnte, verlas Mousson die neue Bundesverfassung.

Dann löste sich die Lange Tagsatzung auf. Vorher hatte sie aber dem Vorort Zürich noch umfassende Vollmachten und Instruktionen für die Weiterführung der eidgenössischen Angelegenheiten erteilt. Unter anderem bestimmte sie eine diplomatische Kommission, die unter dem Präsidium von Bürgermeister David von Wyß die noch unerfüllten Wünsche über Gebietsabrundungen abzuklären hatte. Dieselbe betraute ihrerseits den Genfer Pictet de Rochemont mit der Aufgabe, die Interessen des Landes bei den in Paris stattfindenden Friedensverhandlungen zu wahren. Pictet de Rochemont sollte gemäß der von der Kommission aufgestellten Instruktionspunkte nicht nur die Ausfertigung der in Wien versprochenen Neutralitätsurkunde erreichen, sondern auch für eine Verbesserung der schweizerischen Grenzlinien sorgen.

Einmal mehr kommt aber auch in diesem Zusammenhang Moussons Bedeutung zum Ausdruck. Während nämlich Pictet de Rochemont vor seiner Abreise in Zürich Besprechungen mit Bürgermeister von Wyß und Mitgliedern des vorörtlichen Staatsrates führte, deutete er in seinen Briefen mehrmals auf Moussons Einfluß hin. So am 13. August: „Je n'ai pas pu joindre le chancelier Mousson, qui est très influent“²¹. Da Pictet neben den eidgenössischen auch noch genferische Instruktionen erhalten hatte, befürchteten einige Zürcher Magistraten, Pictet könnte die genferischen Wünsche allzu sehr vor die eidgenössi-

²¹ Cramer, Corresp. de Pictet de R. II S. 41, Pictet an Turrettini, 13. August 1815.

schen Interessen stellen. Mousson jedoch schenkte ihm volles Vertrauen, da er die außerordentliche Bedeutung dieses Mannes sogleich erkannt hatte. So konnte denn Pictet berichten: „Enfin ce soir j'ai causé avec le chancelier Mousson, qui a beaucoup d'influence et m'a confirmé que j'avais levé tous les doutes et que mes instructions s'en ressentiraient“²².

Pictets Bemühungen um Aufnahme einer bestimmten Erklärung über die schweizerische Neutralität waren von Erfolg gekrönt: Am 20. November 1815 wurde das einschlägige — im wesentlichen von ihm selber verfaßte — Schriftstück ausgestellt²³. Die endgültige Regelung der territorialen Fragen erfolgte jedoch erst im März des folgenden Jahres. Auch hier führte Pictet die Verhandlungen im Namen der Eidgenossenschaft. Zur Einholung genauer Instruktionen weilte er in Zürich und traf mit Mousson zusammen. „Ce soir, à la sortie du conseil, je viens d'avoir Mr. Mousson une heure. Je lui avais faite une visite en blanc, ainsi qu'à MM. Reinhard et Finsler . . . Nous avons dévisé à fond avec Mr. Mousson, cartes et pièces en mains. Il (Mousson) est de ces hommes pour lesquels les paroles logiques ne sont point perdues . . . Mr. Mousson m'a répété à plusieurs reprises qu'il était fort heureux que j'eusse pris le parti de venir; qu'en particulier les explications sur les objets militaires ne pouvaient avoir d'effet qu'avec la carte sous les yeux“²⁴.

Während der Verhandlungen Pictets in Paris traten in der Schweiz mancherlei Nachwirkungen der außerordentlichen Ereignisse des Jahres 1815 ein. Wie früher Frankreich, versuchte sich nun Oesterreich mit Orden, Adelstiteln und Tabakdosen die maßgebenden Magistrate gefügig zu machen. Zu diesem Zwecke wurde vom österreichischen Oberst Steigentesch ein Verzeichnis der in Frage kommenden Personen ausgefertigt. Auf dieser Liste figurierte neben von Wyß, General Bachmann, Finsler, Wattenwyl und Oberst Gatschet auch der Kanzler der Eidgenossenschaft mit der folgenden charakteristischen Begründung: „Er (Mousson) bekleidet diese Stelle immer,

²² Ebenda, II, S. 43, Pictet an Turrettini, 14. August 1815.

²³ Vgl. Oechsli, II, S. 381.

²⁴ Ebenda, II, S. 295—297, Pictet an Turrettini, 23. Dez. 1815.

während die Präsidenten mit jedem Jahre wechseln. Er ist der einzige, der durch seine Talente und seine Tätigkeit einen immerwährenden Einfluß in seinem Vaterlande erhalten hat. Ein Kommandeur-Kreuz würde auf diesen Einfluß entscheidend wirken“²⁵. Aber auch Schraut hatte schon zu Beginn des August in einem ausführlichen Bericht Metternich über die Notwendigkeit einer Auszeichnung Moussons orientiert: „Je ne crois pas sortir de l'intention de Votre Altesse, si j'ose lui parler ici du Chancelier de la Confédération, Mr. Mousson. Mr. Mousson est proprement le Secrétaire d'Etat de la diète générale, tenant ses registres et rédigeant les résolutions, lettres, notes aux ministres étrangers, et généralement toutes les expéditions marquées au coin de l'autorité fédérale, les contresignant sans exception; et quoi qu'à titre d'office il n'ait ni voix délibérative, ni voix consultative, le Président, d'après la confiance qu'il a dans ses lumières et ses talents vraiment distingués, non seulement l'admit à toutes nos conférences mais demanda constamment son avis sur chaque point de la négociation qui présente quelque diversité d'idées dans le fond et dans la forme. Nous aussi, Monseigneur, tant que nous étions occupés si péniblement de la refonte des nouvelles constitutions de la moitié des cantons, nous l'avons toujours et avec fruit associé à notre travail, et il répondit on ne peut pas mieux à notre juste attente. C'est sous ce double point de vue, et parceque nous, les ministres étrangers, nous trouvons toujours en contact d'affaires avec lui . . . que je prierais Votre Altesse de vouloir bien diriger un rayon de la munificence souveraine sur le Chancelier Mr. Mousson est fort à son aise, je dirais presque riche, comparé aux fortunes de ce pays; une somme d'argent ne le flaterait pas, j'en suis sûr; elle l'humilierait au contraire; j'oserais donc désirer pour lui une boîte avec les chiffres de Sa Majesté, de la valeur d'à peu près mille ducats“²⁶. Dieses Geschenk sollte Mousson denn auch anfangs Dezember zugehen²⁷. Unterdessen aber war er mit dem zweithöchsten Zivilorden, den Oesterreich

²⁵ Hilty, Polit. Jahrbuch, 1888, S. 717 ff.

²⁶ B. A. H. H. St. A. II, Fz. 5, Schraut an Metternich, 6. Aug. 1815.

²⁷ F. A. M. 101.1 Schraut an Mousson vom 7. Dezember 1815; vgl. auch B. A. H. H. St. A. II, Fz. 5 Schraut an Metternich, 27. Dez. 1815.

erteilen konnte — dem Komturkreuz des ungarischen St. Stephansordens — ausgezeichnet worden. Diesen Orden begleitete ein persönliches Schreiben von Metternich²⁸.

Niemand täuschte sich jedoch über diese zweckverbundenen Absichten Oesterreichs. Mousson nahm daher vorsichtigerweise diese Auszeichnung erst nach Befragung der 22 Stände an²⁹.

²⁸ F. A. M. 101.1, Metternich an Mousson, 1. September 1815.

²⁹ F. A. M. 101.1, Anfrage Moussons an die Stände.

V. TEIL

Die Zeit der Restauration 1815-1830

A. Unter dem Bundesvertrag

Die neue Ordnung, die volle 33 Jahre in Kraft bleiben sollte, stellte gegenüber derjenigen der Mediationszeit einen gewissen Rückschritt dar. Die Zentralgewalt war schwächer ausgestaltet, während auf der andern Seite die Macht der selbstbewußten Kantone gestiegen war. Der Bundesvertrag zeichnete sich aber gegenüber der Mediationsakte dadurch aus, daß er, obschon unter dem Einfluß der alliierten Mächte entstanden, das erste Grundgesetz darstellte, das sich die Schweiz selbst gegeben hat. In die Führung der Bundesangelegenheiten hatten sich nunmehr die drei Vororte Zürich, Bern und Luzern, in zweijährigem Turnus zu teilen. Der jeweilige Amtsbürgermeister oder Amtsschultheiß präsiidierte die Tagsatzung und erledigte mit einer besonderen Behörde — in Zürich und Luzern war es der Staatsrat, in Bern der Geheime Rat — die vorörtlichen Geschäfte. Auch hierin zeigte sich die Schwächung der Bundesgewalt, indem die Stellung des vorörtlichen Regierungshauptes keineswegs derjenigen des Landammanns der Mediation gleichkam. Seine Machtbefugnis war wesentlich geringer und seine Aufgaben mehr administrativer und repräsentativer Art. Wichtige Entscheide lagen einzig beim vorörtlichen Staatsrat. So sollte denn auch die Vereinigung der Vororte ersetzen, was in der Gestaltung der Zentralregierung nach der Verfassung mangelhaft war.

In diesem lockeren Staatenbunde gab es aber eine Institution, die als das stabile Element in dem steten Wechsel der Vororte angesehen werden konnte: die eidgenössische Kanzlei. Der schwer zu überblickende Gang der Geschäfte war einzig dem Kanzler und dem Staatsschreiber der Eidgenossenschaft

B. Der Druck der Kongressmächte 1816-1825

Der am Wienerkongreß beschlossenen Unabhängigkeit der Schweiz folgten 1816 die schriftlichen Bestätigungen der europäischen Märkte. Damit war der fremde Einfluß auf die inneren Angelegenheiten von einem nur französischen in einen allgemein europäischen übergegangen. Von wirklicher Unabhängigkeit konnte darum nicht die Rede sein, weil die Schweiz als Zufluchtsort für ausländische Politiker einer dauernden Kontrolle unterstellt war. Vor allem leiteten die Mächte ihr Recht auch aus der zu Beginn des Jahres 1817 erfolgten Zustimmung der Eidgenossenschaft zu den Grundsätzen der Heiligen Allianz ab. Denn die Tagsatzung hatte dazu unter dem Druck des Gewichtes, das eine Einladung von seiten ihrer mächtigen Protektoren für sie bestimmen mußte, ihren Beitritt erklärt. Diesen Akt begleitete Preußen mit der Auszeichnung der Häupter des Vorortes. So erhielt neben den Schultheißen Wattenwyl und Mülinen auch Mousson einen preußischen Orden. Den beiden ersteren wurde der rote Adlerorden, Mousson der rote Adlerorden 2. Klasse verliehen. Diese Auszeichnung nahm Mousson, wie schon zwei Jahre früher, erst an, als er die Erlaubnis der 22 Stände dazu erhalten hatte⁷.

Wohl knüpften sich zunächst keine praktischen Folgen an diese Zustimmung. Mit der Zeit jedoch stellte sich heraus, daß die Monarchen der Heiligen Allianz im Verkehr mit eigenen und fremden Völkern nicht jene Grundsätze der christlichen Liebe befolgten, und so fanden sich die kleineren Vertragspart-

⁷ Vgl. F. A. M. 101.1. Anfrage Moussons an die Stände; F. A. M. 101.1 und St. A. Zürich, L. 69, 2, Gruner an Mousson vom 21. Mai 1817; Pieth, Gruners Mission, S. 119.

ner bald in ein Interessensystem der Großmächte verwickelt. In Kongressen suchten sich die Mächte über die Mittel zu verständigen, um Revolutionen und Aufruhr vorzubeugen.

Diese Kongreßbeschlüsse führten dazu, daß sich zahlreiche Ausländer, vor allem Deutsche und Italiener, in die Schweiz flüchteten. Die Mächte verfolgten aber die Flüchtlinge auch über die Landesgrenzen hinaus und bedienten sich neben den Berichten ihrer Gesandten auch der zweifelhaften Informationen geheimer Spione und bezahlter Agents provocateurs. Während nun der Vorort des Jahres 1821 einem solcher Spitzel gegenüber noch Widerstand aufbrachte, traf der Schlag, den die Mächte zwei Jahre später führten, umso empfindlicher⁸. Erneut versammelten sich die Vertreter der Großmächte im Oktober des Jahres 1822 in Verona zu einer Besprechung der europäischen Angelegenheiten. Die Schweiz wurde insofern in Mitleidenschaft gezogen, als der sardinische Bevollmächtigte sich über die Duldung politischer Flüchtlinge in der Eidgenossenschaft beschwerte. Unterdessen hatten auch die entstellten Berichte der Polizeispione über das Treiben der Flüchtlinge das ihre getan, um die Mächte zu entscheidenden Interventionen zu bewegen.

Metternich ergriff die Initiative und sandte Schraut eine Depesche mit umfangreichen Beilagen, die darin gipfelte, daß die Schweiz ihr Recht auf Neutralität verlieren würde, wenn sie fortfahre, verbrecherische Gesellschaften zu dulden⁹. Den Inhalt dieser Depesche eröffnete Schraut sogleich dem Tagsatzungspräsidenten. Obwohl sich diese Anschuldigungen als stark übertrieben und oft als falsch erwiesen, glaubte Wattenwyl, mit kräftigen Schritten nicht mehr zögern zu dürfen. Eine Folge dieses Druckes auf die Schweiz war das alle Kantone bindende Preß- und Fremdenkonkklusum der Tagsatzung von 1823.

Moussons Stellungnahme zu diesem Problem wird aus den Berichten der Gesandten ersichtlich. Nachdem nämlich Schraut die Depesche Metternichs Wattenwyl vorgetragen, eine Ab-

⁸ Vgl. Oechli, II. S. 652—655.

⁹ Ebenda, II. S. 839, Abdruck der Depesche Metternichs an Schraut über die Flüchtlingsumtriebe in der Schweiz vom 5. März 1823.

schrift davon aber verweigert hatte, hoffte er, daß Mousson, den er „la meilleure tête à peu près, que jusqu'à présent je connaisse en Suisse“ bezeichnete, mit ihm Fühlung nehme, bevor er diese Neuigkeit im Zirkular den Kantonen melde. In der Tat suchte ihn Mousson einige Tage später unter dem Vorwand auf, genauere Angaben zu erhalten, in Wirklichkeit aber, um Schraut nochmals über den Hauptpunkt zu befragen und um zu erfahren, ob die Gefahr einer Intervention so drohend sei. Schraut gab Mousson die Depesche aus dem folgenden Grund zur Lektüre: „Je ne dois pas passer ici sous silence, que l'opinion de ce chef de la chancellerie fédérale n'est pas d'un petit poids dans les délibérations de cette espèce“. Der Einblick in diese Meldung schien Mousson vom Ernst der Lage überzeugt zu haben: „L'effet (de la lecture) en fut entier. S'il était comme j'ai lieu de la croire, venu chez moi, prévenu de l'idée que l'Avoyer était trop frappé de ce qu'il avait entendu ou cru avoir entendu de moi, certes, Monseigneur, elle le quitta à mesure que j'avais dans la lecture; la dernière page surtout le pénétra, au point qu'il n'y eût plus ni de si, ni de mais“¹⁰.

Einen zweiten Hinweis gibt der französische Gesandte. Hatte nämlich die Schweiz geglaubt, durch das Preß- und Fremdenkonklusum Ruhe zu bekommen, so täuschte sie sich. Denn nach der Auflösung der Tagsatzung erging ein wahrer Notensturm der Minister über den Vorort. Kategorisch wurde die Ausweisung der Flüchtlinge verlangt und lange Listen vorgelegt. Zur Erschwerung der Lage der Schweiz hatte auch noch der Wechsel der diplomatischen Vertretung Frankreichs beigetragen. Talleyrand, der seit 15 Jahren diesen Posten bekleidet hatte, war abberufen worden. An seine Stelle kam Ende Mai 1823 Moustier, ein ränkesüchtiger, reaktionärer Diplomat und Intrigant. Nach sorgfältiger Einziehung von Erkundigungen bemühte sich der Vorort um eine befriedigende Antwort auf die Noten der Gesandten. Diese Antwort des Vorortes, schrieb Moustier nach Paris, „gebe sich sehr mit Unrecht als Ausdruck der Gefühle der ganzen Schweiz, in Wahrheit sei sie nur die Frucht Wattenwyls, Fischers, des Kanzlers Mousson und viel-

¹⁰ B. A. H. H. St. A. I, Fz. 252, Schraut an Metternich, 4. April 1823.

leicht der Advokaten Schnell und Koch, der gewöhnlichen Ratgeber der Fraktion, die heute in Bern regiere . . .“¹¹.

Die Schwäche der Eidgenossenschaft zeigte sich aber nicht nur auf dem politischen, sondern auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Während die Schweiz bereitwillig fremde Waren aufnahm, mußte sie erfahren, daß die andern Länder, voran Frankreich, mit hohen Zöllen die schweizerische Einfuhr zu sperren begannen. Dieser wachsenden ökonomischen Not versuchte man durch eine eidgenössische Zollpolitik zu steuern. Allein dem vor allem gegen Frankreich gerichteten Retorsionskonkordat des Jahres 1822 war kein Erfolg beschieden. Als das Konkordat bei seiner Inkraftsetzung Schwierigkeiten begegnete, äußerte sich Mousson resigniert: „Es ist ein für das Vaterland höchst unglückliches Geschäft; auf beiden Seiten, wo nicht Unrecht, doch wenigstens Täuschung, Untertreibung und Leidenschaft; wie die Sachen aber stehen, muß jeder unbefangene die Annahme des Konkordates lebhaft wünschen“¹².

¹¹ Oechsli, Gesandtschaft Moustiers, S. 21.

¹² K. Luzern, Mousson an Amrhyn, 9. Oktober 1822.

C. Die Gründung der protestantischen Kirche in Luzern 1826/27

Gelangte Mousson in seinem Amt kaum an die Oeffentlichkeit, so machte er im Jahre 1826 eine Ausnahme. Während des Aufenthaltes der eidgenössischen Kanzlei in Luzern, setzte er sich für eine Sache ein, die in der ganzen Eidgenossenschaft Aufsehen erregte. Indem er nämlich im Verein mit Luzerner Protestanten dem Kleinen Rat von Luzern eine Bittschrift um Gewährung und Ausübung des protestantischen Gottesdienstes einreichte und auch später sich unermüdlich für dieses Werk einsetzte, kann er als der eigentliche geistige Urheber dieser ersten protestantischen Diaspora-Gemeinde angesprochen werden.

Im Begleitschreiben zu dieser Bittschrift drückte Mousson einerseits als Hausvater den Wunsch aus, daß seinen „Glaubensgenossen die Ausübung des Gottesdienstes ihrer Kirche gestattet und die für sich und ihre Kinder bedürfende religiöse Belehrung zugänglich gemacht werden möchte“, andererseits unterstützte er diesen Schritt als Vorsteher der eidgenössischen Kanzlei, die zur Hälfte aus „Individuen von reformierter Konfession bestehen soll“¹⁴.

In überraschender Weise erfuhr diese Bittschrift eine günstige Aufnahme. Denn bereits am 2. August faßte der Kleine Rat mit 17 Ja gegen 5 Nein und einer Stimmenthaltung einen Beschluß, wonach den Protestanten die Ausübung ihres Kultus gestattet wurde¹⁵. In der Folge gelangten nun die Familienväter an die evangelischen Stände, mit der Bitte, ihre Sache zu un-

¹³ Vgl. zu diesem Kapitel F. Heer, Die protestantische Gemeinde Luzern 1826—1926.

¹⁴ F. A. M. 102.1, Moussons Begleitschreiben ist in der Antwort des Kleinen Rates vom 2. August 1826 angeführt.

¹⁵ F. A. M. 102.1. Beschluß des Kleinen Rates v. Luzern.

terstützen. Auch dieses Mal begleitete Mousson das Gesuch durch ein persönliches Schreiben, in welchem er sich wie folgt ausdrückte: „Comme chef de la chancellerie fédérale où se trouveront toujours selon l'esprit de notre constitution, des employés de la communion réformée, je crois remplir un devoir sacré en priant les hauts Etats évangéliques de vouloir bien prendre en considération les besoins religieux du chancelier fédéral, ceux de son successeur ou de son collègue, ceux enfin de leurs collaborateurs, ainsi que de leurs familles. Déjà durant cinq ans de séjour à Lucerne où nous appellaients les devoirs de nos places, nous avons ressenti avec douleur la privation du culte de notre religion, bienfait dont nos collègues de la religion catholique ont au contraire toujours joui à Zurich et Berne“. Die Angelegenheit interessierte den Kanzler in so hohem Maße, daß er seine im Amt geübte Zurückhaltung aufgab und die persönliche Äußerung wagte: „Et si j'ajoute, qu'auprès tant d'obligations contractées envers les hauts Etats confédérés durant vingt trois ans, l'accueil favorable qu'il daigneraient faire à ma présente requête serait à mes yeux un des témoignages les plus flatteuses de leurs bienveillance, dont mon coeur reconnaissant garderait un éternel souvenir“¹⁶.

Diese Bitten blieben nicht unerhört. Am 12. August traten die evangelischen und paritätischen Stände zusammen und anerkannten den toleranten Beschluß der Luzerner Regierung¹⁷. Sie versprachen Unterstützung, und die Städte Zürich und Bern wurden beauftragt, für die Organisation der Gemeinde besorgt zu sein. Bedeutung erhielt diese Angelegenheit dadurch, daß der preußische Gesandte Otterstedt der Gründung der Kirche ein großes Interesse entgegenbrachte. Mousson, der dem Gesandten für die lebhaftete Teilnahme dankte und ihm gleichzeitig einige, die Gründung der protestantischen Kirche betreffende Aktenstücke sandte, pries den König von Preußen als den „erhabenen Monarchen, als den mächtigen Beschützer christlicher

¹⁶ Ebenda. Mousson an die Evangelischen Stände, 7. August 1826.

¹⁷ Ebenda. Schlußansichten und Anträge der Konferenz zwischen den Gesandten der Stände Zürich, Bern, Glarus, ev. Religion, Basel, Schaffhausen, Appenzell A. Rh., St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Waadt, Neuenburg, Genf v. 12. August 1826.

Glaubensfreiheit“¹⁸. In der Tat schenkte der König von Preußen der Gemeinde einen Abendmahlskelch und ließ ihr eine jährliche Geldspende zukommen¹⁹.

Unterdessen aber hatte die katholische Reaktion nicht auf sich warten lassen. Die Dekane mit dem Generalprovikar Salzmann an ihrer Spitze erhoben gegen den Entscheid des Kleinen Rates Einspruch und bestritten dem Kleinen Rat die Kompetenz, die Erlaubnis zur Ausübung des protestantischen Gottesdienstes zu erteilen. Die ganze Angelegenheit sollte deshalb Ende Dezember 1826 nochmals vor dem Kleinen und dem Großen Rat behandelt werden. Ueber diese katholische Gegenschrift urteilte Mousson wie folgt: „J’ai lu ces pièces, et il m’est démontré que le clergé catholique de ce canton a réellement une frayeur extrême de la présence d’une église réformée et certes je la conçois cette frayeur, si les adresses dont il s’agit doivent être envisagées comme l’expression fidèle des sentiments, des principes, de l’instruction, des lumières des prêtres Lucernois. Une lettre rhapsodie, non seulement comme chef d’oeuvre de fanatisme et d’intolérance, mais encore sous le rapport des pensées et du style méritait en vérité de datus du 14^e siècle; j’en ai été confondu, jamais il ne m’eût été possible de me faire une idée de quelque chose de pareil.“ Gleichwohl äußerte Mousson seine Bedenken vor den Folgen, die diese Schrift haben konnte²⁰.

In den Verhandlungen Ende Dezember entschied der Rat jedoch zugunsten der Protestanten. Nunmehr stand auch der Wahl eines protestantischen Pfarrers nichts mehr im Wege. Sie erfolgte zu Beginn des neuen Jahres und fiel auf den Berner Karl Rickli²¹.

Mousson unternahm es, dem neuen Pfarrer aus seiner Erfahrung heraus Ratschläge zu erteilen. „Das Volk des Kantons Luzern ist überhaupt ein gutmütiges, und wahrlich nichts

¹⁸ Ebenda. Mousson an Otterstedt, 20. August 1826; vgl. auch Pieth, preuß. Gesandtschaftsberichte, Diss. S. 63/64.

¹⁹ F. A. M. 102.1. Vgl. die verschiedenen Schreiben Moussons an Otterstedt, 1826/27.

²⁰ F. A. D. v. Wyß, VI, 106 Mousson an Wyß, 4. und 8. November 1826; F. A. M. 601, Mousson an Heinrich vom 28. Dezember 1826.

²¹ F. A. D. v. Wyß, VI, 106 Mousson an Wyß, 1. Dezember 1826.

weniger als fanatisches Volk. Die Hauptschwierigkeit rührte eigentlich von einer Kompetenzfrage her, und fremde Einwirkungen waren auch nicht ausgeblieben. Jetzt aber hat sich alles zum guten Ziel gelegt. In der Stadt selbst war die öffentliche Meinung immer entschieden günstig.“ Dann empfahl er ihm besonders den Umgang mit dem Stadtpfarrer. „Ein Umstand aber, den ich besonders für wichtig ansehe, ist die Gewißheit, daß Sie mit dem würdigen Stadtpfarrer, nunmehrigem Chorherrn Waldis, in den erwünschten Verhältnissen stehen werden. Durch Herz und Sinn, durch den Sinn wahrer christlicher Toleranz Ihnen verwandt, setzt Herr Waldis einen großen Wert darauf, Ihr Freund zu werden²².“ Aus den Dankesworten Ricklis an Mousson geht einmal mehr hervor, welchen Anteil Mousson an der ganzen Sache hatte: „Empfangen Sie meinen wärmsten Dank für jedes Wort, für jeden Wink der Liebe, die mich aus Ihrer geschätzten Zuschrift so innig anspricht“, antwortete Rickli. „Wie sehr muß ich es bedauern, daß ich Sie nicht gleich zum Anfang meiner neuen Wirksamkeit als Ratgeber und Führer zur Seite finde; doch getröste ich mich auch so Ihrer geistigen Nähe und Ihr Brief ist mir ein unschätzbares Pfand dieser Hoffnung²³.“

Nachdem alle Hindernisse aus dem Wege geschafft worden waren, konnte die Einweihungsfeier endlich stattfinden. Sie fiel auf den Ostertag, den 15. April 1827, wobei auch Mousson sowie Vertreter der Stände Zürich und Bern zugegen waren²⁴.

²² F. A. M. 102.1, Mousson an Rickli, 16. Januar 1827.

²³ Ebenda. Rickli an Mousson, 24. Januar 1827.

²⁴ Ebenda. Vgl. auch Pieth, preuß. Gesandtschaftsberichte, S. 64, Otterstedts Bericht über die Einweihung der Kirche.

D. Liberale Strömungen 1826-1830

1. Der Kellerprozeß

Zur Zeit, da sich in Luzern die Geschichte der Entstehung der protestantischen Kirche abgewickelt hatte, wurde die Stadt Schauplatz einer Affäre, die das konservative Aristokratenregiment diskreditierte und damit der liberalen Oppositionspartei vermehrte Anhängerschaft schuf. Es handelt sich um den Sensationsprozeß, der den im Jahre 1816 erfolgten Tod des Luzerner Schultheißen Franz Xaver Keller aufklären sollte. In einem unhaltbaren Gerichtsverfahren wurden die Regierungsmitglieder Karl Rudolf Corragioni und Eduard Pfyffer von Heidegg als Anstifter bezeichnet. Dieser Prozeß besaß stark politischen Einschlag und trug wesentlich zur Spaltung des Luzerner Patriziates und damit zum Durchbruch liberaler Strömungen bei.

Aus Moussons Berichten an seine Zürcherfreunde erfahren wir seine Einstellung zu dieser Affäre. Schon zu Beginn der Verhandlungen im Herbst des Jahres 1825 drängten er und Schultheiß Amrhyn darauf, daß die beiden Vororte Zürich und Bern Vertrauensmänner nach Luzern senden sollten²⁵. Allein die Verhandlungen komplizierten sich immer mehr, und durch die Flucht eines der verhafteten Regierungsmitglieder, Pfyffers, entstanden neue Verwicklungen. Je länger die Unterhandlungen in Luzern geführt wurden, desto unhaltbarer wurde die ganze Sache²⁶. Ende November fiel insofern ein Entscheid, als die Fortsetzung der Untersuchung nach Zürich verlegt wurde, ein Entschluß, den Mousson schon früh als den einzig

²⁵ F. A. R. 102. Mousson an Reinhard, 2. Oktober 1825.

²⁶ Ebenda. Mousson an Reinhard, 17. Oktober 1825.

richtigen Ausweg vertreten hatte. „Ce n'est pas ici au milieu de préventions, d'intrigues, de séductions et de passions de tout genre, que l'on pourra réussir à voir parfaitement clair dans cet horrible mystère. Ce n'est pas ici qu'on peut trouver la sûreté, la régularité dans la marche, la fermeté et l'impartialité, qui seules conduiraient à des résultats certains. Tout ce qui devrait rester secret, se sait; tous les agents inférieurs de la police sont livrés à la plus affreuse corruption; les prisons mêmes ne présentent aucune sûreté; les influences les plus irrégulières continuent; personne ne l'ignore, mais on n'y porte aucun remède; car à qui s'adresser, sur qui compter? Les fonctionnaires supérieurs sont bien loin d'être eux mêmes à l'abri du soupçon. J'ai l'intime persuasion qu'il n'y a aucune issue, honorable ou satisfaisante, à l'attente de cette procédure, si on la poursuit à Lucerne²⁷.“

Bei der Weiterführung des Prozesses in Zürich stellte sich jedoch die Unhaltbarkeit der Anschuldigungen gegen die beiden Luzerner Magistraten sowie der Mordthese überhaupt heraus. So sprach das Luzerner Appellationsgericht am 2. September 1826 die beiden angeschuldigten Ratsherren frei. Mißtrauen, Verdächtigungen und Anschuldigungen wollten aber noch lange kein Ende nehmen, und erst im Jahre 1828 kam der Handel endgültig zur Ruhe.

2. Der Fall Finsler und der Tod Hirzels

Die Stärke der restaurierten Herrschaft bestand vor allem in einer guten Rechtspflege sowie in einer sauberen Finanzverwaltung. Während nun der Kellerprozeß das Ansehen der Regierung in rechtlicher Beziehung erheblich geschwächt hatte, traten innerhalb der zürcherischen Aristokratie zwei Ereignisse ein, wovon das eine mit, das andere ohne Grund das Vertrauen in die Finanzverwaltung erschütterte.

Als nämlich zu Beginn des Jahres 1829 das Bank- und Handelshaus Gebrüder Finsler & Co. sich gezwungen sah, seine

²⁷ Ebenda. Mousson an Reinhard, 13. November 1825.

Zahlungen einzustellen, zeigte es sich, daß die ungedeckte Schuld gegenüber dem Staat rund 110 000 Franken betrug. Von diesem Zusammenbruch wurde auch der in Militärkreisen hochangesehene General Finsler betroffen. Obwohl ihn keine direkte Schuld traf und er sich keinerlei absichtlichen Veruntreuung schuldig gemacht hatte, war er dadurch mitverantwortlich geworden, daß er zu großes Vertrauen in die Geschäftsleitung seines Bruders gesetzt hatte. Am 9. Februar trat Finsler von allen Aemtern zurück und reiste nach Bern. Am folgenden Tag wurde der Konkurs eröffnet. Als die erste Meldung über die Katastrophe bekannt wurde, schrieb Mousson an Wyß: „S'il est un homme au monde que nous en sions supposé à l'abri de semblables revers de fortune, c'est M. Finsler, dont la prudence et l'habilité en affaires même au degré le plus supérieur, ne sont mis en doute par personne. Toujours absorbé par les affaires publiques, malade il y a deux ans durant plusieurs mois, souvent absent pour de longs séjours, il n'a pu suivre les opérations de son frère, et surement on a cherché à lui cacher la faucheuse tournure qu'elles avaient prises. Il me fait une peine inexprimable, car je ne puis me figurer comment il supporterait une atteinte sensible à son crédit et à la réputation dont il jouit²⁸.“

Unterdessen erzielte eine Sammlung freiwilliger Beiträge in den vornehmen Kreisen Zürichs, Berns und Neuenburgs ein so günstiges Resultat, daß die Forderung an den Staat gedeckt wurde.

Ganz richtig erkannte Mousson auch die Gefahr, die diese Affäre heraufbeschwor: „La fièvre du libéralisme, de la publicité absolue, des réformes précipitées, qui fermentent dans tout le canton, devait aussi atteindre Zurich, où sous bien des rapports l'ancienne confiance et l'ancienne considération pour les Magistrats avait soutenu les anciennes formes, dont les théories modernes ne se contentent plus. Espérons cependant que de ce grand malheur résultera quelque bien, et que la sagesse éprouvée de la majorité des conseils saura préserver la chose publique de toute commotion et des partis extrêmes²⁹.“ Am

²⁸ F. A. D. v. Wyß, VI, 106, Mousson an Wyß, 28. Januar 1829.

²⁹ Ebenda. Mousson an Wyß, 14. Juni 1829.

4. November fällte das Obergericht das Urteil. Während Finsler mit einjähriger Verbannung aus dem Kanton bestraft wurde, erhielt sein Bruder Gefängnis und verlor für einige Jahre das Aktivbürgerrecht.

Wenige Tage darauf schied der Staatsrat Johann Jakob Hirzel durch eigene Hand aus dem Leben. Zwar erwiesen sich die Vermutungen, wonach Hirzel Unterschlagungen begangen haben sollte, als falsch. Da sein Tod jedoch unter nie ganz abgeklärten Umständen erfolgte, trug er zu einer weiteren Erschütterung der aristokratischen Regierung bei. Oberrichter Heß meinte, an Finsler hätte der zürcherische Regierungsrat den rechten, an Hirzel den linken Arm verloren³⁰.

Auch Mousson betrauerte den Dahingeshiedenen. „Quelle affreuse catastrophe pour cette famille désolée; quelle perte pour le gouvernement et pour le canton; pour la confédération entière, qui employa bien souvent les bons services de Mr. Hirzel et eut tant de sujets d'apprécier son dévouement³¹.“

3. Die Verfassungsänderungen von 1830

Die Wandlung der schweizerischen Politik machte sich am Ende der Zwanzigerjahre vor allem in den Umformungen des staatlichen Gefüges bemerkbar. Kantonale Verfassungsänderungen nahmen Luzern, die Waadt und das Tessin vor. Auch in Zürich kam es zur Reform. Den entscheidenden Impuls jedoch erhielt die ganze Bewegung durch die Julirevolution in Frankreich.

Ueber die liberale Entwicklung hatte sich Mousson vor der Julirevolution kaum geäußert. Bis zu einem gewissen Grade war er dem Neuen aufgeschlossen, jedenfalls zog er das Vorgehen Zürichs, welches auf Abänderung des Systems ausging, demjenigen der Berner Aristokraten vor³². Mehr als alles andere beschäftigten ihn die Vorgänge in Zürich. Mitte Oktober

³⁰ Pupikofer, Heß, S. 64.

³¹ F. A. M. 604, Mousson an Wyß, 18. November 1829.

³² F. A. M. 604, Mousson an Wyß, 26. September 1830. Mousson übte Kritik am Vorgehen Berns. Denn die Neue Zürcher Zeitung war wegen eines den Geheimen Rat von Bern verdächtigen Artikels verboten worden.

hatten nämlich 31 Großräte der Landschaft das Memorial zu Uster vereinbart. Die Forderung lautete auf Verfassungsrevision. Um einen Aufruhr zu vermeiden entschloß sich der Große Rat zum Entgegenkommen. Auf den 1. November war sodann eine Sonderkommission zur Prüfung der Revisionspunkte einberufen worden. Zur Frage der Sitzverteilung im Großen Rat äußerte sich auch Mousson. „Sans doute il importe infiniment comme vous l'observez de rester sur la voye légale, et d'arriver sans bouleversement aux modifications que l'on ne peut plus éviter. Cependant je vous l'avoue ce serait à mes yeux un grand malheur, si la ville de Zurich n'obtenait pas la moitié des places au Grand Conseil, ou telle combinaison, qui lui permette d'y atteindre. Cette base de considération et d'influence perdue ne se retrouverait plus³³.“

Allein Mousson bangte vor allem für die Eidgenossenschaft als Einheit. Schon 1815 hatte er bei der Entstehung des Bundesvertrag den Mangel einer starken Bundesgewalt empfunden. 15 Jahre später zeigte sich nun die betrübliche Folge dieser Unterlassung. Denn Mousson war überzeugt, daß die ganze Entwicklung für die Eidgenossenschaft viel günstiger verlaufen wäre, wenn sie eine starke Zentralgewalt besessen hätte. „Mais c'est surtout en voyant l'ensemble de nos affaires, que j'ai l'âme oppressée de la situation de notre patrie. Si les liens de l'ordre public se relâchent dans les cantons, si l'autorité qui en est le garant va toujours s'affaiblir, et si nous sommes jetés dans des innovations dont il est impossible de prévoir le terme, il y a quant à l'ensemble dissolution réelle du lien fédéral. Que pourrait un Vorort, que pourrait même une diète, et qu'est-ce que la patrie aurait à en attendre dans des circonstances périlleuses, lesquelles sont au moins vraisemblables et peut être très prochaines? . . . Der Geist des Bundes ist von uns gewichen, et je ne vois où dans un ni dans plusieurs cantons, ni dans un ni dans plusieurs Magistrats les moyens de considération et d'influence morale, qui pourraient nous relever de cet état de léthargie mortelle. Viennent encore les intrigues de l'étranger lesquelles certes ne manqueront pas, et j'envisage

³³ F. A. D. v. Wyß, VI, 106, Mousson an Wyß, 13. November 1830.

à peu près comme certain, la perte de notre existence nationale³⁴.“

Doch soweit sollte es nicht kommen. Unterdessen waren die Beschlüsse des Großen Rates von Zürich entscheidend beeinflusst worden durch den inzwischen abgehaltenen Tag von Uster vom 22. November. Die Versammlung vermochte die Einberufung eines neuen Verfassungsrates zu bewirken, deren Präsident Paul Usteri wurde. Moussons Stellungnahme dazu läßt deutlich die Ueberraschung erkennen, die dieses Ereignis und der Beschluß des Großen Rates auf ihn und den Vorort Bern machte. Noch war Mousson nicht völlig davon überzeugt, daß es beim Nichtnachgeben der Regierung gegenüber den Forderungen der Landschaft zum Bürgerkrieg gekommen wäre. Im Gegenteil befürchtete Mousson die Folgen, die der Beschluß des Großen Rates von Zürich auf die andern Kantone ausüben mußte. „En un mot, la délibération de Zurich du 25 Novembre parait un malheur beaucoup plus grand pour notre patrie entière, pour membre de canton en particulier, que tout ce qui passe dans d'autres parties de la Suisse; on en tire les conséquences les plus étendues, et les plus sinistres . . . Mais ce qui nous perdra plus sûrement encore, que tous les mouvements dans les cantons, c'est la misère évidente de nos institutions fédérales³⁵.“ So bedauert Mousson, daß nicht schon früher eine außerordentliche Tagsatzung einberufen wurde, die solche Vorfälle verhindert hätte³⁶.“ Die Bewegung des Jahres 1830 vergleicht er in den folgenden Worten mit der Revolution von 1798: „Il y a aujourd'hui jusqu'à présent du moins, beaucoup moins de mal physique qu'en 1798, mais la masse du mal moral est infiniment plus grande“³⁷.

³⁴ Ebenda. Mousson an Wyß, 13. November 1830.

³⁵ Ebenda. Mousson an Wyß, 28. November 1830.

³⁶ Ebenda. Mousson an Wyß, 28. November 1830.

³⁷ Ebenda. Mousson an Wyß, 13. Dezember 1830.

E. Moussons Rücktritt

Für Mousson war das Jahr 1830 noch in anderer Beziehung entscheidend. Die Folgen anstrengender Arbeit hatten ihn schon während der Zwanzigerjahre an seine Demission denken lassen³⁸. Die Hoffnung, daß ihm sein Sohn im Amte nachfolgen werde, ließ ihn noch ausharren. Als dieser im Jahre 1828 in die Kanzlei eintrat, äußerte Mousson entschieden seine Rücktrittsabsichten³⁹. Anfangs April des Jahres 1830 reichte er den drei Vororten sowie allen eidgenössischen Ständen seine Bitte um Entlassung ein.

„Was mich aber in den Ruhestand zurückkehren heißt“, begründete er sein Gesuch, „ist das Gefühl, daß ich es muß, das Bewußtsein, daß ich es soll, hiemit eine über Wunsch und Willen gebietende Notwendigkeit.

Schon seit einigen Jahren fühle ich in mir die Fähigkeit zur Arbeit sehr im Abnehmen; die Geisteskräfte schwinden immer mehr, und eine Erschöpfung vor der Zeit, deren Innenwerden ich lange zu widerstehen suchte, hat mich vollends besiegt. Was früher leicht gewesen, ist jetzt schon schwieriger; was nur mäßige Anstrengung war, wird nunmehr zu wahrer Pein, und nicht selten bei wichtigen Aufgaben die Leistung sogar durchaus unmöglich. Heftige Kopfschmerzen, die so oft wiederkehren, daß ich kaum zwei Tage nacheinander ganz damit versehrt bleibe, lähmen alle freie Herrschaft des Willens bei Erfüllung der Berufspflicht, und eine traurige Erfahrung hat mich belehrt, daß jedes anhaltende Bestreben, diese

³⁸ Vgl. F. A. M. 601, Mousson an Heinrich, 31. Mai 1823; St. A. Zürich, L 69, 2. Wyß an Reinhard, 28. Mai 1823.

³⁹ F. A. D. v. Wyß, VI, 106, Mousson an Wyß, 14. Juni 1829.

Schwäche zu überwinden, oder dieses Leiden nicht zu achten, auf längere Zeit dann gänzlich Unvermögen, sogar gewöhnliche Arbeit zu verrichten nach sich zieht. Dahin ist es leider mit mir gekommen, und aus der Anerkennung eines solchen physischen und moralischen Zustandes mußte beim bisherigen Vorsteher Ihrer Bundeskanzlei, Hochverehrte, Gnädige Herren, der sehr schmerzliche, aber unwiderrufliche Entschluß hervorgehen, ein Amt niederzulegen, dem er sich nicht mehr gewachsen fühlt⁴⁰." Gleichzeitig sprach Mousson auch noch den Wunsch aus, daß er für die freiwerdende Staatsschreiberstelle seinen Sohn empfehlen möchte.

Von allen Seiten erhielt nun Mousson zahlreiche Antworten, aus welchen die Anteilnahme der amtierenden Magistraten an seinem Entschluß hervorgeht. Alle bedauerten seinen Rücktritt, gaben aber ihrem Verständnis für seine Lage Ausdruck. Luzern sodann brachte den Wunsch vor, Mousson möchte mit weiteren Hilfskräften versehen, sein Amt noch weiterhin führen⁴¹. Allein Mousson hielt an seinem gefaßten Entschluß fest, und nach einer weiteren Verschlimmerung seiner Gesundheitszustandes schrieb er an Amrhyn: „So war es zuletzt, so ist es beinahe immer seit zwei Jahren, und unter solchen Verhältnissen darf ich wohl sagen, ohne Gefahr mißverstanden zu werden, daß mir das Eidgenössische Kreuz, für mich gleichsam ein Kreuz des Heils auf dieser Erde, nunmehr ein wahres Schmerzenskreuz geworden ist. Zu einer neuen Verpflichtung gegen die hohe Eidgenossenschaft kann ich mich demnach unmöglich entschließen; unmöglich als ein Schatten dessen, was ich früher gewesen, allenfalls mit einer allgemeinen Aufsicht und Leitung beauftragt in der Kanzlei verbleiben⁴².“

Die im Sommer zusammengetretene Tagsatzung gewährte Mousson die Entlassung und überreichte ihm neben einer besonderen Dankesurkunde das großzügige Geschenk von 16 000

⁴⁰ F. A. M. 105 und St. A. Zürich, Mousson an die Stände, 10. April 1830.

⁴¹ Ebenda. Schultheiß und Kleiner Rat des Kts. Luzern an Mousson vom 30. April 1830.

⁴² K. Luzern, Mousson an Amrhyn, 9. Mai 1830.

Franken⁴³. Auch der zweite Wunsch ging in Erfüllung, indem die Tagsatzung gleichzeitig den bisherigen Staatsschreiber Amrhyn zum Kanzler, und Heinrich Mousson zum Staatsschreiber wählte⁴⁴.

⁴³ Fetscherin, I, S. 19; vgl. auch F. A. M. 106, Dankesurkunde der Tagsatzung vom 29. Juli 1830.

⁴⁴ Fetscherin, I, S. 19.

Rückblick

Bei seinem Rücktritt stand Mousson im 55. Altersjahr. Durch seine großen Verdienste mit dem Bürgerrecht der beiden Städte Zürich (1816) und Bern (1821) ausgezeichnet, sollte nun Mousson seinen Lebensabend abwechslungsweise in diesen Städten verbringen¹. Es sollte ihm vergönnt sein, während weiteren 30 Jahren das Zeitgeschehen zu verfolgen².

Die Richtlinie, welche ihn für die Dauer einer langjährigen Amtszeit bestimmte, formulierte er deutlich in seinem Entlassungsgesuch: „So wurde mir beschieden auf mehr als dreißig Tagsatzungen und während achtundzwanzig Jahren durch die Gunst der hohen Stände unterstützt, im Dienst der Eidgenossenschaft zu beharren. Ihr allein angehörend, und unbedingt ergeben, war ich selbst im Verlaufe schwieriger Zeiten oder bei mühsamen Berufspflichten glücklich, wenn die Hoffnung, daß es wirklich eine Schweiz gebe, wenn der Glaube, daß ein eidgenössischer Bund, obwohl in der Urkunde nur schwach gebildet, doch wirksam im Geist und für die Tat, alle Kantone zu einem Gesamtstaat vereinige, durch ehrenvolle Beweise schweizerischen Nationalismus neue Nahrung und Befestigung erhielt. Diese Idee, die Quelle einer eifrigen Teilnahme an allen Angelegenheiten unseres teuren gemeinsamen Vater-

¹ Da bis 1889 nur Bürger der Stadt Bern werden konnte, wer sich gleichzeitig in eine Zunft aufnehmen ließ, trat Mousson 1821 in die Berner Mohrenzunft ein.

² Vgl. F. A. M. 601/602: Mousson an seinen Sohn Heinrich. Mit seinem Sohne unterhielt Mousson einen regen Gedankenaustausch und in zahlreichen Briefen vertraute er ihm seine Erfahrungen an. Am 21. Juni 1861 starb Mousson in Zürich.

landes lebendig in mir zu erhalten, war für mich hohes Bedürfnis³.“

Moussons Einsatz für eine geeinte Eidgenossenschaft kam aber in einer Epoche der Abhängigkeit vom Ausland einem Kampf um die Erhaltung nationaler Selbständigkeit gleich.

Für eine solche Haltung hatte er schon in den Wirren der Helvetik beredtes Zeugnis abgelegt. Von dem erfahrenen und klugen Staatsmann Glayre eingeführt, setzte sich Mousson für die Ueberbrückung der Gegensätze ein. In den Kämpfen zwischen Revolutionären und Republikanern bewies er durch seine Standhaftigkeit gegenüber den revolutionären Tendenzen eines Laharpe deutlich seine gemäßigte Gesinnung. In den darauffolgenden Auseinandersetzungen zwischen Unitariern und Föderalisten dokumentierte er sodann durch seine Erklärungen, daß er nur Männern, die das Wohl des ganzen Vaterlandes im Auge haben seine Dienste zur Verfügung stellen wolle und könne⁴.

Seit der Einführung der Mediation galt Moussons Kampf dem immer stärker um sich greifenden überspitzten Föderalismus. Allein die Zusammenfassung wichtiger staatlicher Kompetenzen in der Hand einer Zentralgewalt konnte die Eidgenossenschaft vor der drohenden Zersplitterung retten. Dies erkannte Mousson schon früh und setzte seine ganze Kraft dafür ein. Das Feld, auf welchem er sich nach diesen Grundsätzen betätigen konnte, bot sich ihm in seiner Zusammenarbeit mit den Landammännern. Indem er die schwächeren führte, den tüchtigen mit Rat zur Seite stand, verfolgte er allein das Ziel der Erhaltung einer schweizerischen Eidgenossenschaft.

Den Höhepunkt seines Wirkens erreichte Mousson jedoch durch seine Mitarbeit bei der Entstehung des Bundesvertrages und der Kantonsverfassungen. In einer Zeit, da die Schweiz in zwei feindliche Lager gespalten war und ein Bürgerkrieg drohte, machte Mousson seine erfolgreiche Vermittlung geltend. Unter den ungünstigsten Voraussetzungen versuchte er sodann unentwegt zum Wohle einer starken Eidgenossenschaft zu wir-

³ F. A. M. 105 und St. A. Zürich, Mousson an die Stände, vom 10. April 1830.

⁴ Vgl. oben S. 49.

ken, indem er die maßgebenden Persönlichkeiten in dieser Richtung beeinflusste.

Aber auch während der Zeit der Restauration und besonders zu Beginn des anfänglichen Druckes der Kongreßmächte ging Moussons Trachten dahin, ein Höchstmaß an nationaler Selbständigkeit zu bewahren. Diese Tätigkeit fiel ihm umso leichter, als die eidgenössische Kanzlei in jener Zeit ein besonders einflußreiches Organ des Bundes war. Während alle andern Instanzen stetem Wechsel unterworfen waren, blieb der Kanzler allein auf seinem Posten. Er allein war so in der Lage, das Ganze in seiner Entwicklung zu überwachen und störende Gegensätze unter den Vororten auszugleichen. In seiner Person verkörperte sich über die Zeit des Umsturzes von 1798 bis zur Julirevolution die Kontinuität im schweizerischen politischen Leben.

Mousson wußte sich das Vertrauen der führenden Männer stets zu sichern und durch sein vorsichtiges und maßvolles Verfahren, zu dem sich sein berufliches Können gesellte, machte er sich gleichsam unentbehrlich. So ist denn inmitten bewegter und kurzfristiger Politikerschicksale die Figur eines Mannes getreten, der sich weder abenteuerlich noch reaktionär gebärdete und dadurch allen Schwankungen standhielt.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Handschriftliche Quellen

A. Staatsarchiv Aarau

Nachlaß Herzog v. Effingen. Briefe Moussons an Herzog von Effingen.

B. Bundesarchiv Bern (B. A.)

1) Abteilung Helvetik (Helv.)

Bde. 617/618: Criminalrecht 1798—1801: Prozedur Mousson gegen Laharpe.

2) Abteilung Mediation (Med.)

Bde. 174/175: Korrespondenz der Kantone mit den Bundesbehörden: Luzern 1808/1809.

Bde. 561/562: Auswärtiges. Abordnung v. Wattenwyl an den Kaiser von Frankreich. Juli—Oktober 1807.

3) Abschriften aus ausländischen Archiven:

London: Foreign Office (F. O.)

I 74, No. 40, 1814.

Paris: Archives du Ministère des Affaires Etrangères. (A. E.)
471—514; Suisse, 1799—1827.

Wien: Haus-, Hof- und Staatsarchiv. (H. H. St. A.)

I, Fasz. 248, Schweiz 1814.

Fasz. 252, Schweiz 1823.

Fasz. 312, Schweiz 1813.

II, Fasz. 2, Schweiz 1807.

Fasz. 3, Schweiz 1808—1810.

Fasz. 11, Schweiz 1807—1815.

4) Briefe Moussons an Stapfer.

Fellenberg-Archiv: Briefe Moussons an Fellenberg.

C. Aus Privatbesitz in Bern

Familienarchiv der Familie v. Fischer (Nachl. Fischer)

Papiere v. Wattenwyl. Verschiedene Korrespondenzen und Aktenstücke.

Briefe Moussons an Schultheiß v. Fischer.

Familienarchiv der Familie Marcuard

Nachlaß August v. Gonzenbach. Briefe Moussons an A. v. Gonzenbach.

Familienarchiv der Familie v. Mülinen
Biographie des Schultheißen Nikl. Friedr. v. Mülinen.
Familienarchiv der Familie v. Tschärner in
Morillon: (Nachl. Tschärner) Briefe Moussons an Wattenwyl.

D. Privatarchiv

Familienarchiv der Familie de Diesbach, Balter-
wyl, Fribourg. (Nachl. d'Affry) Archives d'Affry. Louis
d'Affry an Mousson.

E. Staatsarchiv Genf (St. A. Genf)

Kopien aus Wien: Berichte Lebzelterns an Metternich, 1813.
Kopien aus Petersburg: Berichte Capo d'Istria an Nessel-
rode, 1813/1814.

F. Archives Cantonales, Lausanne (A. C. Lausanne)

- 1) Registre des délibérations de l'Assemblée Provisoire, 1798.
- 2) Dossier Mousson: Aktenstücke betr. Laharpe-Mousson, 1800.
Briefe Moussons an Glayre und Glayres und Mousson, 1801—1804.
- 3) Fonds Glayre: Aktenstücke und Briefe Moussons an Glayre.

G. Bibliothèque Cantonale, Lausanne (B. C. Lausanne)

Mémoires de G. Boisot: Cote J 5160.

H. Kantonsbibliothek Luzern (K. Luzern)

Amrhyn-Archiv: Briefe Moussons an Kanzler J. F. Amrhyn
Briefe Moussons an Schultheiß J. K. Amrhyn

J. Staatsarchiv St. Gallen (St. A. St. Gallen)

Archiv Müller-Friedberg: Briefe Moussons an Müller-
Friedberg.

K. Kantonsbibliothek Trogen

Nachlaß Zellweger: Briefe Moussons an Zellweger.

L. Staatsarchiv Zürich (St. A. Zürich)

L 69, 2: Personelles betr. Staatskanzler Mousson, 1809—1830.

M. Zentralbibliothek Zürich (Z. B.)

- 1) Familienarchiv Mousson: (F. A. M.)
 - 101: Verschiedene Aktenstücke, darunter solche betr. Konflikt mit dem Kleinen Rat von Luzern, 1808/09.
 - 102: Verschiedene Korrespondenzen und Aktenstücke, darunter Akten betr. der Gründung der evangelischen Kirche in Luzern 1826/27.
 - 103/104: Verschiedene Urkunden und Aktenstücke.

- 105: Entlassungsgesuch mit Antworten.
 106/107: Verschiedene Aktenstücke, darunter Bericht an die Tag-
 satzung über die Sendung nach Paris 1807.
 501: Bernische Naturalisation, 1701.
 551: Aktenstücke.
 601/602: Briefe Moussons an seinen Sohn Heinrich, 1819—1855.
 604: Briefe Moussons an David v. Wyß 1817—1837.
 605: Auszüge aus Briefen Moussons an seine Gattin.
 607: Briefe von Verschiedenen an Mousson, 1798—1837.
 608/610: Aktenstücke teils politischen, teils privaten Charakters,
 darunter Souvenirs de famille und Aktenstücke zur Autobiog-
 graphie.
 612: Anerkennungsurkunden, Dekorationen.
 2) Familienarchiv Reinhard (F. A. R.)
 23b: Briefe Moussons an Reinhard, 1808.
 24: Briefe Moussons an Reinhard, 1811.
 26a: Briefe Moussons an Reinhard, 1810/1814.
 31: Briefe Moussons an Reinhard, 1814.
 102: Briefe Moussons an Reinhard, 1807—1831.
 104: Wattenwyl an Reinhard, 1807.
 105a: Hans von Reinhard, Notizen über meinen Lebenslauf.
 3) Familienarchiv David v. Wyß (F. A. D. v. W.)
 VI/106: Briefe Moussons an David v. Wyß, 1820—1832.
 4) Ms. M. 21.160: Nachlaß Hottinger: J. J. Lavater an Hottinger.
 5) Ms. V. 494: Mousson an Usteri, 1801.

N. Aus Privataarchiv Zürich

Papiere Mousson

Briefe Jean Henri Mousson an Markus Mousson, 1795, und
 Sophie Ith, 1800.

II. Gedruckte Quellen

- Amtliche Sammlung der Akten aus der Zeit der helvetischen Republik
 (1798—1803), bearbeitet von Joh. Strickler, 11 Bde. Bern 1886—
 1911 (zit. Strickler).
 12. und 13. Bd. bearbeitet von Alfr. Rufer, Freiburg 1940/47.
 Repertorium der Abschiede der eidgenössischen Tagsatzungen aus den Jah-
 ren 1803 bis 1813. In 2. Auflage bearbeitet von Jakob Kaiser.
 Bern 1886. (zit. Kaiser).
 Abschied über die Verhandlungen der eidgenössischen Versammlung zu
 Zürich vom 27. Christmonat 1813 bis den 11. Hornung 1814.
 Repertorium der Abschiede der eidgenössischen Tagsatzungen aus den
 Jahren 1814 bis 1848. 2 Bde. bearbeitet von Wilhelm Fetscherin.
 Bern 1874/76. (zit. Fetscherin).

- Castlereagh, Correspondance, despatches and other papers of Viscount Castlereagh, 3. Serie, 4 Bde. London 1853.
- Cramer, Lucien. Correspondance diplomatique de Pictet de Rochemont et de François d'Ivernois. 2 Bde. Genève, Paris 1914.
- Fortsetzung der dokumentierten Darstellung ... verbunden mit der dadurch veranlaßten Geschichte des Herrn Mousson mit der Regierung des Kantons Luzern, Luzern 1809.
- Dunant, Emile. Les relations diplomatiques de la France et de la République Helvétique 1798—1803. (Quellen zur Schweizer Geschichte, Bd. 19, Basel 1901.)
- Une correspondance sous la république helvétique. Maurice Glayre—Paul Usteri. (Revue hist. vaud., 1932).
- Gisi, Wilhelm. Gesandtschaftsbericht des Landammann N. R. v. Wattenwyl über seine Abordnung an Kaiser Napoleon I. nach Paris im Jahr 1807. Bern 1872.
- Haug, Eduard. Der Briefwechsel der Brüder Joh. Georg Müller und Joh. v. Müller 1789—1809. Frauenfeld, 1893.
- Hilty, Carl. Politisches Jahrbuch, 18. Beilage III. Bern 1904.
- Junod, Louis. Album Studiosorum Academiae Lausannensis 1537—1837. II. Bd. Lausanne 1937.
- Kaiser, Simon und Strickler, Joh. Geschichte und Texte der Bundesverfassungen der schweizerischen Eidgenossenschaft von der helvetischen Staatsumwälzung bis zur Gegenwart. Bern 1901.
- Laharpe, Frédéric César de. Mémoires (Schweizergeschichtliche Studien von Jakob Vogel), Bern 1864.
- Luginbühl, Rudolf. Aus Philipp Albert Stapfers Briefwechsel. 2 Bde. (Quellen zur Schweizer Geschichte, 11/12, Basel 1891).
- Zur Geschichte Berns und der Schweiz überhaupt in den Jahren 1803—1831. (Neues Berner Taschenbuch auf das Jahr 1906.)
- Korrespondenz des Peter Ochs. hg. von Gustav Steiner (Quellen z. Schweizer Gesch. NF, 3 Bde., Basel 1927, 1935, 1937).
- Journal du Prof. Pichard sur la révolution helvétique, hg. v. E. Mottaz. Lausanne 1891.
- Mémoires du Comte de Senfft 1806—1813. Leipzig 1863.

Zeitung en

Augsburger Allgemeine Zeitung
 Bulletin officiel du Peuple Vaudois
 Gemeinnützige Schweizerische Nachrichten
 Helvetische Annalen
 Neueste Weltkunde, hg. v. Posselet
 Schweizerische Monatschronik
 Schweizerischer Republikaner

III. Literatur

- Biaudet, Charles. Georges Boisot et la révolution vaudoise de 1798. (Rev. hist. vaud. 1948).
- Boechtlingk, Arthur. Der Waadtländer Fried. Caesar Laharpe. 2 Bde. Bern und Leipzig 1925.
- Büren, Albrecht v. Erinnerungen an die Revolutionszeit. (Berner Taschenbuch für das Jahr 1859).
- Dierauer, Johannes. Geschichte der Schweiz. Eidgenossenschaft, Bd. 5, Gotha 1917.
- Dietiker, Hans. Geschichtsbild, Menschenbild und Staatsbild im Denken Albert Renggers. Zürich 1949.
- Etrennes nationales. Les études de F. C. Laharpe et ses débuts au barreau, Lausanne 1845.
- Fischer, Emmanuel Friedrich v. Erinnerung an N. R. v. Wattenfyl mit Rückblick auf einige Denkwürdigkeiten seiner Zeit. Bern 1867.
- Fischer, Karl Ludwig Friederich v. Lebensnachrichten über Emmanuel Fried. v. Fischer, Bern 1874.
- Fischer, Kuno. Hegels Leben, Werke und Lehre. Heidelberg 1901.
- Geschichte der Schweiz, v. H. Nabholz, L. v. Muralt, R. Feller, E. Dürr, E. Bonjour. 2. Bd. Zürich 1938.
- Glaysre, Maurice. Autobiographie. Lausanne. o. J.
- Gonzenbach, August. Joh. Markus Samuel Isaak Mousson, Staatskanzler der schweiz. Eidgenossenschaft. 1. Abt. (Berner Taschenbuch auf das Jahr 1864).
- Guggenbühl, Gottfried. Bürgermeister Paul Usteri 1768—1831. 2 Bde. Aarau 1924/31.
- Geschichte der Schweiz. Eidgenossenschaft. 2. Bd. Zürich 1948.
- Haan, Hugo v. Die Rolle Senfft-Pilsachs in Bern im Dezember 1813. (Ztschr. f. Schweiz. Geschichte 1926, Jg. 6).
- Hatze, Margrit. Die diplomatisch-politischen Beziehungen zwischen England und der Schweiz im Zeitalter der Restauration. Diss. Basel 1949.
- Heer, Fridrich. Protestantische Gemeinde Luzern 1827—1927. Luzern 1927.
- Hilty, Carl. Eidgenössische Geschichten: Die Lange Tagsatzung. (Polit. Jahrbuch, 1887. 2. Jg.)
- His, Eduard. Geschichte des neueren Schweizerischen Staatsrechts. 3 Bde. Basel 1920, 1929, 1938.
- Historisch-Biographisches Lexikon. 7 Bde. Neuenburg 1921—34. (zit. H. B. L. S.)
- Hunziker, Annemarie. Der Landammann der Schweiz in der Mediation 1803—1813. Diss. Zürich 1942.

- Joos, Robert. Die Entstehung und rechtliche Ausgestaltung der Eidg. Tagsatzung bis zur Reformation. Diss. Schaffhausen. 1925.
- Junod, Louis. Considérations sur la révolution vaudoise. Lausanne 1948.
- Klüpfel, Karl. Geschichte und Beschreibung der Universität Tübingen. Tübingen 1849.
- Lauterburg, Ludwig. Alb. Fried. May, Staatsschreiber v. Bern, dargestellt in seinem Leben und Wirken. (Berner Taschenbuch, 1860).
- Lascaris, S. Th. Capodistrias avant la révolution grecque. Lausanne 1918.
- Maillefer, Paul. La Révolution Vaudoise. Lausanne 1898.
- Martin, William. La Suisse et l'Europe 1813—1814. Lausanne 1931.
- Mogeon, Louis. Les procurations à l'assemblée provisoire vaudoise de 1798. Lausanne 1918.
- A propos du 24 Janvier. Lausanne 1914.
- Mottaz, Eugène. Une lettre mystérieuse. (Gaz. de Lausanne, 13. 3. 1941.
- Mousson, Albert. Lebenserinnerungen. (Zürcher Taschenbuch 1895/1896.)
- Mousson, Jean Marc Samuel Isaac. Dissertatio inauguralis juridica de praescriptione actionis pignoratitiae. Tübingen 1796.
- Muyden, Berthold van. La Suisse sous le pacte de 1815. 2 Bde. Lausanne 1890/92.
- Oechsli, Wilhelm. Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert. 2 Bde. Leipzig 1903/1913.
- Lebzeltern und Capo d'Istria in Zürich. (Festgabe zu Ehren Max Büdingers) Innsbruck 1898.
- Die Gesandtschaft des Marquis de Moustier in der Schweiz 1823/24. (Neues Berner Taschenbuch 1914.)
- Oggier, Gustav. Wallis in den Jahren 1814 und 1815. (Blätter aus d. Walliser Geschichte, hhg. v. Geschichtsforschenden Verein von Oberwallis, II. Bd.) Sitten 1897.
- Paulsen, Friedrich. Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium. Berlin 1902.
- Pieth, Friedrich. Die Mission Justus v. Gruners in der Schweiz 1816—1819. Diss. Chur 1899.
- Pieth, Fritz. Die Entwicklung zum schweiz. Bundesstaat in der Beleuchtung preußischer Gesandtschaftsberichte aus den Jahren 1819—1833. Diss. Basel 1944.
- Pupikofer, Johann Adam. Johann Jakob Heß. Zürich 1859.
- Seigneux, G. H. de. Précis historique de la Révolution du Canton de Vaud. 2 Bde. Lausanne 1831.
- Schweizer, Paul. Geschichte der Schweiz. Neutralität. Frauenfeld 1895.

- Steiner, Gustav. Napoleon I. Politik und Diplomatie in der Schweiz während der Gesandtschaftszeit des Grafen Auguste de Talleyrand. Zürich 1907.
- Der Bruch der schweiz. Neutralität im Jahre 1813. (102. Nbl. hg. v. d. Gesellschaft z. Beförderung des Guten und Gemeinnützig. Basel 1924.)
- Strickler, Johann. Die Verfassung von Malmaison. (Hilty, Polit. Jahrbuch, 10. Jg. 1896.)
- Vischer, Fritz. Beiträge zur Geschichte der Mediation. Von ihren Anfängen bis zum Abschluß des Friedens zu Preßburg 1803—1805. (Basler Ztschr. f. Gesch. u. Altertumskunde, XII, Basel 1913.)
- Vuilleumier, Henri. L'académie de Lausanne 1537—1890. Lausanne 1891.
- Académie de Lausanne, Programme des Cours. Lausanne 1878.
- Winkler, Arnold. Metternich und die Schweiz. (Ztschr. f. Schweiz. Geschichte, 7. Jg. 1927.)
- Wydler, Ferdinand. Leben und Briefwechsel von Albert Rengger. 2 Bde. Zürich 1847.
- Wyß, Friedrich. v. Leben der beiden Zürcherischen Bürgermeister David von Wyß. 2 Bde. Zürich 1884/86.
- Die helvetische Armee und ihr Civilkommissär Kuhn im Kriegsjahr 1799. (Zürcher Taschenbuch 1889.)
- Zschokke, Heinrich. Historische Denkwürdigkeiten der helv. Staatsumwälzung. 3 Bde. Winterthur 1805.
- Zwicky von Gauen, Johann Paul. Schweiz. Familienbuch. 1. Jg. Zürich 1945.

Lebenslauf

Am 23. April 1923 wurde ich in Wetzikon (Kt. Zürich) geboren und besuchte dort Primar- und Sekundarschule. Nachher trat ich in die Handelsabteilung der Töcherschule der Stadt Zürich ein und bestand im Frühjahr 1944 die Matura. Um mich an der Philosophischen Fakultät I immatrikulieren zu können, erwarb ich im Herbst des gleichen Jahres den ergänzenden Prüfungsausweis in Latein, Geometrie und Naturgeschichte. Bis zum Frühjahr 1950 studierte ich Schweizergeschichte, Allgemeine Geschichte und Geschichtsphilosophie bei den Herren Professoren Leonhard von Muralt, Karl Meyer †, Hans Nabholz, Marcel Beck und Hans Barth. Ich möchte ihnen an dieser Stelle für ihre aufgewendete Mühe meinen aufrichtigen Dank aussprechen.

